

**PAPERS**

**ERHARD CROME**

**DER LIBYSCHER KRIEG  
DES WESTENS  
EIN ZWISCHENSTAND**

Erhard Crome

# **Der libysche Krieg des Westens**

Ein Zwischenstand

Mai 2011

## **Impressum**

Herausgegeben von der Rosa Luxemburg Stiftung

Franz-Mehring-Platz 1

10243 Berlin

[www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

Diese Publikation kann kostenfrei unter

<http://www.rosalux.de/publikationen.html>

heruntergeladen werden.

# Inhalt

Umbrüche in den arabischen Ländern	7
Libysche Besonderheiten	14
Wie der Krieg gemacht wurde	19
Die UNO-Resolutionen 1970 und 1973	24
Die unterschiedlichen Akteure und Interessen und der Krieg	33
<i>China</i>	38
<i>Russland</i>	40
<i>Deutschland</i>	42
<i>Indien</i>	46
<i>Brasilien</i>	47
<i>Türkei</i>	49
<i>Südafrika und die Afrikanische Union</i>	51
Der Krieg und die Umbrüche in den arabischen Ländern	55
Globale Neuverteilung der Macht im 21. Jahrhundert	63
Die Geschichte ist offen	73



*Wenn die Herrschenden den Einbruch des Krieges in das Leben unzähliger Menschen und damit den Tod vieler Unschuldiger und das neuerliche Schuldigwerden ihrer Kriegsknechte befohlen haben, stellt dies stets auf's Neue eine Herausforderung für das Denken und Fühlen dar, Wut und Ablehnung, aber auch Mitgefühl und Solidarität stellen sich ein. Doch es ist immer auch eine besondere Herausforderung an die politische und historische Analyse. Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit. Im Zeitalter der elektronischen Medien werden nicht nur die elektronischen Systeme und die Journalisten „eingebettet“ in das Lügengespinnst der Kriegspropaganda, sondern auch die gesiebten Informationen. Die dünne Informationslage zu Libyen, eigentlich zu ganz Nordafrika in Europa ist Ausdruck dessen, dass sich die meisten Europäer jenseits von Ägypten, den Pyramiden und dem Tourismus kaum mit der Region befasst haben. Das erleichtert es, auch mit Falschinformationen und Spekulationen Krieg zu führen. Eine Untersuchung, die auf den Tatsachen fußen will, hat es daher schwer. Die hiermit vorgelegte Analyse will einen Beitrag zur Aufklärung im Dienste des Friedens und gegen den Krieg leisten. Es ist gewiss besonders schwierig, dies gleichsam in einem Zwischenstudium zu tun, da noch nicht ausgemacht ist, wie dieser Krieg ausgeht. Aber vielleicht trägt die kritische Darstellung seiner Zusammenhänge und der obwaltenden Interessen dazu bei, ihn zu verkürzen oder längerfristig Krieg überhaupt unmöglich zu machen.*

*Die Krieksaktionen westlicher Mächte gegen Ziele in Libyen begannen mit Luftangriffen am 19. März 2011; am 22. März folgte eine Seeblockade. Am 24. März hieß es, die Luftwaffe von Gaddafi sei zerstört, „Phase I“ des Krieges abgeschlossen. Für „Phase II“ übernahm die NATO das Kommando. Den Versuchen der Afrikanischen Union, des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez und der türkischen Regierung, zwischen den libyschen Bürgerkriegsparteien zu vermitteln, um so den angedrohten Krieg der äußeren Mächte zu verhindern, war ein massiver Riegel der Macht des Faktischen vorgeschoben. Die Logik des Krieges hat die des Friedens außer Kraft setzen sollen, und sie waltet weiter.*

*Es ist ein „asymmetrischer“ Krieg. „Der Pilot eines Kampfbombers oder die Besatzung eines Kriegsschiffs, von dem aus Tomahawk-Raketen abgefeuert werden, befinden sich außerhalb der Reichweite gegnerischer Waffen. Der Krieg hat hier alle Charakteristika der klassischen Duellsituation verloren und sich, zynisch gesagt, gewissen Formen von Schädlingsbekämpfung angenähert.“ (Herfried Münkler) Der Schädling heißt jetzt Gaddafi. Nur, wie das mit der Kriegsoption und ihren Folgen so ist: am Ende sterben nicht (nur) die Diktatoren, sondern unschuldige Menschen. Die Diskussion um „Kollateralschäden“ wird unterdrückt. Kann der Pilot im heranrasenden Flugzeug oder die Flügelrakete unterscheiden, ob das am Boden ein „Schädling“ oder ein „nützlicher Zivilist“ ist? Ein böser Regierungssoldat oder ein guter Aufständischer?*

*Die angreifenden Mächte haben seit Anbeginn nicht auf die „Flugverbotszone“ zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung abgezielt, wie es in der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates vom 17. März 2011 formuliert worden war, sondern auf den Wechsel des politischen Systems in Libyen. Das aber ist durch das Völkerrecht nicht gedeckt. Auch dieser Krieg des Westens hat mehr unschuldige Opfer, als uns die Medien Glauben machen wollen, und er ist völkerrechtswidrig, auch wenn sich seine Betreiber auf Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates berufen. Es ist jetzt der dritte Krieg, den der Westen seit 2001 in der muslimischen Welt führt, nach dem Afghanistan- und dem Irakkrieg. Heute vermag niemand zu sagen, wie lange er dauern und wie viele Opfer er noch kosten wird, was das unmittelbare Resultat und am Ende die Folgen sein werden. Und gegen wen der nächste Krieg geführt wird. Wenn wir uns jedoch der Macht der Gewöhnung an den Krieg überlassen, wird der nächste ganz gewiss kommen.*

Großer Dank gilt den Mitgliedern des Gesprächskreises Frieden der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Rosa-Luxemburg-Stiftung und allen anderen Kolleginnen und Kollegen, die an Diskussionen zu den Umbrüchen im Nahen Osten und zu den Umständen und Zielen des Krieges teilgenommen sowie rasch und kooperativ meine Fragen beantwortet und wichtige Hinweise gegeben haben, insbesondere Fritz Balke, Wolfgang Bator, Michael Brie, Kathrin Buhl, Murat Cakir, Wolfgang Grabowski, Mamdouh Habashi, Klaus Hart, Arndt Hopfmann, Claus-Dieter König, Karin Kulow, Rajiv Kumar, Peter Linke, Armin Osmanovic, Norman Paech, Helmut Peters, Lutz Pohle, Werner Ruf, Peter Schäfer, Arne C. Seifert und Achim Wahl. In diesem Sinne wurden auch Aussagen und Textpassagen aus Zuarbeiten in das Gesamtpapier übernommen. Besonders bedanke ich mich auch bei meiner Frau Petra Crome, die das Gesamtpapier sehr aufmerksam durchgesehen, kritische Bemerkungen gemacht und die Anspannung beim Schreiben freundlich ertragen hat. Für die inhaltlichen Aussagen dieses Textes jedoch trage ich die Verantwortung.

*Erhard Crome*

5. Mai 2011

## Umbrüche in den arabischen Ländern

Jahrzehntlang hieß es, die Völker der arabischen Welt seien „demokratieunfähig“. Seit Januar 2011 stehen die Bevölkerungen auf. Zuerst in Tunesien, dann in Ägypten, schließlich in Jemen, Jordanien, Marokko, Algerien, Bahrein, Libyen, Syrien. Als Anfang März auch aus dem Osten Saudi-Arabiens Unruhen und Polizeieinsätze gemeldet wurden, führte dies im Westen unter Verweis auf Sicherheit der Ölversorgung, Ölpreise, Aktienkurse und Finanzmärkte sowie unter Hinweis auf eine nun akut drohende „Flüchtlingswelle“ zu sichtlichen Besorgnissen.

Die Menschen in den arabischen Ländern fordern Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und den Respekt der Menschenrechte. Die Kulturalisierung der Debatten um den Nahen Osten hat viele Experten in Europa und Nordamerika auf Religion und deren Gebrauch oder Missbrauch schauen lassen, während soziale, wirtschaftliche und demographische Entwicklungen aus dem Blick gerieten. Jahrzehntlang herrschende Regime sind unversehens zusammengebrochen.

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* hat früher über „Revolution“ in Bezug auf Tunesien und Ägypten geschrieben, als viele Linke hierzulande überhaupt auf diese Idee kommen konnten. Links zu sein bedeutete immer, solidarisch mit Revolutionären zu sein, wo immer in der Welt sie für eine gerechte Sache kämpften. Haben die Linken hierzulande zu spät gemerkt, was da 2011 vorgeht? Oder ging es um vorauseilende Vereinnahmung?

Wenn man in die Geschichte schaut, merkt man rasch: Revolutionen kommen immer so plötzlich. König Karl I. von England hatte wegen seiner absolutistischen Ansprüche von 1629 bis 1640 ohne Parlament regiert. Der Kriegsführung in Schottland wegen brauchte er zusätzliches Geld, das nur über neue Steuern zu erlangen war, wofür er wiederum die Zustimmung des Parlaments brauchte. Das berief er 1640 ein. Dieses verhielt sich jedoch unbotmäßig. Es kam zum Bürgerkrieg zwischen den Heeren des Königs und des Parlaments unter Oliver Cromwell, und nach dem Sieg des Parlamentsheeres wurde Karl I. im Jahre 1649 geköpft. In Frankreich hatten die spätabolutistische Misswirtschaft und die Kriege gegen England in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Staatsfinanzen erschöpft. König Ludwig XVI. musste die „Generalstände“ einberufen, das seit dem 17. Jahrhundert nicht mehr bemühte Ständeparlament Frankreichs, mit dem Ergebnis, dass ebenfalls die Rechte des Parlaments gegen die des Königs durchgesetzt wurden, und auf dem Höhepunkt der Revolution Ludwig XVI. 1791 hingerichtet wurde. Der Zar Russlands, der österreichische Kaiser und der deutsche Kaiser wurden durch Revolutionen im Gefolge des ersten Weltkrieges und der mit ihm verbundenen Zerrüttungen gestürzt. Der Kaiser von Äthiopien, Haile Selassie, verlor 1974 nach großen Hungersnöten im Lande durch einen Aufstand revolutionärer Offiziere seinen Thron. Der Kaiser von Iran, Mohammed Resa, wurde 1979 durch eine Volksrevolution gestürzt, deren Ursache die fehlenden Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten waren. Dass daraus ein islamistisches Regime hervorging, war nicht den Gründen für die iranische Revolution, sondern ihrem Verlauf geschuldet.

Nach all den Umwälzungen, Umbrüchen und Konvulsionen des 20. Jahrhunderts ist nicht mehr eindeutig zu sagen, ob Revolutionen „Lokomotiven der Geschichte“ sind, wie Karl Marx meinte, oder aber „der Griff des in diesem Zuge reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse“, wie Walter Benjamin einwandte. Insofern sind die Gründe für den Ausbruch einer Revolution und die für ihr Ergebnis nicht notwendig dieselben, oft im Gegenteil.

Im Unterschied zu den Revolutionsenthusiasten des 19. Jahrhunderts wissen wir aber heute, dass echte Revolutionen, die zum Zusammenbruch der alten Ordnung und zur Entstehung einer neuen führen, weder notwendig aus den jeweiligen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen folgen (der politische „Überbau“ kann auch auf dem Wege von Kompromissen



und Reformen umgewälzt werden, wenn die politischen Verhältnisse es hergeben und die zuvor herrschenden Kreise es hinnehmen müssen oder mitmachen), noch durch eine revolutionäre Avantgarde bewusst und zielgerichtet herbeigeführt werden können. Die Subjekte der Veränderung, der Revolution, bilden sich in aller Regel im Prozess der Veränderung bzw. der Revolution selbst heraus. Gleichwohl gilt auch im 21. Jahrhundert, dass Revolutionen dann ausbrechen, wenn „die oben“ nicht mehr auf die alte Weise herrschen können und „die unten“ nicht mehr wie bisher leben wollen (Lenin). Das hat in Tunesien und Ägypten stattgefunden und wird in anderen arabischen Ländern gerade versucht. Die weitere Entwicklung ist offen, vielleicht offener als seit einem halben Jahrhundert im Nahen Osten. Bald wurde diskutiert, ob es einen „Dominoeffekt“ geben werde und weitere Regimezusammenbrüche folgen würden. Wahrscheinlich war bereits diese Fragestellung von Anfang an überzogen und problematisch. Das gilt auch für „die Revolution“, wenn sie plötzlich und unerwartet im Westen auch von offizieller Seite gelobt wird, wo sie doch gerade einen Despoten entmachtet hat, der bis eben noch enger Verbündeter und ein williger Vollstrecker westlicher Interessen war. Ägyptens langjähriger Präsident Hosni Mubarak wurde gestürzt, der tunesische Präsident Ben Ali ebenfalls. Die Umbrüche in Tunesien und Ägypten strahlten auf den gesamten arabischen Raum aus, und es war zweifelsohne ein „Aufstand“, der die gesamte Region erschüttert und bereits verändert hat. Daraus resultiert allerdings kein Automatismus. Wohl gab und wird es weiteres Aufbegehren und Demonstrationen in anderen arabischen Ländern geben, das musste jedoch nicht notwendig zu weiteren Regimezusammenbrüchen und gesellschaftlichen Umwälzungen führen. In den einen Ländern reichen die „eigenen“ Geheimdienste und Polizeikräfte, die Demonstranten auseinander zu jagen bzw. ins Gefängnis zu werfen, in anderen, wie Bahrein, interveniert mal eben der arabische Nachbar – hier Saudi-Arabien – mit militärischer Gewalt, ohne dass sich im Westen ein Proteststurm erhebt. In den dritten lässt die Regierung auf die eigene Bevölkerung schießen, wie in Jemen, Syrien und Libyen, und die Reaktionen des Westens darauf sind sehr unterschiedlich. Der Kriegsfall Libyen muss also seine spezifischen Gründe haben. Die sind jedoch in das Gesamtgefüge der arabischen Aufstände des Jahres 2011 eingebunden.

Die Mutmaßungen, es könnte sich um eine Wellenbewegung handeln, die von Tunesien ausgehend Ägypten erreichte und von da aus auf den gesamten arabischen Raum übergreift, verbanden sich bei den einen mit Hoffnung, bei anderen mit Befürchtungen. Hoffnungen griffen vor allem in der arabischen Welt um sich, weil nun die Völker wieder in Bewegung waren. Die Revoltierenden in Tunesien waren jung, modern, gebildet, säkular. Der Islamismus, der im Westen immer als Hort des Reaktionären und Brutstätte des Terrorismus dargestellt wurde, war in den Bewegungen nicht sichtbar, und die Träger und Nutznießer des alten Regimes waren zunächst verschwunden.

Bereits nach dem zweiten Weltkrieg hatte es eine säkulare, auf nationale Unabhängigkeit und Entwicklung orientierte Bewegung in wichtigen arabischen Ländern gegeben, die allerdings Wurzeln im antikolonialen Kampf seit Beginn des 20. Jahrhunderts, verstärkt seit dem Ende des ersten Weltkrieges hatte. 1952 stürzten die „Freien Offiziere“ in Ägypten den 1936 von Großbritannien eingesetzten König Faruk. Unter Präsident Gamal Abd el-Nasser wurden der Suezkanal verstaatlicht und der Versuch unternommen, dem Land eine eigene wirtschaftliche, auch industrielle Basis zu geben. Die tunesische Destour-Partei (Destour war das Wort für Konstitution, der Anspruch auf die eigene Verfassung als Mittel des anti-kolonialen Kampfes; die Tunesier hatten sich schon 1863 – vor der Kolonialisierung – eine bürgerliche Verfassung gegeben; „Destour“ war dann die Forderung nach Rückkehr zur alten Verfassung und zur staatlichen Eigenständigkeit zugleich), die unter Habib Bourgiba 1956 die Unabhängigkeit erkämpfte, verstand ihr nationales Entwicklungskonzept zunächst, bis in die 1960er Jahre als sozialistisch und verkündete ein Programm des „Tunesischen Sozialismus“; ausländischer Grundbesitz war verstaatlicht worden und es wurde ein breiter staatlicher Sektor in der

Industrie geschaffen. Die algerische Befreiungsfront FLN, die seit der Unabhängigkeit 1962 das Land regierte, entwickelte ebenfalls ein sozialistisch genanntes Programm nationaler Entwicklung, dessen Grundlage die nationalisierte Erdölindustrie und ein starker staatlicher Sektor in der Wirtschaft sein sollten. Auch die Baath-Partei, auf die gestützt Hafiz al-Assad 1970 in Syrien die Macht übernahm, sah sich als sozialistische Partei, ebenso die irakische Baath-Partei, die 1968 die Macht übernommen hatte. Die Ölindustrie im Irak war verstaatlicht worden und es wurde versucht, auf der Grundlage zentraler staatlicher Planung die Industrialisierung des Landes voranzubringen. In Libyen stürzte 1969 eine Gruppe junger Offiziere den König und verkündete die Republik; Oberst Muammar al-Gaddafi, der sich ausdrücklich an Nasser orientierte, war fortan der entscheidende Machthaber im Lande. Der nationalisierte Erdölsektor wurde zur Grundlage der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes. Die Nutzung der libyschen Luftwaffenbasis „Wheelus“ durch die USA wurde von Gaddafi als Relikt des Kolonialismus angesehen und unverzüglich aufgekündigt.

Charakteristisch für diese Länder waren ein starker staatlicher Sektor in den bestimmenden Bereichen der Wirtschaft (Erdöl in den erdölfördernden Ländern; in Ägypten insbesondere der Suezkanal), auch in der zielstrebig aufgebauten Industrie, staatlich geförderte Landwirtschaft, Entwicklung eines modernen Bildungs- und Gesundheitswesens, zu denen der allgemeine Zugang in der Regel gesichert war. Diese auf nationale Entwicklung orientierten, „sozialistischen“ Bewegungen führten dazu, dass die Entwicklungsprozesse in diesen Ländern von der Sowjetunion und den realsozialistischen Ländern unterstützt und von den Ländern des Westens bekämpft wurden. Erstere sahen die „Nationale Befreiungsbewegung“ als natürlichen Verbündeten im Kampf gegen „den Imperialismus“, für den Westen war das eine verkappte Variante des Kommunismus. Tatsächlich festigten diese arabischen Machthaber mit allen Mitteln ihre persönliche Macht, islamistische und in einigen der Länder auch die kommunistischen Parteien wurden verfolgt, ihre Mitglieder ins Gefängnis geworfen, gefoltert und oft ermordet. Aus Gründen der „Bündnisraison“ schwiegen die sich kommunistisch verstehenden Parteien in der Sowjetunion, der DDR und anderen Ländern Osteuropas in aller Regel dazu und leisteten ihren Genossen nur verdeckt Hilfe.

Die rasche und vollständige Niederlage der arabischen Staaten im Sechstagekrieg 1967 gegen Israel wurde politisch vor allem zu einer Niederlage Ägyptens und Syriens bzw. der in ihnen herrschenden, auf nationale Entwicklung und arabischen Sozialismus orientierten Kräfte. Gamal Abd el-Nasser verlor an Ansehen als Sachwalter der panarabischen Sache. Nachdem offensichtlich weder die konservativen Königreiche noch die national orientierten fortschrittlichen Regime die arabischen Interessen gegenüber dem ehemals kolonialistischen Westen und Israel durchsetzen konnten, begann im Grunde bereits zu jener Zeit, Ende der 1960er/ Anfang der 1970er Jahre die Hinwendung zunehmender Teile der arabischen Bevölkerungen, vor allem der Jugend zu islamischen bzw. islamistischen Ideen. Dieser Umschwung erhielt durch die Machtübernahme der Islamisten unter Ajatollah Chomeini im Prozess der iranischen Revolution einerseits und den Kampf der Mujahedin gegen „die Kommunisten“ und die sowjetischen Truppen in Afghanistan, der bewusst und zielgerichtet durch die USA angeheizt wurde, andererseits zusätzlichen Schwung. Die konservativen Regime der Arabischen Halbinsel, insbesondere Saudi-Arabien haben diese Entwicklung bewusst und zielstrebig gefördert. In den besetzten palästinensischen Gebieten unterstützte der israelische Geheimdienst zielstrebig die islamistische Hamas als Gegengewicht gegen die säkulare Befreiungsorganisation Fatah, die um nationale Befreiung und Realisierung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser kämpfte und von Ägypten und Syrien sowie der Sowjetunion und ihren Verbündeten unterstützt wurde.

Angesichts der Umbrüche des Jahres 2011 stellt sich die Frage, ob nach der national-orientierten, säkularen Phase des Kampfes um Unabhängigkeit und Entwicklung der arabischen Länder seit Mitte des 20. Jahrhunderts und nach der stark islamistischen Phase während des vergangenen Vierteljahrhunderts wir es jetzt mit einer neuen Phase politischer Entwicklung im arabischen Raum zu tun haben, die aus einer Mischung von säkularen und demokratischen Elementen einerseits und gemäßigt-islamistischen Elementen, die sich ebenfalls demokratischen Regeln stellen, andererseits besteht.

Mit dem Ende des kalten Krieges und dem Untergang des Realsozialismus 1989/91 standen die arabischen Nationalisten ohne strategischen Verbündeten da bzw. konnten im Verhältnis zum Westen nicht mehr die Karte der Beziehungen zur Sowjetunion und ihren Verbündeten ausspielen. Unter dem Druck der internationalen Wirtschaftsverhältnisse, dem direkten Druck der westlichen Staaten und Institutionen (Weltbank, Internationaler Währungsfonds, private Banken) und zuweilen auch innerer Protestbewegungen fand ein „Rückbau“ der sozialistischen Programme statt, so weit die nationalistischen Herrscher nicht bereits vorher, wie der ägyptische Präsident Anwar el-Sadat und Saddam Hussein von Irak, Bündnispartner der USA geworden waren; die Wirtschaft wurde in den meisten dieser Länder schrittweise privatisiert und neoliberal geöffnet. Die Privatisierung erfolgte jedoch vor allem in die eigenen Taschen. Zugleich jedoch hatten die politischen Regime ihre innere Macht gefestigt, durch Folter und Mord Gegner ausgeschaltet und durch oft gelenkte oder gar offen gefälschte Wahlen eine scheinbare demokratische Legitimität erlangt. Die herrschenden Gruppen, Familien oder Clans waren zumeist auch die inländischen Hauptnutznießer der Privatisierungen.

Die Machthaber waren – bis zu den jetzigen Aufständen – durch die Völker von innen heraus unabsetzbar, und es herrschte eine große „Kontinuität“ der Macht. Im Falle des Irak bedurfte es des Krieges der USA mit all seinen schrecklichen Folgen, um Saddam Hussein zu stürzen und den US-Ölfirmen wieder direkten Zugang zum irakischen Öl zu verschaffen. Hosni Mubarak regierte seit 1981 und war nach Nasser und Sadat der dritte von der Armee getragene Präsident seit den 1950er Jahren. Ben Ali (seit 1987) war nach Bourgiba der zweite Präsident seit der Unabhängigkeit. In Syrien hat es Präsident Hafiz al-Assad vermocht, seinen Sohn Baschar als Nachfolger zu installieren. Das wollte Mubarak für seinen Sohn ebenfalls erreichen, hat es angesichts der Umwälzungen aber nicht mehr realisieren können. Gaddafi herrscht seit 1969, obwohl er in dem von ihm geschaffenen politischen System Libyens keine offizielle Funktion hat, außer „Führer der Revolution“ zu sein. Seine Söhne haben in den jetzigen Bürgerkriegsauseinandersetzungen als Teil des Gaddafi-Machtsystems ebenfalls agiert.

In Bezug auf die Vorbedingungen von politischen Umwälzungen und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen im arabischen Raum sind folgende Unterscheidungsmerkmale in den Blick zu nehmen:

- Länder mit umfangreichen Vorkommen an Erdöl und Erdgas sowie Länder ohne solche Vorräte; diese wiederum teilen sich in bevölkerungsreiche Erdölstaaten, die an einem hohen Ölpreis interessiert sind, und Emirate mit Interesse an einem moderaten Ölpreis, um die Ölabhängigkeit des Westens gegen alternative Energien zu konservieren;
- unter dieser Voraussetzung sind Länder mit Rentenökonomien (also Volkswirtschaften, die oft beträchtliche, sichere, nicht krisenbedrohte Einnahmen aus der Erdöl- und Erdgasförderung oder – im Falle Ägyptens – aus der Nutzung einer Einrichtung wie des Suezkanals erzielen; die Regierungen dieser Länder sind daher nicht oder nur zum Teil auf die Erhebung von Steuern angewiesen und können dieses Geld für die Finanzierung von Sozialeinrichtungen oder den „Kauf“ von Zustimmung maßgeblicher Teile der Bevölkerung nutzen) und Länder mit einer eigenen Binnenökonomie, die auf

internationalen Wirtschaftsbeziehungen und Förderung produktiver Kapazitäten beruht und in denen die Regierung auf die Steuerzahlung der Einwohner angewiesen ist, zu unterscheiden – Rentenstaaten verhindern eigene ökonomische Entwicklung und sind zentrale Ursache für gigantische Korruption, die Perspektivlosigkeit der Bevölkerung ist hier am größten;

- Länder mit einer hohen Bevölkerungsdichte – und damit einem großen demographischen Armutsdruck, insbesondere unter der Jugend – und solche mit niedriger Bevölkerungsdichte, in denen die Regierung also einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung lange Zeit „kaufen“ kann;
- Länder mit vergleichsweise homogener Bevölkerung und Länder mit unterschiedlichen inneren Bruchlinien nach Religion (insbesondere Sunniten – Schiiten, aber auch Moslems – Christen u.a.), ethnischer bzw. nationaler Zusammensetzung (Araber – Berber; inländische Staatsangehörige – „Gastarbeiter“, etwa Ägypter und Chinesen in Libyen, Palästinenser und Pakistaner in den Staaten der Golfregion usw.), Lebensweise (Stadt – Land, urban/ländlich sesshafte oder nomadische Lebensweise in der Wüste) und Stammeszugehörigkeit;
- Länder mit traditionellen Herrschaftssystemen (insbesondere auf der Arabischen Halbinsel) und solche mit einer eigenen revolutionären, eigenstaatlichen und politischen Geschichte, die im Zuge des Aufstandes wieder als Berufungsgrundlage für das politische Handeln genutzt werden kann.

Länder mit reichlich fließenden Einnahmen aus der Förderung und dem Verkauf von Erdöl und Erdgas sind Saudi-Arabien, die meisten Golfstaaten, Algerien, Libyen. Tunesien, Marokko, Jordanien und Ägypten sind Länder, die solche Einnahmen nicht oder nur in beschränktem Maße haben; zudem haben beide eine große Bevölkerungszahl, Ägypten ist mit etwa 83 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste arabische Land; Tunesien hat „nur“ 10 Millionen Einwohner, aber bezogen auf das Territorium eine vergleichsweise hohe Bevölkerungsdichte. Nimmt man diese beiden Faktoren – Erdöl- und Erdgasförderung bzw. Rentenökonomie sowie Bevölkerung – so ergibt sich die Besonderheit, dass Regierungen reicher Ölländer mit vergleichsweise übersichtlichen Bevölkerungen über die größten Möglichkeiten verfügen, ihre Staatsbürger alimentieren zu können. Das haben Gaddafi in Libyen wie die Emire der Golfstaaten seit Jahrzehnten getan, auch wenn in dem einen Falle verkündet wurde, das sei sozialistisch, in den anderen Fällen nicht.

Sollten die Forderungen nach Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte auch die arabischen Königreiche in einer Ägypten vergleichbaren Weise erfassen, einschließlich und insbesondere Saudi-Arabien, würde die Welle der Umwälzungen im arabischen Raum eine noch größere Wucht annehmen. Und niemand wüsste, was sie alles hinwegspülen würde. Eine solche Entwicklung hätte nicht nur Folgen für die geopolitische Konstellation in der Region. Der Westen müsste mit großen Turbulenzen rechnen, die jene der Erdölkrise von 1973 weit übertreffen würden. Das beträfe nicht nur die politische Macht in der Region, sondern auch die Versorgung mit Erdöl, die Rolle des US-Dollars als internationaler Leitwährung und die internationalen Finanzmärkte. Insofern gibt es ein offensichtliches Interesse, nicht nur der örtlichen Potentaten, sondern auch der Nutznießer der bisherigen Verfasstheit des Nahen und Mittleren Ostens im Westen, die Umbrüche einzudämmen, zu kontrollieren und ggf. zurückzudrängen.

Es ist bemerkenswert, dass die größten und bisher folgenreichsten Aufstände in Ländern zu verzeichnen sind, die republikanisch verfasst sind, deren Regime einst aus gewaltsamen Machtergreifungen hervorgegangen sind und deren Staatsparteien bzw. politische Organisation eine „sozialistische“ Vergangenheit haben. Demgegenüber scheinen es die arabischen Königtümer (in der Golfregion wie in Marokko und Jordanien) bislang vermocht

zu haben, aus ihrer Traditionalität zusätzliche Legitimitätsressourcen zu ziehen und die begrenzten Empörungen durch eine Kombination von Gewalteininsatz und Reformversprechungen (vorerst) im Sande verlaufen zu lassen. Die Ausnahme ist das Golf-Königtum Bahrein, das allerdings von einer außergewöhnlichen inneren Bruchlinie geprägt ist: ein sunnitische Königshaus mit entsprechendem Staatsapparat steht einer schiitischen Bevölkerungsmehrheit gegenüber, die absichtsvoll und systematisch politisch und sozial diskriminiert wird.

Insofern gibt es einerseits ein Interesse westlicher Länder, die bereits stattgefundenen Umbrüche parlamentarisch einzuhegen und zu erklären, dass mit dem Sturz der alten Regierung – die wie Mubarak erst Verbündeter war, dann zur Despotie erklärt wurde (was sie im Kern immer war) – sowie Verfassungsänderung und demokratischen Wahlen die Aufgaben „der Revolution“ erfüllt seien, um so zu vermeiden, dass das Protestpotential auf grundsätzliche soziale Veränderungen zielt. Andererseits soll verhindert werden, dass die Proteste weitere Länder, insbesondere die Golfregion wirksam erfassen. Das Schweigen zur Niederschlagung des Aufbegehrens in Bahrein findet eine Erklärung auch vor dem Hintergrund, dass die 5. US-Flotte in Manama (Bahrein) ihr Hauptquartier hat; diese Flotte hat wiederum eine zentrale Bedeutung in der militärisch-strategischen Positionierung gegen den Iran. Zugleich soll die arabische Protestbewegung genutzt werden, um eigene Interessen gegen jene Regime durchzusetzen, die bisher nicht der westlichen Kontrolle bzw. der Einbindung in die derzeitige finanzkapitalistische Weltwirtschaftsordnung unterlagen. Dazu gehören insbesondere auch Libyen und Syrien – neben dem Iran, um den es gegenwärtig allerdings nicht geht. Vor diesem Hintergrund erklärt sich in erheblichem Maße das völlig gegensätzliche Verhalten gegenüber den gewaltsamen Übergriffen des Regimes gegen regierungsfeindliche Demonstranten in Libyen und in Jemen: die jemenitische Regierung gilt als wichtiger Verbündeter gegen „den Terrorismus“, während gegenüber Gaddafi noch etliche Rechnungen offen waren, von der Schließung des Militärstützpunktes „Wheelus“ über dessen geheimdienstlich gesteuerte Anschläge gegen westliche Flugzeuge und Einrichtungen und die Unterstützung antiisraelischer und antiamerikanischer Terrorgruppen in den 1980er Jahren bis hin zu den verschiedenen Aktivitäten Gaddafis in Afrika, um dort seinen Einfluss zu erhöhen, – was bis vor kurzem aber kein Hinderungsgrund dafür war, dass sich westliche Politiker scharenweise mit Gaddafi gern fotografieren ließen.

Die Wut auf den Straßen von Tunis, Kairo, Sanaa und anderswo richtete sich bis März nicht gegen andere Mächte, die USA, Israel oder die EU, sondern gegen die Machthaber im eigenen Land. Dabei hatten sich diese doch darauf berufen, als vorderster Schutzwall „den Westen“ vor „dem islamistischen Terrorismus“ zu schützen. Schlaglichtartig zeigte sich, dass die von den USA und der EU bis vor kurzem geradezu bedingungslos unterstützten Herrscher keine tatsächliche Legitimität mehr besitzen, dass sogar die Armeen in Tunesien und Ägypten nicht mehr bereit waren, auf ihre Brüder, Schwestern und Kinder zu schießen.

Was sich im arabischen Raum abzeichnete, war eine Umwälzung, die weitreichende neue Perspektiven eröffnen konnte und das weltpolitische Schachbrett des Nahen Ostens völlig verändern. Die Regierenden in Europa und Nordamerika standen vor dem Problem, entweder den Gleisen der bisherigen Interessenwahrnehmung zu folgen oder aber die eigene Rhetorik ernst zu nehmen – dann mussten sie sich positiv zu den Umwälzungen stellen. Gefordert war nun vor allem die EU, die seit Jahren rhetorisch vielerorts die Einhaltung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit einfordert, nur nicht konsequent im Nahen Osten. Mit Hilfe des *Barcelona-Prozesses* und der *Mittelmeerunion* hat sie massiv die Öffnung der Märkte dieses Raumes für europäische Investitionen und den Absatz industriell gefertigter Massenkonsumgüter betrieben, und damit zu der desolaten Situation der jungen Generation in der Region beigetragen. Nun schlägt auch für die EU die Stunde der Wahrheit zwischen hehren Lippenbekenntnissen und konkreter Politik.

Bemerkenswert war der Wandel des Bildes der alten Regime im arabischen Raum in den deutschen bzw. westlichen Medien, der augenscheinlich den Maßgaben der Politik folgte. Bis vor kurzem hieß es noch, die Regime seien stabil, Mubarak wurde wegen seiner „Weisheit“ gelobt, Ben Ali wegen seiner jahrzehntelang betriebenen Privatisierungspolitik. Plötzlich wurden beide als „Diktatoren“, „Despoten“ bezeichnet, die ihre Bevölkerungen unterdrückt haben, Menschenrechte, Demokratie und Freiheit nicht zuließen, morden und foltern ließen. Dass die USA gerade im Bereich des Auftragsfolterns Delinquenten oftmals absichtlich nach Ägypten und in andere arabische Staaten überstellten, um sie dort fachgerecht foltern und anschließend verschwinden zu lassen, wurde dabei bewusst ausgeblendet.

Der Westen und die autokratischen Herrscher in der Region hatten die Einschätzung gemein, die arabischen Völker seien „zur Demokratie nicht fähig“ und daher sei die autoritäre Herrschaft die gleichsam natürliche Form der Machtausübung. Verstärkt wurde dies durch die Annahme, würden diese Herrscher stürzen, würde „der Islamismus“ an die Macht kommen. Hier wiederum wurden islamisch orientierte karitative und soziale Organisationen sowie politische Gruppierungen in den Ländern, islamistische Kräfte in der Region, die auf den Gottesstaat aus sind, Al Qaida und „der internationale Terrorismus“ in eins gesetzt, so dass die Unterdrückung oppositioneller Kräfte im Lande unter der Rubrik „Kampf gegen den Terrorismus“ erfolgte und der Westen dies absichtsvoll mit trug.

Die Aufstände in Tunesien und Ägypten, die im Namen der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Würde erfolgten, haben dem Stereotyp der „Demokratieunfähigkeit der Araber“ praktisch und damit auch theoretisch einen schweren Schlag versetzt; das gilt ungeachtet dessen, wer denn schließlich in den beiden Ländern in den Präsidentensesseln Platz nimmt. Im Westen, nachdem er nun umschwenkte und sich demonstrativ an die Seite der Revolutionäre zu stellen bemühte, wird nun behauptet, hier träten die Menschen „für westliche Freiheiten“ ein. Dabei wird einerseits ausgeblendet, dass die Menschen für ihre Freiheit, für ihre Rechte, für ihre demokratischen Rechte aufgestanden sind, und andererseits, dass dabei die „Würde“ von ganz zentraler Bedeutung war: ein würdiges Leben, ohne Not, Elend und Unterdrückung; ein würdiges politisches Mitbestimmen über die eigenen und öffentlichen Angelegenheiten; ein würdiges Verhältnis zum Ausland, das von der Achtung der arabischen Menschen und ihrer Kultur ausgeht.

In der westlichen Geringschätzung der „Würde“ als Merkmal der arabischen Umbrüche liegt nicht nur ein Moment postmoderner Abschätzigkeit gegenüber Werten überhaupt, sondern sie ist auch Ausdruck der Geringschätzung gegenüber der anderen Geschichte und Kultur sowie Ausdruck des eigenen westlichen Dominanz- und Herrschaftsverständnisses. Insofern wird das Freiheitsstreben der Menschen dort in ein westorientiertes Streben umgedeutet, um nicht nur die bisherige Kollaboration mit den Herrschern der Unfreiheit zu kaschieren, sondern auch um die jetzigen Entwicklungen in die eigene Interessenwahrnehmung einzufügen. Nur: Nicht „der Westen“ hat dort Freiheit und Demokratie eingeführt, sondern die Menschen ringen darum, sie für sich zu erkämpfen.

Auch das jetzige Bestreben des Westens, in Ägypten und Tunesien „Demokratieförderung“ zu betreiben, zielt darauf, die Kräfte, die den Sturz des alten Regimes bewirkt haben, zu vereinnahmen, die Umwälzung zu kanalisieren und zu verhindern, dass die politischen Forderungen in ökonomische und soziale Forderungen hinüberwachsen, die in der Endkonsequenz die Eigentums- und Marktinteressen der westlichen Firmen beeinträchtigen. Das ist die Fortsetzung der Eindämmungspolitik mit anderen Mitteln: Zuerst sollten Mubarak und Ben Ali gehalten werden (und sei es im letzteren Fall durch die Entsendung von französischen Spezialtruppen), dann wurden die „moderaten Kräfte“ und die Militärs aufgefordert, die „Ordnung“ zu gewährleisten, schließlich wurde auf „Förderung der Demokratie“ gesetzt. Zentrales Anliegen bleibt, westliche Hegemonialpolitik in der Mittelmeerregion und gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten zu betreiben.

Nachdem Mubarak als eine zentrale Stütze des westlichen Herrschaftssystems im Nahen Osten gefallen ist, wurde als eine der ersten Bedingungen formuliert, Ägypten solle „die Verträge mit Israel einhalten“, was meint, die Abriegelung des Gaza-Streifens aufrecht zu erhalten und die israelische Besatzungspolitik zu stützen. Das wird von den Bewegungen der Massen auf der Straße nicht geteilt werden. Insofern kommt auch wieder Bewegung in den Nahostkonflikt (im engeren Sinne: als israelisch-palästinensischer Konflikt), wodurch die Notwendigkeit einer gerechten und dauerhaften Lösung des auch gegen den Willen der derzeitigen israelischen Regierung Netanjahu/Lieberman auf die Tagesordnung gesetzt ist. Der neuerliche Verständigungsversuch zwischen Fatah und Hamas ist wesentlich auf Initiative der gegenwärtigen Übergangsregierung in Ägypten zustande gekommen. Das „Bündnis der moderaten Kräfte“, zu denen im Westen neben Mubarak auch Saudi-Arabien und Palästinenser-Präsident Abbas gerechnet wurden, ist mit dem Abtreten Mubaraks zerfallen. Welche der fortbestehenden autokratischen Regierungen in den arabischen Ländern angesichts der bereits eingetretenen Veränderungen in Ägypten sich auf welche Weise werden halten können, lässt sich nicht vorhersagen. Eine der Lehren des Umbruchs in Ägypten auch für die „traditionellen Regimes“ auf der arabischen Halbinsel steht jedoch bereits fest: Der Westen wird sie von außen nicht retten können, wenn sie sich nicht auf innere Stabilisierungskräfte stützen können.

## Libysche Besonderheiten

In Bezug auf Libyen steht die Frage jetzt umgekehrt: Wird der Westen Gaddafi von außen stürzen können, oder kann dieser sich auf innere Kräfte stützen, die hinreichen, das zu verhindern? Am 23. März wurde der britische Oberst Bob Stewart, ehemals UNO-Kommandant in Bosnien, mit der Aussage zitiert, man sei in Libyen, um Leben zu retten. Auf die Frage, ob Gaddafi die militärischen Angriffe der westlichen Truppen überleben werde, sagte Stewart, er könne überleben, wenn er von den Menschen um ihn herum unterstützt werde. „Das ist genau das, was wir zurzeit zu tun versuchen. Wir versuchen die Unterstützung für Gaddafi zu brechen. Wenn Gaddafi diese Unterstützung nicht mehr hat, ist er nur noch ein einziger Mann, und dann ist er verloren.“ (*Daily Telegraph Online*)

Unklar jedoch ist, ob das unter den konkreten Bedingungen Libyens ein realistisches Ziel der westlichen Militäraktion ist. Libyen hatte in den vergangenen Jahrzehnten ein für Afrika oder den nahöstlichen Raum hohes Niveau an Sozialleistungen erreicht, ein entwickeltes Bildungssystem und ein für afrikanische bzw. nahöstliche Verhältnisse vergleichsweise modernes Gesundheitswesen, das für alle zugänglich war. Unter diesen Bedingungen ist die Bevölkerung des Landes von 1,9 Millionen Einwohnern 1970, also zur Zeit der Machtübernahme Gaddafis, auf jetzt 6,5 Millionen gestiegen, hat sich also mehr als verdreifacht; 90 Prozent leben in den Städten, darunter allein zwei Millionen in der Hauptstadt Tripolis und eine Million in Bengasi. Der *Human Development Index* (HDI), den auch die UNO als Kriterium des Entwicklungsstandes eines Landes ansieht, gilt als Kennzeichen für die erreichte Wohlfahrt der Bevölkerung und fasst Indikatoren zusammen wie Lebenserwartung, Alphabetisierung der Bevölkerung, Bildung, Gesundheitswesen und Pro-Kopf-Einkommen. Danach gehörte Libyen im Jahre 2010 mit einem Index von 0,755 zu der Gruppe mit einem hohen Entwicklungsstand (Platz 53 weltweit), vor dem EU-Land Bulgarien und vor Russland, und hatte den vergleichsweise höchsten Stand in ganz Afrika und im Verhältnis zu allen arabischen Ländern im Mittelmeerraum. Die vorliegenden Daten weisen für die vergangenen Jahre eine sichtliche Verbesserung aus. Libyen war in den Jahren der Herrschaft Gaddafis von einem der ärmsten Länder der Welt zum reichsten Land Afrikas geworden.

Dennoch kam es auch in Libyen zu Massenprotesten mit der Forderung, Gaddafi solle zurücktreten. Die Gründe dafür sind vielfältig. Das Land ist der achtgrößte Ölproduzent der Welt und hat hohe Einkünfte aus der Erdöl- und Erdgasförderung, etwa 70 Prozent des Bruttoinlandsproduktes resultieren aus diesem Bereich, alle anderen Wirtschaftsbereiche spielen eine eher untergeordnete Rolle. Im Grunde gibt es keine inländische Industrie; wegen zwischenzeitlich eingebrochener Weltmarktpreise für Erdöl wurden frühere Entwicklungsprogramme zur Industrialisierung eingestellt, und das, was investiert wurde, mit ausländischen Arbeitskräften realisiert. So war Libyen ein Land mit sehr hohen Einnahmen aus dem Ölexport und einer zugleich sehr hohen Arbeitslosigkeit, vor allem junger Menschen. Etwa 28 Prozent der Bevölkerung sind zwischen 15 und 24 Jahre alt, dreißig Prozent von ihnen arbeitslos. Sie sind trotz vergleichsweise hoher staatlicher Alimentierung nicht nur ohne Arbeit, sondern auch ohne Perspektive. Darin unterscheiden sie sich nicht von ihren Altersgenossen in Tunesien oder Ägypten. Gründe lieferte auch das bleierne politische System – als Mubarak in Ägypten an die Macht kam, regierte Gaddafi sein Land bereits zwölf Jahre, als Ben Ali in Tunesien sein Amt antrat, 18 Jahre – und das ist 24 Jahre her. Diejenigen, die dem jungen Oberst Gaddafi nach dem Sturz des Königs 1969 zujubelten und dies als Befreiung ansahen, sind jetzt im Pensionsalter. Das innenpolitische System, das über die Jahre geschaffen wurde, war autoritär, Opposition wurde rigide unterdrückt, die Medien von der Regierung kontrolliert. Immer wieder hatte es Attentate, Putsch- bzw. Aufstandsversuche gegeben, von Offizieren, die einst Mitstreiter Gaddafis waren, Studenten, fundamentalistischen Islamisten, darunter den Moslembrüdern, und Stammesgruppierungen, die allesamt brutal niedergeschlagen wurden.

Hinzu kommt: Autokratische Herrschaft produziert auch dann ihre Gegner, wenn sie paternalistische Züge hat. (Der philosophierende Publizist Peter Sloterdijk hat aktuell auf Immanuel Kants Aussage verwiesen, eine „väterliche Regierung“ sei „der denkbar größte Despotismus“, weil gerade in einem System wohlwollender Bevormundung Emanzipation niemals vorgesehen sei. *Der Tagesspiegel*, 10. 04. 2011.) Verstärkt wird dies im Falle Gaddafis durch sein oft skurriles Auftreten und sprunghaft wechselnde politische Entscheidungen. Gleichsam kultursoziologisch wird in Berichten über Libyen auch auf die Kluft zwischen Gaddafis Selbstinszenierung als archaischer Sohn der Wüste mit Beduinenkleidung im Zelt und der modernen, urbanen Lebensweise der Mehrheit der heutigen Bevölkerung verwiesen – die ja gerade ein Ergebnis der auf nationale Entwicklung orientierten Politik Gaddafis ist.

Hinter der Fassade der Modernisierung, und das ist ein weiterer wesentlicher Faktor der Unzufriedenheit, die den Protest gegen Gaddafi genährt hat, bestanden die traditionellen Stammesstrukturen weiter. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Gelder ist in Libyen über die nach wie vor vorhandenen Stammesstrukturen vergeben worden, nach nicht nur politischer Nähe zu Gaddafi und seinem Clan. Ein größerer Teil der Mittel ging offenbar an Empfänger im westlichen Teil des Landes mit dem Zentrum der Hauptstadt Tripolis, in dem offenbar eine nicht unbeträchtliche Unterstützung Gaddafis seitens der Bevölkerung anhält, und ein geringerer in den östlichen Landesteil mit der Stadt Bengasi, die das Zentrum der Aufständischen ist. Die Entscheidungen über die Verwendung der Gelder fielen durch Gaddafi persönlich. Es wurde ein System persönlicher Abhängigkeiten geschaffen, der Stammesführer von Gaddafi, das diese dann innerhalb ihrer Stämme weitergaben. Der Aufstand gegen Gaddafi wurde so vor allem als ein Aufstand der benachteiligten Region des Landes gegen die bevorzugte bzw. gegen den, der diese Verteilung vornahm, angesehen.

Die Kontenführung zwischen dem offiziellen Staatshaushalt und den Konten, über die Gaddafi persönlich verfügt, wurde offenbar nicht klar getrennt. Westlichen Angaben zufolge klafft eine Milliardenlücke zwischen den Einnahmen, die Libyen über Jahrzehnte hinweg aus dem Erdölgeschäft erzielt hat, und den kumulierten Angaben über das Staatsbudget. Vermutet wird, dass Gaddafi Milliarden Dollar für sich und seine Familie beiseite geschafft oder an



Dritte umverteilt hat, um sich Loyalität zu erkaufen. Gut möglich ist aber auch, dass über diese Konten ein großer Teil der internationalen Aktivitäten der libyschen Regierung zur Einflussnahme im Nahen Osten und in Afrika, der Waffengeschäfte und der Unterstützung verschiedener politischer Kräfte in anderen arabischen Ländern abgewickelt worden ist. Das politische und Verwaltungssystem Libyens gilt als korrupt – nach *Transparency International* liegt es auf Platz 146 weltweit, was immer das bedeuten mag. Ob das ein Zeichen für eine ausgeuferte Kleptokratie, wie bei Ben Ali und seinem Clan sowie bei Mubarak, ist oder nur dafür, dass Gaddafi das Land beherrscht hat, wie es sonst eher die Emire und Könige der Golfregion tun, werden wahrscheinlich erst spätere Historiker wirklich wissen. (Alles, was jetzt im Westen in den Zeitungen dazu zu lesen ist, dürfte unter die Rubrik psychologische Kriegsführung fallen, um den Feind möglichst schwarz zu malen.) Wenn es Gaddafi nur um seinen persönlichen Reichtum gegangen wäre, würde es die HDI-Einstufung nicht geben; er dürfte eher zu jenen Herrschern gehören, die meinen, ein vom Schicksal, von der Geschichte oder von Gott Erwählter zu sein, der einen besonderen Auftrag zu erfüllen hat. Alle drei aber – Ben Ali, Mubarak und Gaddafi – sind augenscheinlicher Beleg dafür, dass die kulturellen Muster, nach denen auch die nicht-monarchischen Autokraten im Nahen Osten jahrzehntelang herrschten, die der Könige und Emire sind.

Aus der sozialen und politischen Lage im Innern des Landes ist erklärlich, weshalb in Libyen wie in den anderen arabischen Staaten große Demonstrationen zum Sturz des Regimes stattgefunden haben. In Tunesien und in Ägypten war eine entscheidende Voraussetzung der „friedlichen Revolution“, dass die Armee ein eigenständiger Faktor in der Innenpolitik ist und – aus welchen Gründen auch immer – nicht bereit war, auf die Demonstranten zu schießen. In Libyen verfügte der Alleinherrscher aber weiter über entscheidende Teile der Armee, insbesondere die Luftwaffe und Panzereinheiten, auch nachdem Teile der Streitkräfte im Osten des Landes ihm den Gehorsam aufgekündigt hatten. So war er derjenige, der als erster befahl, brutal mit schweren Waffen, aus Flugzeugen und Panzern auf Teile der eigenen Bevölkerung zu schießen. Und die loyal zu ihm stehenden Einheiten taten dies auch.

Damit stand die Frage, ob und wie dem wirksam Einhalt geboten werden kann, ob dies von außen geschehen müsse, und wenn ja, wie dies geschehen solle. Die Maßgabe, das Töten durch einen Krieg beenden zu wollen, indem man noch mehr Tote aufhäuft, ist eine absurde Logik, für die allerdings die Interventen verantwortlich sind. Den Ausgangspunkt für den jetzigen Krieg des Westens aber hatte Gaddafi selbst geliefert, indem er den bewaffneten Bürgerkrieg eröffnete, in den die interessierten äußeren Mächte nun massiv eingreifen. Ob das auch schon alle Gründe sind, ist eine andere Sache.

Am Ende jedoch war es Gaddafi, der das Fanal gab, der Wellenbewegung der arabischen Aufstände mit Gewalt ein Ende zu bereiten. Jemen, Jordanien und Syrien folgten. In Bahrein wurde der Aufstand der Bevölkerung mit Hilfe saudi-arabischer Truppen niedergeschlagen, das seinerseits keinen Aufruhr von Schiiten in seinem Nordosten haben will. Es gibt – wenn es um die Macht geht – offenbar keinen Unterschied zwischen einem solchen Autokraten, der durch Militär und Umsturz an die Macht kam, und den angestammten Königen.

Historisch gehört die libysche Mittelmeerküste zu den ältesten Kulturräumen der mediterranen Welt. Die dort lebenden Libyer waren die westlichen Nachbarn des alten Ägypten, eine Zeitlang gehörte ein Teil des Gebietes zum Reich des Pharaos. Dann kamen die Griechen und die Phönizier, es herrschten die Karthager, dann die Römer, nach dem Fall des Weströmischen Reiches die germanischen Vandalen, Byzanz, schließlich die Araber und das Osmanische Reich. Es waren jedoch immer zwei Großregionen an der Mittelmeerküste mit zum Teil eigenständiger Entwicklung: die Kyrenaika mit der Stadt, die heute Bengasi heißt,

als Zentrum im Osten und Tripolitanien mit der Hauptstadt Tripolis im Westen (bereits an vielen dieser Namen ist noch der griechische Ursprung ablesbar). Nach dem italienisch-türkischen Krieg (1911-12) machte Italien mit Zustimmung der anderen imperialistischen Mächte jener Zeit Libyen zu seiner Kolonie. Während des zweiten Weltkrieges tobte hier 1941-43 der Wüstenkrieg zwischen deutschen und britischen Truppen. Unter der Ägide der UNO wurde Libyen 1951 unabhängig. Staatsschef wurde der Oberhaupt der Senussi-Bruderschaft – eines islamischen Ordens aus der Kyrenaika, der bereits im antikolonialen Kampf gegen Italien eine maßgebliche Rolle gespielt hatte – als König Idris I. In der Folgezeit nahmen innere soziale Spannungen im Lande zu, vor allem seit in den 1950er Jahren die Erdölförderung rasch zugenommen hatte. Junge Offiziere der libyschen Streitkräfte waren zudem unzufrieden mit der zurückhaltenden Position der Regierung gegenüber dem Suez-Krieg 1956 und dem arabisch-israelischen Krieg von 1967, in dem bekanntlich Ägypten und damit Nasser und seine Ideen eine Niederlage erlitten hatten. Am 1. September 1969 wurde der König gestürzt; die Macht übernahm ein „Revolutionärer Kommandorat“, dessen Vorsitzender Muammar el-Gaddafi wurde. Der stammte aus Tripolitanien, und mit ihm hatte sich zugleich der Schwerpunkt des Landes nach Westen verlegt. Das Land wurde zunächst „Arabische Republik Libyen“. Ein an einer weiten säkularen Auslegung des Islam – mit weitgehender Gleichberechtigung der Frauen, Kampf gegen nationale oder rassistische Diskriminierung, Bildung und Gesundheit für alle – orientierter Kurs sollte fortan bestimmend werden. Gaddafi begründete dies in seinem „Grünen Buch“, das mit dem Anspruch geschrieben wurde, eine eigenständige Auslegung des Korans zu liefern, die zugleich „die dritte Universaltheorie“ neben Kapitalismus und Sozialismus darstellen sollte. In diesem Sinne setzte Gaddafi 1977 eine Verfassungsreform durch; das Land wurde zur „Islamischen Sozialistischen Volksjamahirija“ (was soviel wie Republik des Volkes bedeuten sollte). Die Macht sollte bei einem von unten nach oben aufgebauten Rätssystem liegen. Im Unterschied zu Ägypten, das eine jahrtausendealte Staatstradition hat, und Tunesien, dessen eigenstaatliche Tradition Jahrhunderte zählt, und die über einen vergleichsweise modernen Staatsapparat, Parlament, politische Parteien und eine Zivilgesellschaft mit Tradition und politischen Erfahrungen verfügen, hat Libyen all dies nicht. Gaddafi trat 1979 offiziell von allen Staatsämtern zurück und war fortan lediglich „Führer der Revolution“, blieb faktisch aber die letzte Entscheidungsinstanz.

Inhalt und Ausrichtung des Umsturzes von 1969 waren am Ägypten Nassers orientiert. Gaddafi hatte sich schon als junger Mann für die panarabischen und sozialistischen Ideen Nassers begeistert. Der Sturz König Idris‘ erfolgte durch einen „Bund Freier Offiziere“ – schon der Name war Bezug auf Nasser und den Sturz des ägyptischen Königs im Jahre 1952. Die Idee einer panarabischen Union, wie sie in der „Vereinigten Arabischen Republik“ zwischen Ägypten und Syrien Ende der 1950er/ Anfang der 1960er Jahre eine kurzzeitige Umsetzung erfahren hatte und in unterschiedlichen Konstellationen unter Einbeziehung Jemens bzw. Sudans wieder versucht wurde, regte auch Gaddafis politischen Ehrgeiz an. Die Versuche scheiterten jedoch. Das Land war im Vergleich zu Ägypten, Syrien oder dem Irak nicht einflussreich genug und innerhalb der arabischen Welt zu gering verankert, so dass Gaddafis Bestrebungen, einen Beitrag zu einer weiterreichenden arabischen Einheit zu leisten und in dieser eine führende Rolle zu spielen, in der arabischen Welt nicht ernst genommen wurden und auf taube Ohren stießen. Er rückte in eine Außenseiterrolle innerhalb der Arabischen Liga. Angesichts seiner Herkunft aus der Revolution heraus und seiner gesellschaftsverändernden Politik wurde er von allen „legitimen“ Monarchen der arabischen Welt, vor allem den konservativen Regimes der Golfregion beargwöhnt. Die Führer Ägyptens, Syriens, Iraks, Algeriens und anderer republikanischer arabischer Staaten betrachteten ihn ihrerseits nicht als Sachwalter der arabischen Sache und fühlten sich in ihrer jeweiligen nationalen Politik durch ihn gestört; seine oft lärmende, mit anti-amerikanischer

Rhetorik drapierte Politik vergrößerte das Misstrauen. Dass es einerseits keine politisch spürbare Solidarität in den arabischen Ländern mit dem Gaddafi-Regime gibt, andererseits einige arabische Staaten mit dem Beschluss der Arabischen Liga über die Errichtung einer Flugverbotszone über Libyen den Vorwand lieferten, unter dem westliche Mächte dann ihren Krieg begannen, an dem sich einige der reaktionären Golfstaaten sogar mit Militäreinheiten beteiligen, ist Konsequenz dieser Gesamtkonstellation.

Libyen war stets auch in Auseinandersetzungen in Afrika südlich der Sahara involviert. Ein wichtiges Feld war zunächst der Tschad, der südlich direkt an Libyen angrenzt. Die Grenzziehung zwischen Libyen als italienischer Kolonie und dem Tschad, der zur französischen Kolonie Äquatorialafrika gehörte, war von Italien 1934 nicht ratifiziert worden. Nachdem der Tschad 1960 seine Unabhängigkeit erhalten hatte, blieb die Grenze weiter unbestätigt. Libyen erhob Ansprüche auf den Aouzou-Streifen im Norden des Tschad. Nachdem dort 1966 eine muslimische Befreiungsfront aus dem Norden den Bürgerkrieg gegen die christlich-sudische Dominanz eröffnet hatte, unterstützten Frankreich die Regierung aus dem Süden und Algerien sowie der Sudan die Rebellen im Norden. 1973 besetzte Libyen den Aouzou-Streifen und griff auch weiterreichend militärisch, politisch und mit Finanzmitteln in den Bürgerkriegs-Konflikt ein. Während der 1970er und 1980er Jahre gab es insgesamt vier militärische Interventionen Libyens unter Gaddafi im Tschad; in allen Fällen hatte es eine Unterstützung Frankreichs für die gegen Libyen gerichteten Kräfte gegeben, dreimal hatte Frankreich direkt militärisch interveniert. Mit Staatschef Goukouni Oueddei, der im Gefolge des Bürgerkrieges und der libyschen Intervention 1979 Präsident des Tschad geworden war, hatte Gaddafi 1981 die Vereinigung des Tschad mit Libyen vereinbart. Infolge der französischen Intervention musste sich Libyen jedoch wieder zurückziehen, Oueddei wurde gestürzt und verdrängt, wobei Ägypten, der Sudan und die USA dies unterstützten. Das heißt, Frankreich und die USA hatten bereits in der Vergangenheit auch deshalb Konflikte mit Gaddafi, weil dessen Politik mit ihren Interessen in Afrika kollidiert war.

Im Tschad hatten 1981 die arabischen Nachbarländer Ägypten und Sudan ebenfalls gegen das libysche Vorgehen interveniert. Dazu, dass Gaddafi sich insgesamt intensiver afrikanischen Angelegenheiten zuwandte, hatte gewiss auch die Zurückweisung seiner Bemühungen um die arabische Einheit beigetragen. Auf dem Gipfeltreffen der Staaten der Afrikanischen Union (AU) in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba im Februar 2009 war Gaddafi turnusmäßig für ein Jahr zum Präsidenten des Staatenbundes gewählt worden. Das libysche Engagement in Afrika nördlich des Äquators war sehr breit angelegt. Libyen zahlt 15 Prozent des Budgets der AU und darüber hinaus die Jahresbeiträge mehrerer kleiner und armer Länder. In Mali hatten die finanziellen und diplomatischen Mittel Libyens dazu beigetragen, den Konflikt zwischen Regierung und Aufständischen zu beruhigen. In Liberia, einem der ärmsten Länder Afrikas, das nach mörderischem Bürgerkrieg unter der gewählten Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf als westlich orientiert gilt, hat Libyen 65 Millionen US-Dollar investiert und damit zur Stabilisierung der Lage beigetragen. Auch in Niger, Tschad und der Zentralafrikanischen Republik haben libysche Finanzen zur Stabilität beigetragen. In Somalia hat die AU als friedenserhaltende Maßnahme gegen islamistische Kräfte 8.000 Soldaten eingesetzt, die vor allem auch von Libyen finanziert wurden. Mit 260 Millionen Euro ist Libyen einer der wichtigsten Anleger der afrikanischen Entwicklungsbank. Nach Experten-Schätzungen hat Libyen insgesamt etwa sechs Milliarden Euro in anderen afrikanischen Ländern investiert.

## Wie der Krieg gemacht wurde

Fanden die Demonstrationen gegen das Regime und die Herrschaft Gaddafis zunächst gleichermaßen im Westen wie im Osten des Landes, in Tripolis wie in Bengasi statt, so überwogen in Tripolitanien bald die Zustimmungsbekundungen, zumindest so weit dies anhand von Fernsehbildern ablesbar war. Nachdem Gaddafi dann befohlen hatte, auf die Demonstrierenden zu schießen, sagte sich auch ein Teil der Armee, und zwar der im Osten, von ihm los. Die Demonstranten dort, im traditionellen Senussi-Land, begannen, die alte Fahne des Königreichs zu schwenken, während im Westen weiter die vom „Revolutionsführer“ eingeführte grüne Fahne hoch gehalten wurde. Damit scheint das Land derzeit entlang der alten Linie zwischen der Kyrenaika und Tripolitanien gespalten zu sein. Sowohl der „Nationale Übergangsrat“ der libyschen Rebellen, der sich Ende Februar in Bengasi gebildet hatte, als auch Gaddafi in Tripolis erheben den Anspruch, das ganze Land regieren und vertreten zu wollen. Letzterer hatte seine Truppen losgeschickt, um bis an die ägyptische Grenze vorzurücken und die Einheit des Landes militärisch zu sichern. Dabei wurden sie durch den Krieg des Westens aufgehalten. Der Bürgerkrieg und der Krieg haben zunächst nur erreicht, die traditionelle Spaltung des Landes zu reproduzieren. Das Kräfteverhältnis schien dabei jedoch lange Zeit so zu sein, dass die Stammesstrukturen im Westen, die augenscheinlich weiter Gaddafi unterstützten, sich auf einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung stützen konnten – so lange die Bruchlinien sich auch politisch nach diesen Zugehörigkeiten orientieren – und die gegen ihn orientierten im Osten auf einen kleineren Teil. Das bedeutet, dass Gaddafi nicht nur wegen seiner Streitkräfte ein Übergewicht hat, und dieses derzeit nur durch die westliche Militärmacht aus der Luft kompensiert wird. Ob das auf mittlere oder längere Sicht ausreicht, ohne dass der Westen auch Bodentruppen einsetzt, ist fraglich.

Jahrzehntelang galt Gaddafi aus Sicht des Westens als Aussätziger der internationalen Politik. Er hatte den Westen provoziert, wo immer er konnte. Die ermittelten Spuren der Verantwortlichen für die Terroranschläge auf eine Diskothek in Westberlin und gegen ein Verkehrsflugzeug, das über Lockerbie in Schottland abstürzte, in den 1980er Jahren führten zum libyschen Geheimdienst. Nach dem Anschlag auf die Diskothek bombardierte die US-Luftwaffe 1986 Tripolis und Bengasi, sozusagen in einem Akt der Rache. 1993 verhängte der UNO-Sicherheitsrat Sanktionen gegen Libyen, weil sich Gaddafi weigerte, zwei des Anschlags von Lockerbie Verdächtige auszuliefern. Im Jahre 1999 lenkte Libyen ein, überstellte die Verdächtigen an den Internationalen Strafgerichtshof und akzeptierte schließlich Entschädigungszahlungen für die Opfer der Anschläge in Höhe von 2,8 Milliarden US-Dollar. Daraufhin wurden alle Sanktionen aufgehoben. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 verurteilte Gaddafi die Terroranschläge und akzeptierte ein Recht der USA auf Selbstverteidigung. Im Jahre 2003 erklärte Libyen den Verzicht auf die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen, 2004 wurden Komponenten zerstört, die für den Bau von Chemiewaffen nutzbar gewesen wären, und die Regierung unterzeichnete das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag, das umfassende Kontrollmöglichkeiten der Internationalen Atomenergiebehörde im Lande zulässt. Danach fand eine Normalisierung der Beziehungen des Westens zu Libyen statt. 2004 besuchte Bundeskanzler Schröder Libyen und Gaddafi war in Brüssel offizieller Gast der EU. Frankreich, Großbritannien und die USA nahmen 2006 wieder diplomatische Beziehungen auf und ordneten Libyen nicht mehr der Liste der „Schurkenstaaten“ zu. Besonders enge Beziehungen entwickelten sich im Mittelmeerraum mit Italien und Frankreich. Ministerpräsident Berlusconi nannte Gaddafi 2009 „eine Führungsfigur mit großer Weisheit“. Zwischen der EU und Gaddafi wurde 2006 vereinbart, dass Libyen die Flüchtlingsströme aus Afrika in Richtung Europa unterbricht, die Flüchtlinge aufgreift und in ihre Herkunftsländer zurückschickt. Verhandlungen der EU mit Libyen wurden seit 2008 über die Zusammenarbeit im Energiebereich, bei Migration, Verkehr und

Bildung geführt. EU-Kommissar Stefan Füle sagte bei seinem Besuch in Tripolis im Oktober 2010, Libyen habe sich „gut entwickelt“ (*Deutsche Welle*, 20. 02. 2011).

Der Westen, insbesondere die EU, konnten eigentlich zufrieden sein. Die Wirtschaftsbeziehungen florierten. Libyen lieferte zuverlässig Erdöl und Erdgas, kaufte mit den erzielten Milliarden europäische Waren und investierte in europäische Industriebeteiligungen. Gaddafi sorgte dafür, dass kaum noch Bootsflüchtlinge über Libyen nach Europa kamen, weil sie in der Wüste aufgehalten und zurückgeschickt wurden. Dennoch wurde Libyen zum Kriegsziel. Das Land blieb im Verhältnis zum Westen und innerhalb der arabischen Welt vergleichsweise isoliert. Seine reichen Energieressourcen unterlagen nicht dem direkten Zugriff der westlichen Großunternehmen. Libyen gehörte nicht zur Klientel imperialer Politik der USA oder der EU, sondern es musste immer gesondert mit Gaddafi auf Augenhöhe verhandelt werden. Libyen entwickelte die Süd-Süd-Zusammenarbeit, darunter auch mit China, Venezuela und Iran, und kaufte Waffen nicht nur im Westen (vor allem auch in Deutschland), sondern auch in Russland. Die Afrikapolitik hatte ohnehin den Interessen des Westens entgegen gestanden.

Die slowenische Zeitung *Delo* stellte fest: „Gaddafi ist ein willkommenen Feind“ und schrieb: „Die politischen Unruhen in Libyen, dessen Machthaber Gaddafi niemals ein Freund der USA war, kamen wie gerufen. Das gesamte Weltinteresse konzentriert sich nun auf den neuen Erbfeind der Welt. Niemand denkt mehr an Tunesien, wo alles begann, an Ägypten, das scheinbar die Demokratie einführt, oder an Bahrain, das als befreundetes Regime die 5. US-Flotte beherbergt. Dort verteilen die Machthaber in aller Stille und mit Hilfe der USA ein paar demokratische Süßigkeiten an ihre Untergebenen und fuchteln weiterhin mit dem Stock über deren Köpfen. Es ist eigentlich tragisch, dass die Libyer mit dem Aufstand gegen Alleinherrscher Gaddafi ihren arabischen Brüdern einen schlechten Dienst erwiesen haben.“ (*Delo*, 03. 03. 2011)

Die südafrikanische Juristin Navanethem Pillay ist seit 1. September 2008 Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR). Am 23. Februar 2011 erklärte sie als erste, sollten sich die Berichte über Angriffe der libyschen Luftwaffe auf Zivilpersonen als wahr herausstellen, sei die sofortige Errichtung einer Flugverbotszone zum Schutz der Bevölkerung nötig. Dazu jedoch sei, so alle Beteiligten an der Debatte, ein Beschluss des UNO-Sicherheitsrates erforderlich (*Deutsche Welle*, 10. 03. 2011). Der UN-Menschenrechtsrat hatte Ende Februar einstimmig die Gewalttaten der Truppen Gaddafis gegen die Bevölkerung verurteilt und die Suspendierung Libyens aus dem Gremium empfohlen.

Die derzeitige Regierung der USA ist jedoch bemüht, auch im Nahen Osten Einfluss nicht durch unilaterale Gewaltanwendung auszuüben, sondern als Vertreterin der Freiheit und der Menschenrechte zu agieren, die mit den Praktiken ihres Vorgängers gebrochen hat. US-Präsident Obama hatte in seinen Reden in Ankara und in Kairo im Frühjahr 2009 erklärt, dass die USA sich „nicht im Krieg mit dem Islam“ befänden. Es gehe um die Schaffung einer „neuen Ära des wechselseitigen Engagements“, Gewalt sei eine Sackgasse und „jedes Land soll selbst entscheiden“. Demokratie, Meinungsfreiheit, Recht und Gesetz seien Grundpfeiler der Zivilisation, aber jede Gesellschaft müsse selbst dahin kommen. „Kein Staat darf einem anderen ein Regierungssystem aufzwingen.“ Insofern sollte ein Vorgehen der USA sich in diese Interpretation einpassen. Zudem sind die USA noch immer mit der „Abwicklung“ der Kriege in Irak und Afghanistan befasst, die Bush II dem Lande eingebracht hatte. In dieses Bild passte kein dritter Krieg in der muslimischen Welt, es sei denn, er würde für „die Demokratie“ geführt und hätte eine arabische Zustimmung und die der UNO.

Die Stimmung im UNO-Sicherheitsrat war zunächst verhalten. Erfahrene Diplomaten aus Europa und den BRIC-Staaten gingen davon aus, dass die Fälle Libyen, Bahrain und Jemen vergleichbar sind, was die Gewalt der Regierungen gegen die Protestierenden auf der Straße

anbetrifft. Insofern war zunächst die Position, „Fact-Finding Missions“ in die drei Länder zu schicken. Parallel dazu hatte sich jedoch Obama dahingehend erklärt, dass Gaddafi weg müsse (*FAZ*, 23. 03. 2011), ohne dass er auch zu Jemen und Bahrein (wo bekanntlich die 5. US-Flotte ihren Standort hat) etwas Vergleichbares gesagt hätte. Zu Jemen hätte die US-Regierung Vertrauen, hatte es geheißt. Frankreich, Großbritannien und die USA drängten im UNO-Sicherheitsrat auf einen Beschluss über eine Flugverbotszone unter der Voraussetzung, dass es ein Votum der Arabischen Liga dazu gibt. Am Ende gab es einen Deal zwischen Außenministerin Clinton und dem Königshaus der Saudis: Wir haben nichts dagegen, wenn ihr in Bahrein einmarschiert; im Gegenzug besorgt ihr das Votum der Arabischen Liga dafür, dass wir Gaddafi aus Libyen hinauswerfen. (*Asia Times Online*, 02. 04. 2011)

Und so geschah es. Zunächst beschloss der „Golf-Kooperationsrat“ (GCC) in der saudi-arabischen Hauptstadt Riad, bei der Arabischen Liga die Errichtung einer solchen Zone zu beantragen. Zum GCC gehören neben Saudi-Arabien Bahrein, Oman, Kuwait, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate. Von diesen sechs Staaten sind drei absolute Monarchien (Saudi-Arabien, Oman und Katar); die Vereinigten Arabischen Emirate haben ein „Patriarchalisches Präsidialsystem mit traditionellen Konsultationsmechanismen“ (Formulierung des deutschen Auswärtigen Amtes) – d. h. sie haben eine Verfassung, in der vor allem festgelegt ist, wie die sieben Emire untereinander vereinbaren, wer von ihnen Staatsoberhaupt ist und wie die gemeinsame Regierung zustande kommt –; Bahrein gilt als konstitutionelle Monarchie, wobei die Verfassung jahrelang ausgesetzt war und ein System staatsbürgerlicher Diskriminierung eines Großteils der Bevölkerung herrscht, und Kuwait hat seit seiner Befreiung von der irakischen Besetzung 1991 eine Verfassung und gilt seither als konstitutionelle Monarchie. Keines dieser Länder ist eine Demokratie oder kennt wirklich Menschen- und Freiheitsrechte, zu denen bekanntlich auch die Gleichberechtigung der Frau gehört, die es unter Gaddafi in Libyen stets gegeben hat. Folgerichtig haben die sechs Außenminister auf ihrer Beratung der Herrschaft Gaddafis die Rechtmäßigkeit abgesprochen. (*Deutsche Welle*, 11. 03. 2011) – Das ist wie mit dem Verständnis des Wiener Kongresses (1815) von der Illegitimität Napoleons: sie werfen Gaddafi eigentlich nicht vor, was er jetzt tut, sondern dass seine Herrschaft auf dem Sturz des Königs beruht.

Die Arabische Liga hat 22 Mitgliedsstaaten. Zunächst wurde die Mitgliedschaft Libyens suspendiert. An der Sitzung nahmen dann elf Staaten teil. Syrien und Algerien stimmten gegen die Resolution zur Errichtung einer Flugverbotszone. Der syrische Vertreter warnte davor, dass eine solche Zone zu einer ausländischen Intervention führen könnte. (Bisher hatte es solche Flugverbotszonen seit den 1990er Jahren in zwei Fällen gegeben: über Bosnien und dem Irak – im ersten Fall folgte daraus der Krieg der NATO gegen Jugoslawien, im zweiten der Irakkrieg der USA und ihrer Willigen seit 2003.) Und jede Invasion „ist eine Verletzung der libyschen Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität“. Schließlich haben in der Sitzung der Arabischen Liga neun Staaten zugestimmt, darunter die sechs Staaten des GCC sowie Ägypten. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Mussa – der unter Mubarak zehn Jahre Außenminister Ägyptens war und nun wohl hofft, als Mann der USA neuer Präsident Ägyptens zu werden, gab der Entscheidung eine „revolutionäre“ Begründung: „Gerade wir Ägypter wissen, wie wichtig es ist, aus eigener Kraft einen Autokraten loszuwerden. Dieses großartige Gefühl wünsche ich auch den Libyern. Die Revolutionen in den arabischen Staaten laufen nicht alle nach dem gleichen Muster ab. Aber der Wandel ist unaufhaltsam. Und unumkehrbar.“ (*Der Spiegel*, 11/2011) Die Afrikanische Union dagegen lehnte jede militärische Intervention ab. Der zuständige AU-Kommissar Ramtane Lamamra betonte, dass die AU der „Einheit und territorialen Integrität Libyens“ verpflichtet ist. Sie beschloss die Einsetzung einer Beobachtergruppe, der fünf afrikanische Staatsoberhäupter und der AU-Kommissionspräsident Jean Ping angehören. (*Deutsche Welle*, 11. 03. 2011)

Der Beschluss der Arabischen Liga, einmal gefasst, wurde zur Berufungsgrundlage westlicher Länder, die Intervention herbeizuführen. In diesem Sinne konnte denn angemerkt werden:

„Nie zuvor hat die Liga Menschenrechtsverletzungen in einem arabischen Staat derart angeprangert und einen Eingriff gefordert: Selbst als der Irak 1990 in Kuwait einmarschierte, konnte sich die Liga nicht auf eine gemeinsame Haltung einigen. Normalerweise diskutierte der Westen ein Eingreifen, und die arabischen Staaten lehnten es ab. Nun forderten die arabischen Staaten den Eingriff – und hadern mit ihrer Entscheidung.“ (*Financial Times Deutschland*, 22. 03. 2011) Das mit dem Hadern bezieht sich darauf, dass Amr Mussa kurz nach Beginn der Militäroperationen erklärt hatte, die Arabische Liga habe eine Flugverbotszone gefordert, um die Zivilbevölkerung zu schützen, nicht damit noch mehr Zivilisten zu Tode kommen. Die westlichen Interventionsmächte erklärten dann, diese Reaktion der Arabischen Liga sei unerfreulich und „wenig solidarisch“. Sie wollten also auch noch den Dank der arabischen Völker für die Intervention. Nach einem Gespräch mit UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon knickte Mussa denn auch ein: Es gäbe wegen der Umsetzung der UN-Resolution keinen Konflikt; die Arabische Liga respektiere den Beschluss des Sicherheitsrates.

Der Beschluss über die Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates ist am Abend des 17. März 2011 gefasst worden. Für die Annahme waren mindestens neun Ja-Stimmen und das Ausbleiben eines Vetos eines der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates erforderlich. Zehn Staaten stimmten am Ende dafür, fünf enthielten sich: China und Russland als Ständige Mitglieder sowie Brasilien, Deutschland und Indien. Dafür stimmten die drei Ständigen Mitglieder USA, Frankreich und Großbritannien. Libanon als einziges arabisches bzw. muslimisches Land im Sicherheitsrat hatte sich an der Ausarbeitung der Resolution aktiv beteiligt. Die afrikanischen Staaten Südafrika, Gabun und Nigeria sowie Bosnien-Herzegowina, Kolumbien und Portugal stimmten ebenfalls zu. Bereits am 19. März begannen die Luftangriffe Frankreichs, Großbritanniens und der USA auf Libyen.

Frankreich bzw. der französische Präsident Nicolas Sarkozy hatte die Herbeiführung des Militäreinsatzes und der ihn legitimierenden Beschlusslage mit außergewöhnlichem Eifer betrieben. Zwischen dem UNO-Beschluss und dem Beginn der Kriegshandlungen zelebrierte Sarkozy am 18. März noch eine große internationale Konferenz in Paris. Der Berliner *Tagesspiegel* beschrieb sie so: „Es war ein großer Augenblick für Präsident Nicolas Sarkozy, die Konferenz der Chefs von 22 Regierungen und internationaler Organisationen. Unter seinem Vorsitz kamen sie am Samstag in Paris zusammen, um auf der Grundlage der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrats dem libyschen Diktator Muammar al Gaddafi Einhalt zu gebieten. Durch eine Reihe von diplomatischen Pannen hatte Frankreich die Stunde der arabischen Revolution in Tunesien und Ägypten verschlafen und dann mit seinem Vorpreschen gegenüber Libyen seine Partner, vor allem in der EU, vor den Kopf gestoßen. Doch nun kann Sarkozy sie alle im Elysée-Palast willkommen heißen, unter ihnen US-Außenministerin Hillary Clinton, der britische Premier David Cameron, Spaniens Regierungschef José Luis Zapatero, der Generalsekretär der Arabischen Liga Amr Moussa und UN-Generalsekretär Ban Ki Moon. Einigen kommt er zur Begrüßung auf der Freitreppe entgegen, Kanzlerin Angela Merkel bekommt, als ob es wegen der deutschen Enthaltung im UN-Sicherheitsrat keine Verstimmung gegeben hätte, wie immer einen Wangenkuss. Sarkozy liebt es, für Frankreich an der Spitze der Nationen zu stehen. Das zeigt sich auch in der Art, wie er nach der Konferenz deren Beschlüsse bekannt gibt. Dem libyschen Volk drohe Todesgefahr, erklärt er. Das könne das universelle Gewissen nicht tolerieren. Die internationale Gemeinschaft unterstütze den Freiheitswillen und das Recht der Libyer, über ihre Zukunft selbst zu bestimmen. Frankreich werde seine ‚Verantwortung vor der Geschichte‘ wahrnehmen.“ (*Der Tagesspiegel*, 19. 03. 2011)

Für die besondere Vorreiterrolle Frankreichs in Sachen Krieg gegen Libyen gab es offenbar mehrere Gründe. Zunächst war Frankreich das westeuropäische Land, das die engsten

Beziehungen zu den autokratischen Regimen in Nordafrika unterhalten hatte. Das hatte zu peinlichen Situationen geführt als die Volksproteste begannen, etwa als die damalige französische Außenministerin, Michèle Alliot-Marie, dem tunesischen Präsidenten Ben Ali französische Spezial-Truppen zur Erhaltung seiner Macht angeboten hatte. Angesichts der arabischen Umbrüche hat sich die französische Regierung offensichtlich für die Flucht nach vorn entschieden und sich zur Sachwalterin der Bewegung für Freiheit und Demokratie erklärt.

Hinzu kommen innenpolitische Gründe. Bei der ersten Runde der Regionalwahlen am 20. März siegten die Sozialisten in fast allen Regionen und erhielten insgesamt 25 Prozent, die Regierungspartei UMP dagegen nur 17 und die rechtsextreme Partei Front National etwa 15 Prozent der Stimmen. Damit wurde deutlich, dass deren Vorsitzende, Marine Le Pen, bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahl im Jahre 2012 Sarkozy schlagen und in die Stichwahl gelangen kann. Der Erfolgseffekt aber, den Sarkozy sich vom Militäreinsatz in Libyen erhofft hatte, blieb aus: „Man braucht nicht die reichen Ölverträge des [französischen Mineralölkonzerns] *Total* oder die Geschäfte der *Gaz de France* heranzuziehen, um zu begreifen, warum Nicolas Sarkozy sich Hals über Kopf in den libyschen Konflikt gestürzt hat. Ein Blick auf die Ergebnisse der Kantonalwahlen genügt... Es wird immer deutlicher, dass Sarkozys Werte in den Umfragen dringend steigen müssen, um als Kandidat für seine eigene Nachfolge bei den Präsidentschaftswahlen 2012 anzutreten. Da es offenkundig zu spät für eine politische Strategie ist, ist ihm jedes Mittel recht.“ (*Europa quotidiano*, Italien, 22. 03. 2011) Noch während des Gipfeltreffens in Paris hatten die ersten französischen Kampfflugzeuge Bengasi überflogen.

Die Auseinandersetzungen um die Führung bzw. Koordinierung der Angriffe zeigten zudem, dass Frankreich deutlich zu machen bestrebt war, die militärische „Aufgabenverteilung“ im Verhältnis zu den USA neu zu ordnen und gemeinsam mit Großbritannien eine Führungsrolle bei einem solchen Einsatz spielen zu können. Als erster westlicher Regierungschef hatte sich der britische Premierminister, David Cameron, bereits Anfang März für ein militärisches Intervenieren des Westens in Libyen ausgesprochen. „Wie ein giftig kläffender Terrier hat David Cameron den zögerlichen Barack Obama von der Notwendigkeit einer Libyen-Intervention überzeugt. Ein Grund dafür ist so alt wie die Geschichte der Kriege – der britische Premier will von Nöten daheim ablenken“, schrieb die *Süddeutsche Zeitung* (20. 03. 2011). Dabei hatte Großbritannien noch eine Scharte auszuwetzen. Eine Spezialeinheit der britischen Streitkräfte war Anfang März mit einem Hubschrauber voller Waffen und falschen Pässen vier verschiedener Länder nach Libyen geflogen, um dann westlich von Bengasi von lokalen Bauern-Rebellen gefangen genommen zu werden. Ihr Auftrag war offenbar, Kontakte zu Rebellen herzustellen und auf diese Weise zum Sturz von Gaddafi beizutragen. Der peinliche Vorgang flog auf und die gefassten Agenten wurden mit einem britischen Schiff nach Malta gebracht.

Die Militärführung musste sich der Frage stellen, wie es zu solch einem peinlichen Dilettantismus kommen konnte, und die politische Führung Großbritanniens musste sich fragen lassen, was diese Agenten denn für einen Auftrag hatten – sie waren als bewaffnete Militärs in einen anderen Staat eingefallen, der sich zwar in einer Bürgerkriegssituation befindet, aber dennoch ein eigener, souveräner Staat im Sinne des Völkerrechts ist. Auch unter solchen Bedingungen ist kein anderer Staat ermächtigt, nach Belieben mal eben mit bewaffneten Trupps auf dem Territorium des in Rede stehenden Staates zu agieren. Das galt übrigens auch für den Einsatz von Spezialkräften der Bundeswehr zur Evakuierung europäischen Personals von der libyschen Ölbasis al-Nafoura Ende Februar 2011. Dazu hieß es in der Kriegsberichterstattung voller Stolz: „Die Rettungsaktion ist ein wegweisendes Beispiel für die Zukunft der Bundeswehr und die Pläne des Verteidigungsministers zu Guttenberg. Elitesoldaten der Bundeswehr werden in Zukunft verstärkt logistische Einsätze und Absicherung übernehmen – militärischer und humaner Art. Unruhen wie in Ägypten,



Libyen, Tunesien aber auch im Jemen bringen deutsche Staatsbürger in Gefahr... Die spektakuläre Rettung konnte nun gelingen, da die Bundeswehr vorbereitet war: Ein bis zu 1.500 Mann starker Einsatzverband – bestehend aus Fallschirmjägern und Spezialisten – steht für eine schnelle Evakuierung oder einen Spezialeinsatz hinter den feindlichen Linien bereit... Ausgebildet werden die Elitesoldaten der Deutschen Bundeswehr in der Franz-Josef-Strauß-Kaserne im bayerischen Altenstadt. Dort wird die punktgenaue Landung von Hilfsgütern und die Anlandung von Großgerät ebenso trainiert wie die Ausbildung von Einzelkämpfern vorgenommen. Sie üben das Kämpfen und Operieren hinter feindlichen Linien und die Zusammenarbeit mit der Luftwaffe, die einen Soldaten in Not mit dem Hubschrauber evakuieren muss. Die Bundeswehr hat in Libyen gezeigt was sie kann, jetzt braucht sie die politische und gesellschaftliche Unterstützung, um als moderne Armee schlagkräftig kämpfen, sichern und retten zu können.“ ([www.fruehnachrichten.de](http://www.fruehnachrichten.de), 28. 02. 2011)

Das staatliche libysche Fernsehen, das nach wie vor der Regierung in Tripolis untersteht, konnte nicht zu Unrecht darauf verweisen, dass hinter dem Aufstand eine ausländische Verschwörung steckt.

## Die UNO-Resolutionen 1970 und 1973

In seiner 6491. Sitzung am 26. Februar 2011 beschloss der UNO-Sicherheitsrat die Resolution 1970. Damit reagierte er auf die Entwicklungen, die sich in Libyen vollzogen, nachdem Gaddafi den Befehl zur militärischen Niederschlagung der Proteste gegeben hatte. Es war dies eine Resolution nach Kapitel VII der UNO-Charta: *Maßnahmen bei Bedrohung des Friedens, bei Friedensbrüchen und Angriffshandlungen*, im Sinne von Art. 39 der Charta und zwar unter ausdrücklicher Bezugnahme auf Art. 41, der solche Maßnahmen des Drucks vorsieht, die den Einsatz militärischer Gewalt nicht einschließen. Dieser Beschluss des Sicherheitsrates wurde einstimmig gefasst.

Der Sicherheitsrat hat das Vorliegen einer Bedrohung des Friedens, eines Friedensbruchs oder einer Angriffshandlung festzustellen und erteilt Empfehlungen oder beschließt, welche Maßnahmen gemäß Artikel 41 und 42 ergriffen werden sollen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen.

(Art. 39 UNO-Charta)

Der Sicherheitsrat kann beschließen, welche Maßnahmen, die keine Anwendung von Waffengewalt in sich schließen, zu ergreifen sind, um seinen Beschlüssen Wirksamkeit zu verleihen, und er kann die Mitglieder der Vereinten Nationen auffordern, diese Maßnahmen durchzuführen. Diese Maßnahmen können die völlige oder teilweise Unterbrechung der wirtschaftlichen Beziehungen, der Eisenbahn-, Schiffs-, Luft-, Post-, Telegraphen-, Radio- und sonstigen Verbindungen sowie den Abbruch der diplomatischen Beziehungen umfassen.

(Art. 41 UNO-Charta)

In der Präambel der Resolution 1970 ([www.dgvm.de](http://www.dgvm.de)) begründet der Sicherheitsrat seinen Beschluss mit „großer Besorgnis“ über die Situation in Libyen und verurteilt den Einsatz von Gewalt gegen Zivilpersonen. Er sprach eine Missbilligung der „grobe und systematischen Verletzung der Menschenrechte einschließlich der Unterdrückung friedlicher Demonstranten“ aus „mit dem Ausdruck seiner tiefen Besorgnis über den Tod von Zivilpersonen und unter unmissverständlicher Ablehnung der von der höchsten Ebene der libyschen Regierung ausgehenden Aufstachelung zu Feindseligkeit und Gewalt gegenüber der Zivilbevölkerung“. Weiter verwies der Sicherheitsrat „auf die Verantwortung der libyschen Behörden, die Bevölkerung zu schützen,“ und unterstrich „das Recht, sich friedlich zu versammeln,“ und

dass „das Recht der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Medienfreiheit, geachtet werden müssen“. Es wurde ein Bekenntnis „zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit der Libysch-Arabischen Dschamahirija“ abgegeben, vor allem jedoch wurde die „Erwägung“ unterstrichen, „dass die ausgedehnten und systematischen Angriffe gegen die Zivilbevölkerung, die in der Libysch-Arabischen Dschamahirija gegenwärtig begangen werden, möglicherweise Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen.“ Der UNO-Sicherheitsrat ist frei in seiner Entscheidung, wann er für sich in Anspruch nimmt, nach Kapitel VII tätig zu werden und gemäß Art. 39 „das Vorliegen einer Bedrohung des Friedens, eines Friedensbruchs oder einer Angriffshandlung festzustellen“; Voraussetzung ist natürlich eine entsprechende Mehrheit innerhalb des Sicherheitsrates. Frei ist er auch in der Entscheidung, zunächst Art. 41 der UNO-Charta in Ansatz zu bringen und nicht-militärische Sanktionen zu verhängen, „eingedenk dessen, dass ihm nach der Charta der Vereinten Nationen die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit obliegt“. Er verlangt in der Resolution 1970 „ein sofortiges Ende der Gewalt und fordert, dass Schritte unternommen werden, um die legitimen Forderungen der Bevölkerung zu erfüllen,“ und fordert „die libyschen Behörden nachdrücklich auf, ...äußerste Zurückhaltung zu üben, die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht zu achten und internationalen Menschenrechtsbeobachtern sofortigen Zugang zu gewähren“.

Bei genauerem Hinsehen ist das Bekenntnis zu Souveränität und Unabhängigkeit ein eher formeller Verweis auf eine der Kernbestimmungen des Völkerrechts, weil in der Sache das Eingreifen auf Grund der Feststellung beschlossen wird, dass ein Verstoß gegen die Menschenrechte und vor allem gegen die Schutzpflicht des Staates gegenüber der Zivilbevölkerung vorliegt. Das Tätig-Werden des Sicherheitsrates wird daraus abgeleitet, dass die Angriffe auf die Zivilbevölkerung „**möglicherweise** Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen“, (Hervorhebung E.C.) d.h. die Bestrafung wird aus einer Schuldvermutung (was das Gegenteil von der Unschuldsvermutung wäre, die normalerweise eine rechtsstaatliche Jurisdiktion leitet) abgeleitet. Zugleich nimmt der Sicherheitsrat für sich in Anspruch zu wissen, was „die legitimen Forderungen der Bevölkerung“ sind, fordert er doch die libyschen Behörden auf, diese zu erfüllen. Im Grunde wird hier aus der „Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens“ heraus nicht nur eine Bedrohung des Weltfriedens unterstellt (ohne diese wäre der Sicherheitsrat nicht berechtigt, überhaupt tätig zu werden), sondern daraus eine Berechtigung abgeleitet, über die innere Ordnung eines souveränen Staates zu verfügen, der ein ordnungsgemäßes Mitglied der Vereinten Nationen ist.

Der Maßnahmenkatalog umfasst Wirtschaftssanktionen gegen Libyen, ein Waffenembargo, ein Reiseverbot für Gaddafi, einige seiner Familienmitglieder und hochrangige Mitglieder seiner Regierung sowie das Einfrieren von Bankkonten Libyens. Die Behörden des Landes werden verpflichtet, mit dem Internationalen Strafgerichtshof zu kooperieren, an den die Untersuchung der Ereignisse in Libyen seit dem 15. Februar 2011 überwiesen wurde. Zugleich werden Festlegungen getroffen zur Linderung der Not von Flüchtlingen, zum Schutz ausländischer Bürger und ausländischen Eigentums, zur ungehinderten Tätigkeit von Journalisten und zu humanitärer Hilfe. Am Ende legte der Sicherheitsrat bereits in der Resolution 1970 fest, „dass er die Aktivitäten der libyschen Behörden laufend weiter verfolgen wird und dass er bereit sein wird, die Angemessenheit der in dieser Resolution enthaltenen Maßnahmen zu überprüfen, einschließlich ihrer Stärkung, Modifizierung, Aussetzung oder Aufhebung“, kurz: die „Stärkung“ der Maßnahmen ist vorprogrammiert, es werden weitergehende Maßnahmen beschlossen, sobald der Sicherheitsrat zu der Meinung kommt, dass die hier getroffenen nicht ausreichen, um die avisierten Zwecke zu erreichen.

Das erfolgte mit der Resolution 1973, gefasst auf der 6498. Sitzung am 17. März 2011, von der bereits die Rede war ([www.dgvn.de](http://www.dgvn.de)). Stärker als in der Resolution 1970 wird hier definitiv

festgestellt, „dass die Situation in der Libysch-Arabischen Dschamahirija auch weiterhin eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt“ und der Sicherheitsrat demzufolge „nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen“ tätig wird. Es erfolgt kein Verweis auf einen Artikel, so dass klar ist, dass es sich jetzt in der Bezugnahme auf die Charta nicht mehr um den einschränkenden Verweis auf Art. 41 (nicht-militärische Sanktionen), sondern um den Einsatz militärischer Zwangsmittel nach Art. 42 handelt.

Sollte der Sicherheitsrat der Auffassung sein, dass die in Artikel 41 vorgesehenen Maßnahmen nicht genügen oder sich als ungeeignet erwiesen haben, so kann er mit Luft-, See- oder Landstreitkräften die Maßnahmen ergreifen, die zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit notwendig sind. Solche Maßnahmen können Demonstrationen, Blockade und andere Operationen der Luft-, See- oder Landstreitkräfte der Mitglieder der Vereinten Nationen umfassen.  
(Art. 42 UNO-Charta)

Formaljuristisch ist das Verfahren klar: Artikel 42 wird in Ansatz gebracht, nachdem die Maßnahmen nach Artikel 41 „nicht genügt“ haben. Der Sicherheitsrat verweist in der Präambel der Resolution 1973 auf seine Resolution 1970, stellt fest, dass die libyschen Behörden sie nicht befolgt haben, sowie dass die Lage sich weiter verschlimmert habe, eine Eskalation der Gewalt erfolgt und zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung zu beklagen sind. (Hier sei allerdings noch einmal daran erinnert, dass die Resolution 1970 einstimmig gefasst wurde, während Resolution 1973 eine nur knappe Mehrheit erhielt.) Es wird erneut erklärt, „dass die libyschen Behörden dafür verantwortlich sind, die libysche Bevölkerung zu schützen,“ zugleich allerdings bekräftigt, „dass die an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien die Hauptverantwortung dafür tragen, alle durchführbaren Schritte zu unternehmen, um den Schutz der Zivilpersonen zu gewährleisten“. Hier ist, im Unterschied zur Resolution 1970, nicht mehr nur die Rede von den Behörden, an deren Spitze nach wie vor Gaddafi steht, sondern diese Aussage bezieht sich gleichermaßen auf die sog. Rebellen und ihre militärischen Einheiten.

Es erfolgt eine „Verurteilung der groben und systematischen Verletzung von Menschenrechten, insbesondere willkürlicher Inhaftierungen, des Verschwindenlassens und summarischer Hinrichtungen“. Die libyschen Behörden werden dafür verurteilt, „Gewalthandlungen und Einschüchterungsmaßnahmen gegen Journalisten und andere Medienangehörige und dazugehöriges Personal“ begangen zu haben und aufgefordert, ihren in UN-Resolution 1738 (aus dem Jahre 2006, die den Status und den Schutz von Journalisten in bewaffneten Konflikten stärken soll) genannten Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht nachzukommen. Sodann wird die „Erwägung“ wiederholt, „dass die in der Libysch-Arabischen Dschamahirija derzeit stattfindenden ausgedehnten und systematischen Angriffe gegen die Zivilbevölkerung **möglicherweise** Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen“. Dies ist nochmals der eigentlich geltend gemachte Ausgangspunkt, weshalb der Sicherheitsrat überhaupt für sich in Anspruch nimmt, in einen innerstaatlichen bewaffneten Konflikt nach den Regeln des für die zwischenstaatlichen Beziehungen geltenden Völkerrechts zur Friedenssicherung einzugreifen. Zugleich erfolgt hier jedoch wiederum kein Verweis auf die andere kriegsführende Seite im innerlibyschen Bürgerkrieg, die weiter oben dem Grunde nach mit Kombattantenstatus („die an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien“) in die mit der Resolution gesetzten Verpflichtungen eingebunden worden war.

Es wird darauf verwiesen, „dass die Liga der Arabischen Staaten, die Afrikanische Union und der Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz die schweren Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts, die in der Libysch-Arabischen Dschamahirija begangen wurden und werden, verurteilt haben,“ und zur Kenntnis genommen,

dass die Afrikanische Union einen „Ad-hoc-Ausschuss auf hoher Ebene für Libyen eingesetzt“ hat. Ausdrücklich Bezug genommen wird auf den „Beschluss des Rates der Liga der Arabischen Staaten vom 12. März 2011 mit dem Aufruf zur Verhängung einer Flugverbotszone für den libyschen militärischen Luftverkehr und zur Einrichtung von Sicherheitszonen an Orten, die Beschuss ausgesetzt sind, als Vorsichtsmaßnahme zum Schutz der libyschen Bevölkerung und der in der Libysch-Arabischen Dschamahirija ansässigen ausländischen Staatsangehörigen“. So folgt die „Erwägung, dass die Verhängung eines Verbots aller Flüge im Luftraum der Libysch-Arabischen Dschamahirija ein wichtiges Element für den Schutz von Zivilpersonen und die sichere Lieferung humanitärer Hilfsgüter und einen entscheidenden Schritt zur Einstellung der Feindseligkeiten in Libyen darstellt“. Schließlich erfolgt eine Bekräftigung (wie in Resolution 1970) des UNO-Sicherheitsrates „seines nachdrücklichen Bekenntnisses zur Souveränität, Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und nationalen Einheit der Libysch-Arabischen Dschamahirija“. Eine Aufspaltung des Landes in verschiedene selbständige Staatsgebilde soll demnach ausgeschlossen bleiben.

Im Beschlussteil der Resolution 1973 wird im ersten Abschnitt unter Ziffer 1 „eine sofortige Waffenruhe und ein vollständiges Ende der Gewalt und aller Angriffe und Missbrauchshandlungen gegen Zivilpersonen“ verlangt. Das bezieht sich wiederum auf alle Seiten des Bürgerkrieges, nicht nur auf das Gaddafi-Regime. Unter Ziffer 2 wird gefordert, „dass verstärkte Anstrengungen unternommen werden müssen, um eine Lösung für die Krise zu finden, die den legitimen Forderungen des libyschen Volkes gerecht wird“. Auch hier ist der Adressat nicht nur Gaddafi, sondern Adressaten sind alle Seiten. Das findet seine Bekräftigung in dem Verweis auf den Sondergesandten des UNO-Generalsekretärs für Libyen sowie den „Beschluss des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union, seinen Ad-hoc-Ausschuss auf hoher Ebene nach Libyen zu entsenden, mit dem Ziel, einen Dialog zu erleichtern, der zu den politischen Reformen führt, die für eine friedliche und tragfähige Lösung notwendig sind“. Hier werden nicht mehr unspezifizierte Reformen geltend gemacht, die dem bisherigen Staatswesen unter Gaddafi gegenübergestellt sind, sondern die hier in Rede stehenden Reformen sollen ausdrücklich aus einem Dialog-Prozess hervorgehen. Dass dieser ohne Gaddafi oder seine Vertreter erfolgen sollte, ist definitiv nicht gefordert; mit anderen Worten: „Gaddafi muss weg“ ist keine Forderung des UNO-Sicherheitsrates, sondern eine Interpretation der westlichen Interventionsmächte. Die avisierten Verhandlungen in einem tatsächlichen Dialogprozess setzen den Einschluss der bisherigen Behörden ausdrücklich voraus. Unter Ziffer 3 verlangt dann der UNO-Sicherheitsrat, „dass die libyschen Behörden ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, namentlich dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Flüchtlingsvölkerrecht, nachkommen und alle Maßnahmen ergreifen, um Zivilpersonen zu schützen und ihre Grundbedürfnisse zu decken sowie den raschen und ungehinderten Durchlass humanitärer Hilfe zu gewährleisten“.

Der zweite Abschnitt des Beschlussteils hat den „Schutz von Zivilpersonen“ zum Gegenstand. Der Sicherheitsrat „ermächtigt die Mitgliedstaaten, ...alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen..., um von Angriffen bedrohte Zivilpersonen und von der Zivilbevölkerung bewohnte Gebiete in der Libysch-Arabischen Dschamahirija, einschließlich Bengasis, zu schützen“. Dies muss allerdings „unter Ausschluss ausländischer Besatzungstruppen jeder Art in irgendeinem Teil libyschen Hoheitsgebiets“ erfolgen. Mit dieser Festlegung sind ausländische „Besatzungstruppen“ ausgeschlossen; ob Kampfverbände, die zeitweilig „zum Schutz“ der Zivilbevölkerung eingesetzt werden oder der Sicherung humanitärer Hilfsmaßnahmen dienen sollen, wie es nach der Annahme dieser Resolution und dem Beginn der Kriegseinsätze zu einem Thema in den EU-Debatten wurde, wird offen gehalten. Entgegen der allgemein in den Medien verbreiteten Ansicht hat der Sicherheitsrat den Einsatz von Bodentruppen nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Damit stellt sich allerdings die Frage

nach den aus der Anwendung der Resolution folgenden Gefahren einer Eskalation des Krieges um so dringlicher. Ein Truppeneinsatz wäre an den Schutz der „Zivilbevölkerung“ gebunden. Wo allerdings die Trennungslinie zwischen den militärisch organisierten Freischärlern in Bengasi und der Zivilbevölkerung verläuft, bleibt im Dunkel. Damit auch der Unterschied zwischen Einsätzen von Kampfflugzeugen der Interventionsstaaten zum Schutz der Zivilbevölkerung (bzw. zur Bombardierung der Luftstreitkräfte und Luftverteidigungseinrichtungen des libyschen Staates, um die militärischen Voraussetzungen zur Errichtung der Flugverbotszone zu schaffen) und ihrem Einsatz als faktische Luftwaffe der Rebellen-Streitkräfte, was sie sind, wenn die Flugzeuge der Interventionsstaaten unmittelbar in die Kämpfe am Boden eingreifen. Absichtlich offen bleibt auch, was „alle notwendigen Maßnahmen“ sind, d.h. es handelt sich hier um eine weitgehende und unspezifizierte Ermächtigung zur Kriegsführung all jener Mitgliedsstaaten, die im Sinne dieser Resolution militärisch aktiv werden wollen.

Wer die entsprechenden Staaten sind, wird nicht näher benannt. Es sind jene, „die eine Notifizierung an den Generalsekretär (der UNO. E.C.) gerichtet haben und die einzelstaatlich oder über regionale Organisationen oder Abmachungen und in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär tätig werden“. Mit anderen Worten: es konnten Frankreich und Großbritannien, die beiden und die USA, die NATO, diese und weitere Willige, etwa Katar oder die Vereinigten Arabischen Emirate, sein. Es ist eine Art Vorratsbeschluss, der all diese Varianten offen lässt und nur eine Bedingung kennt: die Notifizierung an den UNO-Generalsekretär. Im dritten Abschnitt zur Errichtung der Flugverbotszone wird dies noch einmal bekräftigt. Die Staaten sind ermächtigt, „alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Befolgung des mit Ziffer 6 verhängten Flugverbots den Erfordernissen entsprechend durchzusetzen“. Dabei werden die betreffenden Mitgliedstaaten „ersucht...“ sich bei den von ihnen ergriffenen Maßnahmen... untereinander und mit dem Generalsekretär eng abzustimmen“.

Die weiteren Festlegungen der Resolution 1973 umfassen die Durchsetzung des Flugverbots, die Fortschreibung des Waffenembargos und der Reiseverbote, das Tätig-Werden des Internationalen Strafgerichtshofes in Bezug auf die Situation in Libyen seit dem 15. Februar 2011 und das „Einfrieren von Vermögenswerten“. Hier bekräftigt der Sicherheitsrat „seine Entschlossenheit, dafür zu sorgen, dass die gemäß Ziffer 17 der Resolution 1970 (2011) eingefrorenen Vermögenswerte zu einem späteren Zeitpunkt so bald wie möglich dem Volk der Libysch-Arabischen Dschamahirija zur Verfügung gestellt werden und zugute kommen“. Wer dann dieses Volk ist bzw. seine legitimen Vertreter sind, bleibt offen und damit dem Dialogprozess im Lande und mit den Konfliktparteien überantwortet. Am Ende der Resolution steht wieder die Festlegung, dass der Sicherheitsrat mit dieser Angelegenheit weiter „aktiv befasst“ bleiben wird.

Die Resolution 1973 hat Bedeutung weit über den konkreten Fall Libyen hinaus. Nachdem Frankreich, das Vorreiter des Krieges in Libyen war, nun mit militärischen Kräften auch den Regierungswechsel in der Elfenbeinküste durchgesetzt hat, ist die Frage nach dem Völkerrecht als Grundlage und Instrument der Friedenssicherung um so dringlicher. In seiner Grundanlage zielt Kapitel VII der UNO-Charta auf Maßnahmen, die bei einer Bedrohung des Friedens zu treffen sind, die aus zwischenstaatlichen Beziehungen heraus entsteht; aus der Sicht der Verfasserinnen und Verfasser der Charta im Gefolge des zweiten Weltkrieges also aus einer Aggression oder dem Überfall eines Staates auf einen anderen. In diesem Sinne konnte es nur zwei legitime Grundlagen für militärisches Handeln geben: aus der Feststellung einer Friedensbedrohung durch den UNO-Sicherheitsrat (Art. 39) heraus gemäß Art. 42 oder nach Art. 51 – „das unveräußerliche Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung“ wenn ein bewaffneter Angriff erfolgt und bis der Sicherheitsrat die erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat, also Art. 39 und 42 greifen.

Nach dem Ende des kalten Krieges wurde die Bindung des Tätig-Werdens des Sicherheitsrates an den zwischenstaatlichen Konflikt jedoch schrittweise gelockert und zunehmend in innerstaatliche Konflikte hinein interveniert. Nach dem zweiten Golfkrieg, in dem erst der Irak unter Saddam Hussein Kuwait erobert und anschließend die USA und ihre Verbündeten die irakischen Truppen dort vertrieben und den Irak militärisch geschlagen hatten, erlangten schiitische Kräfte die Kontrolle über Gebiete im Süden des Irak und kurdische über den Norden. Die irakische Armee versuchte auf äußerst brutale Weise, diese Gebiete wieder unter die Botmäßigkeit der Bagdader Regierung zu zwingen. Daraufhin sah sich der UNO-Sicherheitsrat genötigt, angesichts schwerer Menschenrechtsverletzungen zu handeln. Am 5. April 1991 wurde mit **Resolution 688** die Errichtung einer Flugverbotszone beschlossen. In der Begründung wurde behauptet, die Repressionsmaßnahmen würden den internationalen Frieden und die Sicherheit in der Region bedrohen; diese Bedrohung allerdings wurde an die Flüchtlingsströme gebunden, die über die Grenzen in die Nachbarländer strömten, also vorsorglich an eine grenzüberschreitende Dimension des Konflikts.

In Somalia war nach dem Sturz des autokratischen Herrschers Siad Barre die Staatlichkeit zusammengebrochen, Kämpfe zwischen Clangruppen und Warlords zerstörten das Land. In dieser Situation beschloss der UNO-Sicherheitsrat am 3. Dezember 1992 die **Resolution 794**, mit der er ein Mitgliedsland – die USA – ermächtigte, eine Mission für die Schaffung eines sicheren Umfeldes für humanitäre Hilfe in Somalia zusammenzustellen und dabei auch militärische Gewalt anzuwenden. Die Mission scheiterte kläglich. Rein rechtlich gesehen hatte der Sicherheitsrat mit dieser Resolution jedoch erstmals eine Lage als „Bedrohung des Friedens“ (nach Art. 39 der UNO-Charta) eingeordnet, die einen inneren Charakter hatte, ohne dabei auf Flüchtlingsströme o.. abzustellen. Da nach Art. 2, Ziffer 7 der Charta gilt: „Keine Bestimmung der vorliegenden Charta berechtigt die Vereinten Nationen, sich in Angelegenheiten einzumischen, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören“, war damit erstmals eine interne Situation als nicht unter diese Zuständigkeit fallend erklärt. Mit anderen Worten: Wenn der Sicherheitsrat nach Art. 39 agiert, ist Art. 2, Ziffer 7 nicht mehr handlungsleitend, bzw. angesichts des Zerfalls staatlicher Macht zieht der Sicherheitsrat eigentlich die der inneren Zuständigkeit eines Staates obliegende Verantwortung an sich. Das fand seine Fortsetzung mit **Resolution 1816 des UNO-Sicherheitsrates** vom 2. Juni 2008 (Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias), mit der alle Staaten ermächtigt wurden, in das Hoheitsgebiet Somalias einzufahren oder einzufliegen, um erforderliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Piraten zu ergreifen. Die beteiligten Staaten sollten mit der bergangsregierung Somalias kooperieren, die ihrerseits den Resolutionstext akzeptierte. Der Sicherheitsrat hatte hier erstmals nach Kapitel VII derart in die Territorialhoheit eines Staates eingegriffen unter Verweis darauf, dass Somalia selbst nicht in der Lage war, die Piraterie von seinem Territorium aus bzw. in seinen Hoheitsgewässern zu unterbinden.

Mit seiner **Resolution 940** vom 31. Juli 1994 ermächtigte der UNO-Sicherheitsrat eine multinationale Streitmacht, die eine einheitliche Führung haben sollte, in Haiti den von einem Militarregime gestürzten Präsidenten Jean-Bertrand Aristide wieder in sein Amt einzusetzen. Hier war in gewissem Sinne die „humanitäre Intervention“ etabliert mit dem Zweck, die Bürger- bzw. Menschenrechte zu schtzen und „die Wiederherstellung der Demokratie“ zu gewährleisten. Unter Verweis auf Kapitel VII, allerdings ohne konkreten Bezug wird hier quasi-begründend erklärt, dass die Lage in Haiti eine „fortgesetzte Bedrohung von Frieden und Sicherheit in der Region“ darstelle, einschränkend allerdings vermerkt, dass diese Lage einen einzigartigen Charakter habe. Damit sollte auch dieser Beschluss ausdrücklich nicht darauf ausgelegt sein, einen Präzedenzfall zu schaffen.

Seit dem Völker mord in Ruanda (1994) und dem Massaker von Srebrenica während des Bosnienkrieges (1995) hat sich die völkerrechtliche Debatte um eine etwaige Pflicht zu

„humanitärer Intervention“ verstärkt. Sie wurde zu dem Konzept einer „Schutzverantwortung“ der Staaten (*Responsibility to Protect*) geführt, das von der UNO-Vollversammlung im Dezember 2005 unterstützt wurde. Der UNO-Sicherheitsrat hat am 28. April 2006 **Resolution 1674** zum Thema: „Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten“ beschlossen. Die Schutzverantwortung obliegt zunächst dem Einzelstaat; er hat die Pflicht, das Wohlergehen der ihm kraft seiner Personal- oder Gebietshoheit unterstellten Bürger zu sichern. Ist jedoch die Regierung des jeweiligen Staates nicht willens oder fähig, seine Bürger vor schweren Menschenrechtsverletzungen zu schützen, oder üben Machorgane dieses Staates selbst Gewalttaten gegen die Bevölkerung aus, die als Menschenrechtsverletzungen zu charakterisieren sind – wie es im Falle Libyens festgestellt wurde –, geht diese Verantwortung auf die „internationale Staatengemeinschaft“, also die Vereinten Nationen oder andere Staaten bzw. Staatengruppen über, die sich als „internationale Staatengemeinschaft“ verstehen. Kein Staat soll sich im Falle von gravierenden Menschenrechtsverletzungen, wie Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder ethnischen Säuberungen auf sein Souveränitätsrecht berufen können. Diese Menschenrechtsverletzungen sollen einen so gravierenden Bruch des Völkerrechts darstellen, dass die Prinzipien der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten keine Geltung mehr haben sollen. Mit den erwähnten Resolutionen (688, 794, 940) ergibt sich jedoch keine Linie, aus der ein Gewohnheitsrecht zu „humanitärer Intervention“ abgeleitet werden könnte, noch kann in Verbindung mit Resolution 1674 gefolgert werden, es sei eine zusätzliche Ermächtigung zu einseitigem Handeln erteilt, die jenseits von Art. 39 und 42 bzw. Art. 51 liegt. Das Gewaltverbot, an das die einzelnen Staaten gebunden sind, gilt weiter. Der Sicherheitsrat kann sich allerdings in diesem Rahmen ermuntert sehen, über die bisherigen Grenzen der Rechtsanwendung hinauszugehen, wenn er einen innerstaatlichen Konflikt oder eine innerstaatliche Situation als Friedensgefährdung ansehen will. Diese Prerogative kann zur Willkür werden, wenn dem nicht innerhalb des Sicherheitsrates, also durch seine Ständigen Mitglieder ggf. durch ein „Veto“ oder durch eine entsprechende Mehrheit Einhalt geboten wird.

Spätestens seit dem Jugoslawienkrieg (1999), bei dem die behaupteten gravierenden Menschenrechtsverletzungen seitens der jugoslawischen Regierung – die sich allerdings im Nachgang vielfach als erheblich übertrieben und zum Teil als Lügen der kosovo-albanischen Seite, also der anderen Bürgerkriegspartei, erwiesen – als Kriegsgrund für die Intervention der NATO herhalten mussten, wird diese Debatte politisch und völkerrechtlich geführt. Im Kern geht es darum, dass das Völkerrecht, wie es mit der UNO-Charta von 1945 und ihrem Friedensgebot umrissen ist, auf den Prinzipien der souveränen Gleichheit und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beruht. Das Argument der Verletzung der „Schutzverantwortung“ macht jedoch ein Einmischungs- und Interventionsrecht geltend, das jene Grundprinzipien auszuhebeln und außer Kraft zu setzen bestrebt ist. Das soll zwar an die UNO bzw. den UNO-Sicherheitsrat und seine Verfahrensregeln gebunden sein. Da Mehrheiten auch dort stets interessengeleitet und politisch sind, können sie natürlich ggf. beschafft werden. (Ob und inwiefern dies bei der Resolution 1973 erfolgt ist, wird im folgenden näher zu untersuchen sein.) Die *Responsibility to Protect* könnte benutzt werden, eine Abschaffung bisher geltender Prinzipien des Völkerrechts zu betreiben und einem Recht des Stärkeren oder der Stärkeren Platz zu schaffen.

Auf jeden Fall ist mit der Resolution 1973 ein weiterer Schritt auf diesem Wege gegangen worden. Der Sicherheitsrat hat die innere Bürgerkriegssituation in Libyen zu einer „Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ erklärt, weshalb er sich zum Tätig-Werden nach Kapitel VII UNO-Charta selbstermächtigt hat; und dafür hat er die „möglicherweise“ begangenen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ als Begründung genommen. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Edward C. Luck, der als „Sonderberater des UNO-Generalsekretärs“ Ban Ki Moon gilt und im Generalsekretariat für

die „Operationalisierung“ des *Responsibility to Protect*-Konzepts zuständig ist, hat dies unverhohlen bestätigt: „Es ist das erste Mal, dass der Rat entschieden hat, zur Wahrnehmung der Schutzverantwortung Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta zu verhängen. Das ist historisch!“ Was den Befund hinsichtlich der Begründung anbetriift, bestätigte er ausdrücklich das Prinzip der Schuldvermutung: „Es **schien** (Hervorhebung E.C.) zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu kommen, also zu ausgedehnten und systematischen Angriffen auf die Bevölkerung mit Wissen der Obrigkeit.“ Wobei diese Begründung nach Augenschein ausdrücklich gewollt ist. Das „Konzept der Schutzverantwortung beruht auf Vorbeugung. Wir wollen nicht warten, bis sich die Leichen hoch türmen und wir klinisch feststellen können, was passiert ist, sondern früh genug eingreifen, um Gewalt zu verhindern.“ Luck betont zwar, dass der UNO-Sicherheitsrat den Schutz der Zivilbevölkerung beschlossen habe und nicht den Regimewechsel, den Sturz Gaddafis (*FAZ*, 24. 03. 2011).

Das mag aus UNO-Sicht so sein. Dennoch öffnet dieses Grundverständnis die Tür zu einem weitgehend in die Beliebigkeit der großen Mächte gestellten Interventionsrecht. In Jemen und Syrien wird nicht interveniert, in Libyen sehr wohl. In Bahrein greift eine äußere Macht militärisch ein, ohne dass der UNO-Sicherheitsrat dazu auch nur ein Wort sagt. In der Elfenbeinküste wiederum interveniert Frankreich unter Berufung auf die „internationale Gemeinschaft“ und die Beschlusslage in Sachen Libyen. Der Friedensforscher Otfried Nassauer (Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit – BITS) geht davon aus, dass aus diesem Libyen-Krieg die beiden völkerrechtlichen Konzepte – das in der UNO-Charta verankerte Grundprinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten und der das Schutzverantwortung, das in der Charta nicht verankert ist, aber in den vergangenen Jahren verstärkt zu benutzen versucht wurde, um sich über das Prinzip der Nichteinmischung hinwegzusetzen – geschwächt hervorgehen. „Das ist die eigentliche politische Niederlage, die am Ende stehen könnte. Das schon existierende Prinzip wird geschwächt. Das neue wird sich nach dieser Erfahrung wahrscheinlich nicht mehr so gut durchsetzen lassen, und es wird nicht so stark werden können wie das alte.“ (*Deutsche Welle*, 21. 04. 2011)

Reinhard Merkel, Rechtsprofessor an der Universität Hamburg, hat darauf bestanden, dass die „Militärintervention gegen Gaddafi... illegitim“ ist (*FAZ*, 22. 03. 2011). Illegitim ist nicht illegal; der Sicherheitsrat hat seiner ihm gegebenen Vollmacht gemäß beschlossen und der Intervention damit die von Frankreich, Großbritannien und den USA gewünschte rechtliche Grundlage gegeben, nur ist die Grundlage dieses Beschlusses, nämlich die Unterstellung, der innere Kriegszustand eines Landes, hier Libyens, sei eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, höchst fragwürdig. „Die Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates vom 17. März, die den Weg zur militärischen Intervention in Libyen freigab, und Maß und Ziel dieser Intervention selbst überschreiten die Grenzen des Rechts. Nicht einfach nur die Grenzen positiver Normen – das geschieht im Völkerrecht oft und gehört zum Motor seiner Entwicklung. Sondern die seiner Fundamente: der Prinzipien, auf denen jedes Recht zwischen den Staaten beruht. Die Entscheidung der Bundesregierung, der Resolution nicht zuzustimmen, war richtig.“

Merkel argumentiert hier mit Immanuel Kant (*Zum ewigen Frieden, 1796*), der darauf besteht: „Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines anderen Staates gewalttätig einmischen.“ Wenn in einem Staat nun ein bewaffneter Machtkampf, ein Bürgerkrieg ausbricht, berechtigt auch dies keinesfalls zur Einmischung von außen. Denn: „Wenn ein Staat sich durch innere Veruneinigung in zwei Teile spaltete, deren jeder für sich einen besonderen Staat vorstellt, der auf das Ganze Anspruch macht“, so würde, solange „dieser innere Streit noch nicht entschieden ist“, eine „Einmischung äußerer Mächte Verletzung der Rechte eines nur mit seiner inneren Krankheit ringenden, von keinem anderen abhängigen Volks“ sein, selbst also ein Skandal, ein Rechtsbruch, der „die Autonomie aller Staaten



unsicher machen“ würde. Die Einmischung unterminiert die Prinzipien der Souveränität und der Nichteinmischung; sie ist ein grober Verstoß gegen das Gebot der Friedenssicherung in den internationalen Beziehungen. Auch die aktuellen Normen des Völkerrechts, so das Zweite Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen von 1977 hat dies ausdrücklich festgelegt. (Die *Genfer Konventionen*, die dazu dienen sollen, das Los der Militär- wie der Zivilpersonen im Kriege zu erleichtern und dies völkerrechtlich verbindlich zu regeln, wurden zuerst 1864 abgeschlossen, nach dem ersten und zweiten Weltkrieg jeweils erweitert und schutzrechtlich weiter ausgedehnt. Mit den Zusatzprotokollen von 1977 wurden die Regeln für zulässige Mittel und Methoden der Kriegsführung und für den Umgang mit an Kampfhandlungen beteiligten Personen weiter ausgearbeitet und kodifiziert.)

### **Art. 3 Nichtintervention**

1. Dieses Protokoll darf nicht zur Beeinträchtigung der Souveränität eines Staates oder der Verantwortung der Regierung herangezogen werden, mit allen rechtmäßigen Mitteln die öffentliche Ordnung im Staat aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen oder die nationale Einheit und territoriale Unversehrtheit des Staates zu verteidigen.

2. Dieses Protokoll darf nicht zur Rechtfertigung einer wie immer begründeten unmittelbaren oder mittelbaren Intervention in den bewaffneten Konflikt oder in die inneren oder äußeren Angelegenheiten der Hohen Vertragspartei herangezogen werden, in deren Hoheitsgebiet dieser Konflikt stattfindet.

*Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer nicht internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll II) vom 8. Juni 1977*

Die Frage, die Merkel stellt, ist nicht, ob man Diktatoren zum Teufel jagen soll, sondern ob irgendjemand berechtigt ist, dies mit Krieg von außen zu tun. Diese Frage ist zu verneinen. Wenn es sich jedoch – dies ist die Ausnahme – um Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit handelt (Art. 7 des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes) ist eine Intervention geboten. Das jedoch liegt hier nicht vor. Völkermord setzt das Ziel voraus, „eine nationale, rassische, religiöse oder ethnische Gruppe als solche“ zu vernichten. Gaddafis Truppen haben dies augenscheinlich nicht getan, auch systematische Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind ihnen nicht nachzuweisen. Die in den Resolutionen 1970 und 1973 gewählte Formulierung, dass dies „möglicherweise“ der Fall sei, macht gerade deutlich, dass das nicht zu beweisen war. Gaddafi führt auch nicht Krieg gegen „die Zivilbevölkerung“, sondern „gegen bewaffnete Rebellen, die ihrerseits Krieg gegen ihn führen“, so Reinhard Merkel weiter. „Kämpfende Aufständische, und wären sie Stunden zuvor noch Bäcker, Schuster und Lehrer gewesen, sind keine Zivilisten. Dass Gaddafis Truppen gezielt Zivilisten töteten, ist vielfach behauptet, aber nirgends glaubhaft belegt worden.“ Wer militärisch gegen bewaffnet agierende Rebellen vorgeht, will gerade nicht die Bevölkerung vernichten, sondern wieder seiner Macht unterwerfen.

Ein blinder Fleck der Resolution 1973 besteht zudem darin, dass bezüglich des Schutzes der Zivilbevölkerung der Adressat nur Gaddafi, also die eine Seite des Bürgerkrieges ist, während die andere in der Sache ausgeblendet bleibt. Eine „militärische Rebellion in einem modernen Staat ist immer verbunden mit zahllosen Opfern unter der Zivilbevölkerung, die den Aufstand nicht wünschen. Dass es Millionen Libyer gibt und viele unter den zivilen Opfern geben würde, die den bewaffneten Kampf gegen Gaddafi missbilligt haben, wusste man vorher. Natürlich ist deren Tötung auch Gaddafis Truppen zuzurechnen. Aber den Rebellen, die den Kampf begonnen haben, ebenfalls.“ Insofern kaschiert die Resolution 1973 nur notdürftig den eigentlichen Zweck des Krieges, den Sarkozy, Cameron und Obama offen ausgesprochen haben: Gaddafi zu stürzen und den „demokratischen Regime-Change“ nun endlich mal erfolgreich durchzuführen, nachdem er in Irak und Afghanistan zu so kläglichen und fürchterlichen Resultaten geführt hat. Insofern greift Merkel zu kurz, wenn er die „politische

Ziellosigkeit des Unternehmens“ anprangert. Recht hat er aber, dass nicht nur die vielen Opfer des Krieges in Libyen und der Weltfrieden Opfer des Vorgehens der westlichen Interventionsmächte sind. Am Ende geht es „um die Garantie des Gewaltverbots und seiner vernünftigen Grenzen als Grundprinzip der Weltordnung. Der Krieg wird diese Grenzen weiter ins machtpolitisch Disponible verschieben.“ Allerdings disponieren dann auch die Gegenmächte.

Man kann die Resolution 1973 durchaus als ein Beispiel für diese „Responsibility to Protect“ sehen, wenn man, wie die große Mehrheit im Sicherheitsrat, die Verletzung der Menschenrechte in Libyen für so schwerwiegend hält. Die Mitglieder des Sicherheitsrats müssen sich zwar vorhalten lassen, dass diese Situation nicht erst seit drei Wochen bekannt war und dass sie sie nicht nur geduldet, sondern durch ihre Zusammenarbeit mit Gaddafi sogar ermöglicht haben. Das wirft zwar Zweifel an der Legitimität der jetzigen Maßnahmen auf, berührt aber nicht die Legalität. Auch dass der Sicherheitsrat die viel größeren Verbrechen während des Gaza-Krieges 2008/2009 tatenlos hat geschehen lassen, keine Flugverbotszone eingerichtet und die Zivilisten nicht vor dem Einsatz von weißem Phosphor geschützt hat, kann man durchaus selbst als ein „kollektives Verbrechen durch Unterlassen“ werten. Damit hat er aber nicht die Möglichkeit verwirkt, in einer neuen Situation gemäß Artikel 42 der UN-Charta zu reagieren.

Nicht nur die Staaten, die sich der Stimme enthalten haben, hatten Zweifel an dem politischen Nutzen der militärischen Intervention – bei aller Kritik an dem Vorgehen Gaddafis. Jetzt bestätigen sich die Zweifel angesichts der eindeutigen Verletzung der Resolution durch die Kriegführung und die darin sich offenbarende Kriegsstrategie. Dieser Einsatz bewegt sich jenseits des Mandats und ist deshalb völkerrechtswidrig. Die Konsequenz wäre die Rücknahme der Resolution. Doch dem müssten die fünf Veto-Mächte wieder zustimmen oder sich der Stimme enthalten.

*Norman Paech (junge Welt, 30. 03. 2011)*

## Die unterschiedlichen Akteure und Interessen und der Krieg

Im 21. Jahrhundert ist unter den veränderten Bedingungen die Friedensfrage wieder neu gestellt. In der Schlussphase des kalten Krieges gab es zwei Hoffnungen, die eine, dass die Welt in eine lang anhaltende Phase des Friedens eintreten würde, und die zweite, dass diese mit weitreichender Abrüstung, also einer „Friedensdividende“ verbunden sein würde. Die Rüstungsausgaben in der Welt haben die Marge von 1200 Milliarden US-Dollar – das war der Höchststand des kalten Krieges – bereits 2006 wieder überstiegen und sind seither von Jahr zu Jahr gewachsen. Nach den Angaben des Stockholmer Friedensinstituts SIPRI wurden im Jahre 2010 weltweit mehr als 1600 Milliarden US-Dollar für das Militär verpulvert. Hunger und Elend in den Ländern des Südens, die wachsende Armut auch in reichen Ländern, wie Deutschland, hat hier einen Grund. Aber auch die Kriegsgefahr wurde nicht gebannt, sondern es wurden wieder mehr Kriege geführt, beginnend bereits mit dem zweiten Golfkrieg gegen den Irak 1990. Die Entwicklungen seit den 1990er Jahren sind Kennzeichen einer neuen Zeit, in der Kriege wieder zu einer „normalen“ Sache gemacht wurden. Dazu gehören insbesondere der völkerrechtswidrige Krieg gegen Jugoslawien 1999, die Kriege in Afghanistan und Irak, die Kriegsdrohungen gegen den Iran, die Unfähigkeit der Staatenwelt, eine vernünftige Antwort auf die atomare Aufrüstung Nordkoreas zu finden, das Taktieren der USA gegenüber Russland in der Frage der nuklearstrategischen Rüstungen sowie die Erweiterung der NATO nach Osten und ihre Umrüstung in eine Interessenkoalition, die weltweit Kriege zu führen in der Lage sein soll. Das Jahr 2010 wurde das Jahr der weiterentwickelten NATO-Strategie: Es steht Frieden drüber, und es ist Krieg drin.

Das Ende des kalten Krieges führte nicht zu einem sicheren Frieden und zu weniger Konflikten. Die Dominanz der USA als der einzig hinterbliebenen Supermacht währte allerdings nur kurz. Die Niederlage im Irak-Krieg und das sich abzeichnende Fiasko in Afghanistan machten deutlich, dass die USA den Zenit ihrer Weltgeltung bereits überschritten haben. Ihnen erwachsen neue Konkurrenten und Herausforderer. Dazu gehört auch die Europäische Union, die mit den USA in einem spezifischen Verhältnis von Kooperation und Bündnis auf der einen sowie Konkurrenz und Rivalität auf der anderen Seite verbunden ist. Beide Seiten suchen zumindest auf der politisch-diplomatischen und symbolischen sowie militärischen Ebene den Schulterschluss, wenn es um die Konkurrenz mit China, Indien, Russland und anderen Staaten geht, die in der Shanghai-Organisation bzw. durch die Treffen der BRICS-Staaten miteinander verbunden sind. Eine wesentliche Ebene dieser Bündnisbeziehung ist nach wie vor die NATO.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage neu, wie wir in dieser Welt leben und überleben wollen. Dominanz einer einzelnen Macht wird es nicht geben; alle Vorstellungen, ob denn nun China an die Stelle der USA als Supermacht treten werde, gehen am Kern der Sache vorbei. Die Haupttendenz der internationalen Entwicklungen läuft auf eine multipolare Welt hinaus. Die Frage ist, ob diese ein „Konzert der Mächte“ sein wird, wie das Europa der konkurrierenden Mächte von 1815 bis 1914, die sich auf je unterschiedliche Weise über das internationale Recht hinwegsetzen, sofern sie es nicht selbst setzen, oder eine internationale Ordnung des Rechts, wie sie idealiter in der UNO-Charta vorgesehen ist, mit der UNO und dem UN-Sicherheitsrat als den zentralen Institutionen in Sachen Sicherung des Friedens. Beide Tendenzen überlagern sich: Das Völkerrecht und seine weitere Ausformung sind Feld der Auseinandersetzung der Mächte und Mächtegruppen; der Streit um das Primat der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten oder das der „Schutzverantwortung“ und damit eines „Rechts auf Einmischung“ ist eine wesentliche Ebene dieser Auseinandersetzung. Zugleich spielt sich die Konkurrenz der Mächte unter Berufung auf das Völkerrecht und zu weiten Teilen im Rahmen der Institutionen der UNO ab – und der UNO-Sicherheitsrat ist einer der wichtigsten Austragungsorte. Ein Fall wie Libyen und der Libyen-Krieg ist daher nicht nur um seiner selbst Willen Gegenstand des politischen Handelns der anderen Mächte, sondern diese handeln auch unter ganz anderen Gesichtspunkten ihrer Interessenlage insgesamt und ihres internationalen Beziehungsgeflechts.

Der Libyen-Krieg des Westens ist ein weiteres Beispiel dafür, wie der imperiale Krieg weiter veralltäglicht wird. Einige Berichtersteller, die seit Tagen über den Super-GAU im japanischen Kernkraftwerk Fukushima berichteten, beschwerten sich, der Krieg westlicher Länder gegen Libyen hätte die Aufmerksamkeit der Zuhörer und Zuschauer von diesem zentralen Ereignis abgelenkt. Tatsächlich war es aber wohl umgekehrt: die Bellizisten schienen es ganz zufrieden, dass gerade das Unglück weiter seinen Lauf nahm und breite Aufmerksamkeit fand, konnten sie doch so um so besser ungestört ihren Krieg führen. Niemand weiß wirklich, wie viele Tote es in Libyen inzwischen gegeben hat, wie, wen und was die Bomberpiloten und die Raketenabfeurer getroffen haben.

Es ist ein „kleiner“, „begrenzter“, „asymmetrischer“ Krieg. Es heißt, es ginge gegen Gaddafi. Nur, wie das mit der Kriegsoption und ihren Folgen so ist: es sterben nicht die Diktatoren (die, wie Saddam Hussein, am Ende vielleicht auch; das wiegt die vielen Kriegstoten, wie im Falle des Iraks, aber nicht auf), sondern die einfachen Menschen. Die Diskussion um „Kollateralschäden“ wird unterdrückt. Können die Piloten im heranrasenden Flugzeug oder der Lenkcomputer der Flügelrakete unterscheiden, ob das am Boden ein Schädling oder ein einfacher Zivilist ist? Ein böser Regierungssoldat oder ein guter Aufständischer? Die auf den Westen orientierten „Aufständischen“ haben sich schon oft genug beschwert, dass die Kampfflugzeuge „versehentlich“ ihre Leute, und nicht die Gaddafis bombardiert hätten.

Der „totale Krieg“ unseligen Angedenkens bedurfte der Kraftanstrengung der gesamten Bevölkerung des kriegsführenden Staates, zuzüglich der Ausbeutung aller durch Eroberung und Unterdrückung herrschaftsunterworfenen weiteren Menschen, wie es das Deutsche Reich in seinen beiden Welteroberungsversuchen im 20. Jahrhundert praktizierte. Das gesamte innere wirtschaftliche, soziale, wissenschaftliche, politische und geistige Leben des Landes wurde in den Dienst der Kriegsführung gestellt. Gewiss, zwischen den beiden Weltkriegen gab es einen wesentlichen Unterschied: Der Kaiser und sein Ludendorff hatten mit Kohlrübenwinter, Streiks und legaler Opposition zu tun, was die Führung des „totalen Krieges“ im Innern beeinträchtigte, wie Ludendorff später als eine seiner Folgerungen aus der Niederlage feststellte, während Hitler Hungerrevolten des Herrenvolkes unbedingt vermeiden wollte, und sei es um den Preis massenhaften Verhungerns der eroberten Menschen im Osten, also wurden die Deutschen mit Brot und Spielen, der Auslieferung der Lebensmittelrationen bis zum bitteren Ende und immer neuen UFA-Filmen bei Laune gehalten, und die Kommunisten und Sozialdemokraten saßen im KZ bzw. wurden umgebracht, damit sie öffentliche Proteste nicht organisieren konnten.

Dann kam der sogenannte kalte Krieg. Auch hier mussten beträchtliche Reserven der Wirtschaft, von Wissenschaft und Technik mobilisiert werden, um die gewaltigen nuklearstrategischen Raketensysteme zu bauen, mit denen jede der Seiten die ganze Welt mehrfach hätte vernichten können. Als Anfang der 1980er Jahre die Mittelstreckenraketen im Zentrum Europas stationiert wurden und der sowjetische Generalsekretär Andropow gesagt hatte, nun könnten sich die Deutschen Ost und West durch einen Zaun von Raketen anschauen, war klar, es geht ums Ganze.

Vorbei war dann aber der kalte Krieg. Eilends wurde die Meinung in Umlauf gebracht, es brähe eine herrliche neue Zeit des allgemeinen Friedens an. Nur sollte der konkrete Friede nicht kommen, und die Verantwortlichen im Westen fanden behende allerlei Vorwände, die NATO nicht aufzulösen, obwohl doch die Warschauer Vertragsorganisation des Ostens längst dahingeschieden war. Der islamistische Terrorismus, so die afghanischen Taliban, traten an die Stelle der altbösen Kommunisten, und nach dem 11. September 2001 wurden die Rüstungshaushalte schleunigst wieder hochgefahren.

Nur, was wollen die mit dem ganzen Zeug? Ab und zu muss das Lager geräumt werden. Am besten ist, die Systeme werden nicht mühsam in ihre Bestandteile zerlegt und entsorgt, sondern verbraucht. Dann werden ein paar Hundert oder paar Tausend Raketen und Bomben verschossen. Besonders praktisch macht sich das in der Wüste. Da geht nebenbei nicht so viel kaputt. So boten sich nach den kargen Bergen Afghanistans besonders gut der Irak und nun Libyen an. Die haben zudem den Charme, dass dort Öl liegt. Wenn die unliebsamen Regime, die gegenüber dem Westen oft so unbotmäßig waren, weggebombt sind, findet sich ja sicher eine freundliche Regierung, die auch die US- und andere westliche Firmen wieder direkt an den Ölhahn lässt.

Nur führt ein Imperium, wie es die USA sind oder die Europäische Union ist, keinen totalen Krieg. Die Läden bleiben voll, und die Leute werden bei Laune gehalten. Bundesliga, Formel 1 und „Wetten dass...“ sind am gewohnten Sendeplatz. Zwischendurch ein paar Meldungen über Naturunglücke und Reaktorunfall, Tsunami in Japan oder Sturmflut in Thailand. Erst nach zehn Minuten einige Meldungen vom Kriegsgeschehen. Über die Opfer weiß man vorgeblich nichts Genaues, weil, vom Boden gibt es nur die Bilder des Staatsfernsehens, und das lügt ja sowieso, weil, so heißt es, dieses ja im Dienste des Diktators steht, der gerade weggebombt werden soll. Deutschland ist diesmal nicht dabei. Aber das Unbehagen ist doch da. Die Leute gewöhnen sich an den Krieg, heißt das Kalkül, wie sie sich an immer schlechteres Fernsehen und an immer teureres Wasser gewöhnen. Und dann kann man auch die Gewöhnung steigern. Schritt für Schritt. Bis die Menschen eines Tages denken, das müsse so sein: Endlich wieder Krieg!

In Brasiliens größter Qualitätszeitung *Folha de Sao Paulo* hat der renommierte konservative Ex-Minister und Wirtschaftsexperte Luiz Carlos Bresser-Pereira betont, dass der Libyenkrieg nicht mit guten Absichten geführt werde. Man suche nicht danach, „das Massaker an einem revoltierenden Volk zu verhindern“, wie vorgegeben werde, sondern die Herrschaft über ein ölfreiches Land wiederzugewinnen. Das Problem sei, dass es der libyschen Regierung gelang, den Reichtum des Petroleums zu nutzen, um einen beträchtlichen Entwicklungsgrad zu erreichen. In Ägypten und Tunesien kämpfe das Volk für Demokratie. „In Libyen indessen gibt es kein Volk in Revolte.“ Laut Bresser-Pereira wurde nach dem zweiten Weltkrieg der offene Kolonialismus durch einen informellen Kolonialismus ersetzt – die alten Metropolen assoziierten sich mit korrupten Eliten der armen Länder. Dies treffe besonders auf den mittleren Osten sowie auf Staaten Lateinamerikas und Afrikas zu. Lediglich die asiatischen Länder und einige Staaten wie Libyen zeigten sich nicht fügsam für diese neue Herrschaftsform. ([www.hart-brasiliertexte.de](http://www.hart-brasiliertexte.de), 10. 04. 2011)

Der französische Präsident Sarkozy und der britische Premier Cameron haben diesen Krieg absichtsvoll herbeigeführt. Dafür hatten sie innenpolitische Gründe – auch aus solchen heraus wird wieder zum Mittel des Krieges gegriffen, wie vor zweihundert Jahren, und der soll als ein „kleiner Krieg“ geführt und selbstredend gewonnen werden – und geopolitische: der Westen, besonders die EU sollten in ihrem mediterranen Umfeld das Heft des Handelns wieder in die Hand bekommen und den arabischen Raum – Revolutionen und Umbrüche hin oder her – wieder unter ihre Kontrolle bringen. Das betrieben sie innerhalb der EU wie in der NATO und gegenüber den USA. Deutschland wollte nicht aktiv, mit militärischen Kräften und Mitteln dabei sein, hat jedoch ebenfalls lautstark den Sturz Gaddafis gefordert. Die USA machten mit. Sie bestanden jedoch darauf, dass die NATO das Kommando übernahm, und erklärten schließlich, dass sie ihre eigenen Kriegsaktivitäten auf unterstützende Maßnahmen reduzieren. Pentagon-Chef Robert Gates betonte, die USA würden keine Bodentruppen nach Libyen schicken, der Einsatz müsse zeitlich begrenzt bleiben und koste im übrigen das Geld der amerikanischen Steuerzahler; das Land hat Haushaltsprobleme. Nach Berechnungen internationaler Militärexperten hatten die Briten in der ersten Woche des Krieges 25 Millionen Pfund ausgegeben (ohne die Kosten der verschossenen Munition), die französischen Einsätze hätten nicht viel mehr gekostet, während die USA pro Kriegstag 100 bis 130 Millionen US-Dollar ausgaben. Zwischendurch stellten die USA die Einsätze ihrer Kampfflugzeuge ganz ein, nahmen sie dann aber wieder auf.

Zugleich geriet US-Präsident Obama in die Kritik der innenpolitischen Rechten. Das Mitglied des US-Repräsentantenhauses Michele Bachmann, eine der Vorzeigepolitikerinnen der reaktionären Tea-Party-Bewegung und Abgeordnete der Republikaner, erklärte, von Oberst Gaddafi gehe keine Gefahr für die USA aus, US-Interessen seien durch ihn nicht bedroht. Greuelthaten gäbe es auch anderenorts in der Welt, so in Syrien, ohne dass die USA intervenieren. Es gäbe Informationen, dass in der libyschen Opposition gegen Gaddafi auch al-Qaida-Kämpfer seien, und deren Förderung liege nun wirklich nicht im Interesse der USA. Konservative kritisierten zudem, dass Obama die Beteiligung der USA an den Kriegshandlungen mit der Begründung einer „humanitären Intervention“ unter Berufung auf den UN-Sicherheitsrat und am US-Kongress vorbei betrieben habe, was ohnehin „Landesverrat“ sei.

Es handelt sich um einen Kriegseinsatz der NATO – etliche Medien betonen: den ersten –, in dem nicht die USA die Vorreiter-Rolle spielen, sondern Frankreich und Großbritannien. Auf dem Treffen der NATO-Außenminister am 14. und 15. April 2011 in Berlin forderten die Vertreter beider Länder erneut eine Verstärkung der Militäreinsätze der NATO in Libyen. An denen beteiligen sich jedoch lediglich sieben der 28 NATO-Mitgliedsstaaten. Die Strukturen des Militärbündnisses geben also gewissermaßen den Rahmen ab; ein Einsatz als Bündnis sieht anders aus. Auch hier wird inzwischen wieder – wie bereits in der lang anhaltenden

Abwicklungsphase des Afghanistan-Krieges – die Gesichtswahrung der NATO als ein Zweck der Organisation interpretiert, der als solcher für sich steht, sich also inzwischen verselbständigt hat und das Fehlen einer sachlichen, völkerrechtlich tragfähigen Begründung für den Krieg ersetzen soll. Gläubige Anhänger der NATO auch in Deutschland halten dies selbst dann für ein sinnvolles Argument, wenn sie ansonsten die ursprünglichen Bedenken der Bundesregierung gegenüber dem Kriegseinsatz teilen und eine Intensivierung des Einsatzes für einen Fehler halten – so z. B. Michael Brzoska, wissenschaftlicher Direktor am Institut für Friedensforschung- und Sicherheitspolitik in Hamburg (*Deutsche Welle*, 21. 04. 2011). Auf dem Berliner Außenministertreffen wurden politische Bedingungen für die libysche Regierung formuliert. Doch über die Umsetzung gab es – entgegen anderslautenden Bekundungen – auch weiterhin keine Einigkeit.

Will man den Einsatz allein aus dem Grund weiterführen, die Glaubwürdigkeit der Nato nicht zu beschädigen, könnte dies leicht zu einem militärischen Patt führen. Wenn wir die Grenzen der Resolution 1973 überschreiten, könnte der Krieg leicht zu einem illegalen werden. Vielleicht ist der Moment gekommen, in dem der Sicherheitsrat erneut über Libyen beraten muss, um entweder das Mandat auf Bodeneinsätze auszuweiten oder den aktuellen Rahmen, in dem die Einsätze durchgeführt werden, zu bestätigen. In letzterem Fall, der der wahrscheinlichere ist, bliebe den wichtigsten Mächten keine andere Möglichkeit, als die in der Resolution 1973 enthaltenen nicht-militärischen Aspekte mit mehr Bestimmtheit umzusetzen. Das hätte von Anfang an gemacht werden sollen und jetzt lässt es sich nicht mehr aufschieben. (*El Pais, Spanien*, 15. 04. 2011)

Zeitgleich mit dem Ende des NATO-Treffens wurde ein gemeinsamer Beitrag Sarkozys, Camerons und Obamas für mehrere internationale Zeitungen (*Figaro*, Paris; *The Times*, London; *Washington Post*, *New York Times*) veröffentlicht, in dem sie den Sturz Gaddafis als das eigentliche Ziel des Krieges bezeichneten. Darin behaupten sie, „die NATO und unsere Partner“ würden „im Namen der Vereinten Nationen“ und ausgestattet „mit einem noch nie dagewesenen völkerrechtlichen Mandat“ handeln. Indem sie jedoch proklamieren, es sei „unmöglich, sich eine Zukunft für Libyen mit Gaddafi an der Macht“ vorzustellen ([www.whitehouse.gov](http://www.whitehouse.gov), 14. 04. 2011), verlassen sie gerade den Boden des Völkerrechts und erklären, dass sie für den *Regime Change* kämpfen. Damit spätestens war die UNO-Resolution 1973, die das völkerrechtliche Mandat für den Einstieg in den Krieg geliefert hatte, auch politisch beiseite geschoben, die mit den Kriegshandlungen bereits zuvor faktisch überschritten war. „Das hätten Russen, Chinesen, Inder und Brasilianer wissen müssen. Ein Vertrauen in die Mandatstreue der Koalition war zumindest naiv angesichts der Kreuzzugseuphorie in Paris und London. Sie konnten sich nicht darauf verlassen, dass sich die Koalitionstruppen nach der schnellen Zerstörung der libyschen Luftwaffe und Luftabwehr zurückziehen und sich nur noch defensiv dem Schutz der Zivilbevölkerung widmen würden“ (*Norman Paech, junge Welt*, 30. 03. 2011)

Mit Nachdruck stellt sich die Frage, wie es zu dem Beschluss des Sicherheitsrates über diese Resolution kommen konnte. Die Antwort, die drei wichtigen Interventionsmächte – Frankreich, Großbritannien und die USA – hätten die Resolution bestellt, und der US-hörige Generalsekretär Ban Ki Moon hat sie geliefert, ist zu einfach. Angesichts der komplizierten Konstellation des Sicherheitsrates waren weder das Nicht-Veto Chinas bzw. Russlands noch die Zustimmung der erforderlichen Mehrheit selbstverständlich. Es waren neun Ja-Stimmen nötig, zehn kamen am Ende zusammen. Gewiss: das Ratsmitglied Portugal ist NATO-Mitglied, Kolumbien ein alter Klient der USA, Bosnien-Herzegowina ohnehin von NATO und EU abhängig; Libanon hatte bereits in der Arabischen Liga den Beschluss gegen Gaddafi unterstützt. Letztlich haben aber die drei afrikanischen Mitglieder – Südafrika, Gabun und Nigeria – den Ausschlag gegeben, denn ohne sie hätte es bei gegebener Abstimmungslage

kein Ja gegeben. Insofern ist hier auch noch einmal der Blick auf Gaddafis Afrika-Politik zu werfen. Zunächst aber ist noch genauer nach dem Agieren Chinas und Russlands sowie den Interessenkonstellationen in den beteiligten Ländern zu fragen.

### **China**

Bei der Annahme der Resolution 1973 zu Libyen im UNO-Sicherheitsrat am 17. März legte die VR China kein Veto ein, sondern enthielt sich der Stimme. Aus der Sicht der nachfolgenden Entwicklung hatte China als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates so dazu beigetragen, den Interventionsmächten den Weg in den Krieg zu öffnen.

Auf die drohende Gefahr einer solchen Invasion durch die USA und die NATO hatte der libysche Staatschef Muammar al-Gaddafi bereits am 2. März hingewiesen. Insofern ist davon ausgehen, dass China in Vorbereitung seines Abstimmungsverhaltens diese Möglichkeit in Betracht zu ziehen hatte und sich bewusst so entschied. Im Nachhinein erklärte Beijing, sich enthalten zu haben, „weil es ernste Schwierigkeiten hatte, einem Teil des Inhalts der Resolution zuzustimmen“ (*Xinhua Wang*, 18. 03. 2011). Offenbar ergaben sich diese Schwierigkeiten nicht daraus, eine militärische Intervention auf jeden Fall zu verhindern. Entscheidend für das Abstimmungsverhalten Chinas dürfte vielmehr die Haltung vor allem der Arabischen Liga und der Afrikanischen Union gewesen sein, wie und auf welchem Wege das libysche Problem gelöst werden sollte. Die ursprüngliche Haltung Chinas (wie Russlands) vor dem 17. März war, dem von den USA, Großbritannien und Frankreichs vorgelegten Entwurf nicht zuzustimmen; das änderte sich, als es den Beschluss der Arabischen Liga gab – sich also Saudi-Arabien und die anderen reaktionär-feudalen Regimes in der Arabischen Liga mit der Zustimmung zu einer Flugverbotszone durchgesetzt hatten. Nachdem Frankreich, Großbritannien und die USA mit ihrer Intervention begonnen hatten, begann Beijing allerdings diese Entwicklung „zu bedauern“ und die Rückkehr zu einer friedlichen Lösung der libyschen Problematik durch Dialog zu fordern.

Gemeinhin gilt die Lösung internationaler Konflikte auf friedlichem Wege durch Verhandlungen als ein Grundprinzip chinesischer Außenpolitik im 21. Jahrhundert. Weshalb wurde diesem Prinzip hier nicht gefolgt? Und war dies nur ein Einzelfall oder deutete sich hier eine gewichtige Veränderung in der chinesischen Außenpolitik an? Haben sich mit der Kritik an der militärischen Intervention in Libyen in Beijing wieder gemäßigte Kräfte durchgesetzt, die unbedingt am Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und der friedlichen Lösung internationaler Konflikte festhalten wollen?

Diese Fragen lassen sich derzeit nicht eindeutig beantworten. Aus einer Betrachtung der Strategie der KP Chinas im 21. Jahrhundert ergeben sich jedoch wichtige Hinweise. Diese Strategie hat ein Hauptziel: die „Renaissance der chinesischen Nation“, das heißt ein „starkes und wohlhabendes Land“ zu werden, das in der Welt des 21. Jahrhunderts „Erstes unter Gleichen“ sein soll. Die internationale Politik, die China heute mit diesem Ziel betreibt, orientiert sich allerdings an den bestehenden Machtverhältnissen. Als integrierter Teil des kapitalistischen Weltsystems seit Anfang dieses Jahrhunderts ist China an dessen optimaler Ausnutzung interessiert, nicht seiner Überwindung. Reformen der wirtschaftlichen und politischen Weltordnung sollen den Interessen Chinas, seiner eigenen beschleunigten Entwicklung nutzen und die Entwicklungsmöglichkeiten der Länder des Südens insgesamt begünstigen. In diesem Sinne betreibt China eine pragmatische, nationalistische Politik der „Zurückhaltung“. Hier heißt „Zurückhaltung“, ernste Konflikte mit den anderen Großmächten, vor allem den USA, unbedingt zu vermeiden, so sie nicht die Souveränität und die territoriale Integrität Chinas selbst berühren. (Das heißt China ging offensichtlich davon aus, dass die Intervention in Libyen ein Projekt ist, das vorrangig durch die USA betrieben wurde, und hatte Frankreich und Großbritannien als eigenständige Akteure nicht unbedingt im Blick. Ob eine Kenntnisnahme der tatsächlichen Lage ggf. zu einem anderen Abstimmungsverhalten geführt hätte, lässt sich im Nachhinein allerdings nicht rekonstruieren.) Eine Politik des

„Friedens, der Entwicklung und der Zusammenarbeit“ soll eine „Win-Win“-Konstellation bewirken, in der China für die eigene Entwicklung von den Entwicklungen in der Welt profitiert und umgekehrt die Welt von der Entwicklung Chinas.

Der Dominanz des Nationalen im Innern entspricht eine national orientierte Politik nach außen. Die Auswirkungen dieser Politik waren trotz allem jedoch immer differenziert zu sehen. China wandte sich gegen die von Washington geführten Kriege. Es trat bislang stets für eine friedliche Lösung von Konflikten und für das Recht der Völker ein, sich ihre eigene Gesellschaftsordnung und ihren eigenen Entwicklungsweg selbst zu wählen. Die Gleichberechtigung aller Länder und Völker, vor allem der Entwicklungsländer, bei der Behandlung internationaler Probleme war immer eine der Hauptforderungen Beijings. Unbestreitbar ist auch, dass die Wirtschafts- und Handelspolitik Chinas darauf zielt, dass sich die Entwicklungsländer von den Fesseln der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds lösen und Grundlagen für ihre eigenständige Entwicklung schaffen.

Es ist kein Ende in Sicht, und die Situation schlägt um in eine humanitäre Katastrophe mit weitreichenden Konsequenzen. Nach Wochen an- und abnehmender Feuereinsätze scheint der Libysche Konflikt auf ein Patt hinauszulaufen. Die westlichen Verbündeten haben angenommen, sie könnten intervenieren und Libyens Herrscher Muammar al-Gaddafi mit Luftschlägen aus dem Amt jagen. Aber selbst mit der Unterstützung der alliierten Bombardements zeigen sich die Rebellenkräfte außerstande, eine Überlegenheit über die Regierungstruppen zu erlangen. Angesichts wachsender ziviler Opfer und einer größer werdenden humanitären Katastrophe haben die militärischen Operationen des Westens lediglich dazu beigetragen, einigen der Rebellen vor Augen zu führen, dass die Opposition die nationalen Interessen verraten hat und von den westlichen Mächten bei der Verfolgung ihrer eigenen Interessen missbraucht wird...

Die Opposition setzt sich aus einer Vielzahl von Gruppen zusammen, die sich allesamt um die Macht balgen, was die Einheit der Rebellen bereits untergraben hat und die Sorge der westlichen Verbündeten hervorruft, dass die Opposition in einer Post-Gaddafi-Ära nicht in der Lage sein wird, eine Ordnung wiederherzustellen.

Für die Verbündeten bedeutet dies, dass eine lang andauernde militärische Intervention zwangsläufig eine wachsende Zahl ziviler Opfer und ernsthafte humanitäre Probleme zur Folge haben wird, so die Zerstörung ziviler Einrichtungen, eine wachsende Zahl von Flüchtlingen sowie Lebensmittelknappheit und Reduzierung der medizinischen Versorgung. Das würde es dem Gaddafi-Regime ermöglichen, laut über das Elend des libyschen Volkes zu klagen und darauf zu verweisen, dass das Leiden des Volkes durch den Westen verursacht ist und der einzige Ausweg darin besteht, die früheren Verhältnisse wiederherzustellen.

*Prof. Zhao Kejin, Universität Tsinghua, (China Daily, 20. 04. 2011)*

Während des Besuches von Außenminister Guido Westerwelle in China Ende März/ Anfang April 2011 erklärten er und sein chinesischer Amtskollege Yang Liechi, dass Deutschland und China gemeinsam neue Anstrengungen für eine politische Lösung des Libyen-Konflikts fordern; erster Schritt dazu sei ein Waffenstillstand. Westerwelle appellierte an Gaddafi, einen friedlichen politischen Prozess in dem nordafrikanischen Land zuzulassen. Außenminister Yang äußerte sich besorgt über den internationalen Militäreinsatz. Ziel der Libyen-Resolution waren ein Ende der Gewalt und der Schutz von Zivilisten; die Berichte über verletzte und getötete Zivilisten legten jedoch den Eindruck nahe, dass der Militäreinsatz zu einer Eskalation führt.



## **Russland**

Moskauer Analytiker der veränderten geopolitischen Lage Russlands hatten nach dem Ende des kalten Krieges ein altes Bonmot hervorgeholt, das Zar Alexander III. zugeschrieben wird: „Russland hat nur zwei Verbündete, seine Armee und seine Flotte“. Mit anderen Worten: in seiner internationalen Politik kann es sich nur auf die eigenen Kräfte verlassen, alle Bündnisse und Beziehungen tragen nur insoweit, als es die zeitweise existierenden Interessenkonstellationen der jeweils beteiligten Staaten zulassen. Den Ost-West-Konflikt hatte nicht nur die sozialistische Sowjetunion als Gesellschaftssystem verloren, er hatte auch die Kräfte und Mittel Russlands, das in Gestalt der UdSSR zwischen 1945 und 1989 als „zweite Supermacht“ die größte Machtentfaltung in seiner Geschichte erfahren hatte, am Ende überdehnt und überfordert. Der Zerfall der Sowjetunion bedeutete eine weitere Schwächung Russlands. Geht also China als aufsteigende Macht davon aus, dass es seine Positionen besser stärkt, wenn es unter Bedingungen des Weltfriedens von der weltwirtschaftlichen Entwicklung partizipiert und einem direkten militärischen Konflikt mit den USA ausweicht, so sieht sich Russland als abgestiegene Supermacht nach wie vor in einer Lage, dass die Reorganisation des Landes und seine Umstellung auf die veränderten Bedingungen nicht abgeschlossen sind und es den USA in der Weltpolitik nicht auf machtpolitischer Augenhöhe gegenüber treten kann.

In Bezug auf die Resolution 1973 schätzen maßgebliche Nahostexperten Russlands ein, dass die Politiker, die im Westen auf diesen Krieg gedrängt haben, vom Nahen Osten nichts verstehen und etwas Positives nicht bewirken werden. Zugleich ging die russische Führung davon aus, die westlichen Mächte seien so fest zum Krieg entschlossen gewesen, dass sie ihn auch ohne Resolution des UNO-Sicherheitsrates geführt hätten. Insofern hätte ein Veto Russlands in Bezug auf den Krieg nichts verändert und seine Enthaltung sei nicht dafür verantwortlich, dass er begonnen wurde. Zudem sei Libyen nicht wichtig genug, um deshalb mit den USA und Westeuropa Streit zu haben. Der Kurs der Zurückhaltung gegenüber den USA, der vor allem Präsident Medwedew zugeschrieben wird, sollte zudem dazu beitragen, dass Russland auch nach einem Sturz Gaddafis seine guten Wirtschaftsbeziehungen mit Libyen fortsetzen kann. Das Erdgasunternehmen *Gazprom* hält Anteile an libyschen Gas- (etwa 300 Milliarden Kubikmeter) und Ölfeldern (110 Millionen Tonnen); das staatliche russische Eisenbahnunternehmen RZD hat eine Eisenbahnlinie von Sirte nach Bengasi gebaut (Geschäftsvolumen 2,2 Mrd. US-Dollar) und hofft auf Folgeaufträge; das Unternehmen Technopromeksport realisierte in Libyen Infrastruktur-Projekte im Energiebereich; das Rüstungsunternehmen Rosoboronexport hat im letzten Jahr mit Libyen Lieferverträge in Höhe von 1,8 Mrd. US-Dollar abgeschlossen und erwartete weitere Aufträge in Höhe von vier Milliarden Dollar.

Es heißt, die Entscheidung, sich im UNO-Sicherheitsrat zu enthalten, sei von Medwedew persönlich getroffen worden, ohne dass er das zuvor mit Ministerpräsident Putin abgesprochen hätte. Diese Entscheidung war allerdings auch in der Moskauer Führung nicht unumstritten. Im unmittelbaren Vorfeld der Abstimmung im Sicherheitsrat wurde der russische Botschafter in Tripolis, Wladimir Tschamow, seines Postens enthoben. Er habe die offizielle Linie des Kremls nicht unterstützt, wurde in der russischen Presse eine anonyme Quelle aus der Präsidialverwaltung zitiert. In Bezug auf die USA hatte auch in der Vergangenheit das russische Außenministerium oft schärfere Worte gefunden als der Kreml. Bereits am 20. März, kurz nach Beginn der Luftangriffe des Westens auf libysche Ziele, hatte ein Sprecher des Außenministeriums diese scharf kritisiert und betont, dass sie durch die UNO-Resolution nicht gedeckt sind.

Wladimir Putin nannte am 21. März die Resolution 1973 „wirklich mangelhaft und voller Fehler“. Wenn man sie genauer anschaut „wird sofort klar, dass hier jedem ermöglicht wird, jede Aktion gegen einen souveränen Staat durchzuführen“. Er zeigte sich besorgt darüber, mit welcher „Leichtigkeit“ die Entscheidung zum Einsatz von Gewalt gefallen sei.

Gewaltanwendung werde eine „starke Tendenz und eine Konstante“ in der Politik der USA. Nach Jugoslawien, Afghanistan und Irak sei nun Libyen an der Reihe. (Auch hier wird deutlich, dass die USA als der eigentliche Akteur des Krieges gesehen werden.) Das libysche System entspreche gewiss „nicht den Kriterien eines demokratischen Landes“. Das bedeute aber nicht, „dass wir das Recht haben, uns in einen internen politischen Konflikt einzumischen – selbst wenn es sich um einen bewaffneten Konflikt handelt – indem wir eine der beteiligten Konfliktparteien verteidigen“. Ihn erinnere diese Resolution an einen „mittelalterlichen Aufruf zum Kreuzzug, wo irgendjemand jemanden aufstachelte, in ein beliebiges Gebiet einzumarschieren und es von irgendetwas zu befreien“. In der religiösen Sprache bleibend hatte er hinzugefügt, den Verantwortlichen werde diese Schuld bis ans Ende ihrer Tage auf der Seele lasten, womit gesagt war, die Folgen für die Länder des Westens werden lange anhalten und sind unabsehbar. Präsident Medwedew nannte Putins Äußerungen „inakzeptabel“.

Putin hatte seine Kritik an dem Beschluss des Sicherheitsrates und damit an der Entscheidung Medwedews übrigens während des Besuches eines Rüstungsbetriebes in der Teilrepublik Udmurtien geübt und hinzugefügt, Russland wolle in den nächsten Jahren seine Raketenabwehr „um das Doppelte“ verstärken. Die Ereignisse in Libyen zeigten, dass diese Entscheidung richtig ist. In seiner Regierungserklärung am 20. 04. 2011 erneuerte der Ministerpräsident seinen Hinweis auf die militärischen Kapazitäten und betonte die Notwendigkeit eines zielstrebigem wirtschaftlichen Aufbaus, durch den Russland bis 2020 zu den fünf wirtschaftsstärksten Mächten der Welt gehören soll. Die russische Wirtschaft müsse stark sein, nur dann sei sie gefeit vor Einmischungen aus dem Ausland. „Sagen wir es offen“, betonte Putin: „Wenn du in der heutigen Welt schwach bist, so findet sich bestimmt jemand, der ankommt, und dir raten will, in welche Richtung es gehen soll. Welche Politik zu betreiben ist, welcher Weg für die Entwicklung deines Landes einzuschlagen ist. Solche scheinbar wohlwollenden Ratschläge sind auf den ersten Blick zwar nicht schlecht, aber hinter ihnen versteckt sich ein grobes Diktat und eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten.“ ([www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de), 20. 04. 2011)

In Moskau wie in der internationalen Presse wurde diskutiert, ob sich das „Tandem“ Putin-Medwedew nun politisch auseinander bewegt habe und dies ein offener Ausbruch ihrer Konkurrenz um die künftige Präsidentschaft Russlands sei, oder ob dies ein abgesprochenes, arbeitsteiliges Vorgehen war, um Unterstützer wie Kritiker der Politik des Kremls gegenüber den USA bzw. dem Westen aufzufangen. Viele Beobachter sehen darin eine weitere Neuauflage des bereits aus der Mitte des 19. Jahrhunderts stammenden Streits, der seit 1991 wieder aufgekommen zu sein schien: zwischen „Slawophilen“ einerseits, die stets auf einen eigenständigen Weg Russlands setzten, und „Westlern“ andererseits, die meinten, dass Russland den Weg der westlichen Zivilisation gehen müsse, besonders im Bereich der gesellschaftlichen Ordnung, des öffentlichen Lebens sowie der Philosophie und Kultur. Igor Jurgens, Unternehmer und Direktor des „Instituts für moderne Entwicklung“ gilt als einer der Berater Medwedews, die die nächste Runde einer russischen „Modernisierung von oben“ voranzutreiben suchen. Die technologische Lücke zu den USA soll durch Kooperation mit dem Westen geschlossen werden. So betonte er in einem Artikel für die *Nesawissimaja Gaseta*: „Die Stabilisierungsperiode, mit der sich Putins Name verbindet, ist durchlaufen und es war sehr gut, dass er 2008 das Präsidentenamt auf dem Höhepunkt verließ. Aber diese Periode ist Vergangenheit. Eine weitere Stabilisierung wäre gewissermaßen eine Stagnation“ ([www.russland-news.de](http://www.russland-news.de), 05. 04. 2011). Der Leiter des Moskauer „Instituts für Internationale Expertise“, Jewgeni Mintschenko, sieht in der jetzigen Unterschiedlichkeit das erste Zerwürfnis zwischen Putin und Medwedew in einer prinzipiell wichtigen Frage. Es geht im Kern um zwei unterschiedliche Richtungen der russischen Außenpolitik in den nächsten Jahren.

Putin verfolgt die klassische Realpolitik, die der klassischen Geopolitik des 19. bzw. 20. Jahrhunderts entspricht. Es gibt den Staat und seine nationalen Interessen... Dementsprechend sind strategische Bündnisse zwischen den Staaten mit unterschiedlichen Interessen faktisch unmöglich. Möglich sind nur situativ bedingte Bündnisse, die einer bestimmten Konjunktur entsprechen. Von solchen Bündnissen können ihre Beteiligten profitieren.

Medwedew geht davon aus, dass die russische Elite die Chance hat, Teil des globalen euroatlantischen Establishments zu werden. Dafür müsste Russland aber gewisse gemeinsame Werte mit den Europäern und Amerikanern haben, unnötige Kontroversen mit dem Westen vermeiden und sich dem Mainstream anschließen. Dann könnte es zusätzliche Ressourcen finden, und zwar nicht nur finanzielle, sondern auch intellektuelle und technologische, was für Medwedews Projekt zur wirtschaftlichen Modernisierung Russlands prinzipiell wichtig ist.

Medwedew folgt der Logik: Wozu sollte sich Russland mit dem Westen wegen Libyen streiten – wo liegt Russland und wo liegt Libyen? Wozu braucht Russland diese Kontroversen, zumal es auch viele Fragen an das Gaddafi-Regime hat? Außerdem sollte man nicht vergessen, dass Russland und die USA an einem „Neustart“ ihrer Beziehungen arbeiten, weshalb ihre gemeinsamen Aufgaben umfassend und anspruchsvoll sind.

Putin wirft dem Westen eine Politik der Doppelstandards vor. Er kann bzw. will nicht verstehen, warum Gaddafi kein Recht hat, bewaffnete Protestierer mit Waffen zu unterdrücken, während in Bahrain Scharfschützen auf friedliche Demonstranten schießen dürfen. Denn die Menschenrechtler, die zum Sturz des „blutrünstigen Tyrannen“ Gaddafi aufrufen, schweigen, wenn aus Saudi-Arabien nach Bahrain Truppen geschickt werden.

*Jewgeni Mintschenko (<http://de.rian.ru>, 30. 03. 2011)*

Bei dem Treffen des NATO-Russland-Rates, das am Rande der Berliner NATO-Tagung am 15. April stattgefunden, wurde auch der Libyen-Krieg diskutiert. Der russische Außenminister Sergej Lawrow nahm positiv zur Kenntnis, dass NATO-Generalsekretär Rasmussen einen Einsatz von Bodentruppen für nicht vereinbar mit dem Mandat des UNO-Sicherheitsrates hielt und Waffenlieferungen an die Rebellen ablehnte. Zugleich warnte Lawrow die NATO vor einer „exzessiven Interpretation“ des UNO-Mandats: „Der UNO-Sicherheitsrat hat keinerlei Handlungen zum Zweck der Veränderung des Regimes in Libyen erlaubt“. Kurz darauf hat der russische Botschafter bei der NATO, Dmitri Rogosin, die westlichen Interventionsmächte beschuldigt, genau dies zu tun und entgegen dem UN-Embargo die Rebellen in Libyen mit Waffen zu versorgen. „Wir haben Hinweise darauf, dass einige europäische Mächte immer mehr auf der Seite der libyschen Aufständischen auftreten... Wir bitten, mit der Verletzung der Resolution des UN-Sicherheitsrats, insbesondere des Waffenembargos, aufzuhören. Es ist bislang noch niemandem gelungen, Feuer mit Benzin zu löschen“ (<http://de.rian.ru>, 18. 04. 2011). Die Entsendung britischer, französischer und italienischer Offiziere als „Militärberater“ zu den Truppen der Aufständischen verurteilte Lawrow ausdrücklich; damit werde der Einsatz von Bodentruppen eingeleitet.

### ***Deutschland***

Die Bundesregierung ging davon aus, dass die UNO-Resolution einen Krieg zur Folge haben wird, der wiederum die Eskalation in sich trägt, und dass damit gewissermaßen eine schiefe Bahn entsteht, auf die die deutsche Außenpolitik nicht geraten sollte. Deshalb votierte sie im UNO-Sicherheitsrat nicht für den Krieg gegen Libyen. Jeder Kriegsbeginn trägt die Eskalation in sich. Vorreiter des Libyen-Krieges waren Frankreich und Großbritannien. Die USA folgten zunächst widerwillig, trugen die Resolution im UNO-Sicherheitsrat aber mit. So entstand die Situation, dass diese drei Ständigen und sieben Nichtständige Mitglieder des Sicherheitsrates für die Resolution zur Kriegsermächtigung stimmten, aber Russland und China sowie Indien, Brasilien und Deutschland sich enthielten. Das war die Konstellation, in der Westerwelle von der schiefen Bahn redete.

Für viele Angehörige der sogenannten politischen Klasse in Deutschland kam das überraschend. Mit der *re-education* und einer Reihe von Programmen zur Heranbildung eines amerika-hörigen politischen Personals hatten die US-Besatzungsbehörden und nach 1949 deren Nachfolgeeinrichtungen in der alten Bundesrepublik alles getan, um die außenpolitischen Entscheidungsprozesse so zu konditionieren, dass diese stets der Vormacht folgen. Ganz in diesem Sinne hatte bald nach der deutschen Vereinigung Ronald D. Asmus von der RAND-Corporation geschrieben, es bräuchte keine Sorgen (aus amerikanischer Sicht) um den außenpolitischen Kurs der Bundesrepublik zu geben, solange die Außenpolitik in den Händen einer westdeutschen Elite bliebe. Dies erklärt sowohl, weshalb das außenpolitische Personal aus der DDR nahezu rückstandslos abgewickelt und vom außenpolitischen Dienst der Bundesrepublik grundsätzlich nicht übernommen wurde, als auch, weshalb bestimmte Themen in der deutschen öffentlichen Debatte grundsätzlich bekämpft werden, solange sie von den entsprechenden Diskursverwaltern nicht freigegeben sind, bzw. weshalb unter den Meinungsbildnern und in den deutschen Massenmedien zuzeiten wie auf Bestellung scharfe Polemiken auftauchen gegen jede Art von Kritik am US-amerikanischen Kapitalismus-Modell oder an der Außenpolitik der USA-Regierung.

So geschah es auch, als Kanzler Schröder und sein Außenminister Fischer sich weigerten, der US-Regierung unter Bush in den Irak-Krieg zu folgen. Aber dabei konnten sie sich immerhin noch auf die Übereinstimmung mit Frankreich berufen. Damals war Angela Merkel für den Krieg. Jetzt war die Bundesregierung mit Kanzlerin Merkel und Außenminister Westerwelle gegen diesen Libyen-Krieg – und Teile der Sozialdemokratie und der Grünen sind dafür.

Das ist nicht nur die Mechanik von Opposition. Folgt man der Logik von Asmus, liegt mit Angela Merkel die außenpolitische Entscheidungsgewalt nicht mehr in der konditionierten westdeutschen Hand. (In dieses Bild passt zwar der Rheinländer Westerwelle nicht, aber vielleicht wurde der nur bei der Einbeziehung in die entsprechenden Förder-Programme übersehen.) Genau in diesem Sinne hub dann ein lautes Geschrei an, Deutschland sei isoliert, habe sich in eine „Sonderrolle“ begeben, die „unverbrüchliche“ Freundschaft mit den USA verraten usw. Es schrien im Bundestag zunächst einige von SPD und Grünen, dann vor allem im konservativen Lager. So brachte sich der frühere Verteidigungsminister Volker Rühe in Erinnerung und raunte: „Die tragenden Säulen der Unionspolitik werden mit diesem Verhalten in einer Mischung aus Orientierungslosigkeit und Unfähigkeit zerstört.“ Das meint, die Kanzlerin sei orientierungslos und unfähig – bei Kohl war eben alles besser. Der Alt-Politiker Schwarz-Schilling murmelte etwas von „historischem Zynismus“, weil es doch in Libyen um den Schutz der Zivilbevölkerung gehe. Aber auch der nicht einflusslose, aktuell praktizierende CDU-Politiker Wolfgang Bosbach kritisierte: „Das Abstimmungsverhalten berührt eine Frage von grundsätzlicher außenpolitischer Bedeutung, weil es um das Verhältnis zu unseren engen europäischen und amerikanischen Partnern geht. Wir hätten an ihrer Seite stehen müssen.“ Warum man an der Seite eines unter falschen Voraussetzungen angezettelten, sinnlosen Krieges stehen soll, bleibt er allerdings schuldig. Es geht um das Prinzip, nicht die Sache.

Da stand er nicht allein. Der SPD-Außenpolitiker und bekennende „Atlantiker“ Hans-Ulrich Klose meinte, das Abstimmungsverhalten schade dem internationalen Ansehen Deutschlands. Daniel Cohn-Bendit, Fraktionschef der Grünen im Europäischen Parlament, redete etwas von den „Revolutionären“, die es in Libyen zu unterstützen gelte, und gab noch eins drauf: das schade „sehr“. Joseph genannt „Joschka“ Fischer meinte gar, die jetzige deutsche Außenpolitik sei „eine Farce“, frei nach der Devise: „Alles was du kannst (Westerwelle), das kann ich viel besser!“ Die Linke dagegen hat die Enthaltung im Sicherheitsrat begrüßt, kritisiert nur, dass danach „Schadensbegrenzung“ betrieben wurde und sich die Bundesregierung verschiedene Optionen offenhalten wollte. Es wurden als „Kompensation“ zusätzliche militärische Kapazitäten nach Afghanistan entsandt und angeboten, im Rahmen von EU-

Battlegroups auch Bundeswehrsoldaten zu „humanitären Zwecken“ nach Libyen zu schicken, sollte es eine UNO-Anforderung dafür geben.

Die Vereinigten Staaten, die traditionelle politische wie militärische Führungsmacht des Bündnisses, sind zurzeit mit der Abwicklung der zwei Kriege im Irak und in Afghanistan beschäftigt. Sie haben allein zu diesem Zweck knapp 150.000 Soldaten in den beiden Ländern stationiert. Ein weiterer militärischer Konflikt ist in der öffentlichen Meinung dort genauso unpopulär wie innerhalb der Regierung von Präsident Barack Obama, die sich bereits im kommenden Jahr um die Wiederwahl bemühen muss. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise tun ihr Übriges dafür, dass die Politik sich derzeit ganz besonders an innenpolitischen Fragen orientiert. Libyen und die NATO sind für die USA von nachrangigem Interesse.

Dieses hegemoniale Vakuum bietet anderen Staaten die Gelegenheit, das Bündnis für ihre jeweilige Politik zu instrumentalisieren: Die irrlichternde Nordafrikapolitik des französischen Präsidenten hat einen weitgehend ungeliebten Einsatz des Bündnisses in Libyen zur Folge. Das hat weder mit erkennbaren Interessen der westlichen Staatengemeinschaft zu tun noch mit globaler Verantwortung. Entscheidend war vor allem das Bemühen des französischen Präsidenten, seine desaströse Politik während der Revolutionen in Ägypten und Tunesien zu kompensieren sowie die parlamentarische Opposition und die öffentliche Meinung in Frankreich wieder für seine Regierung zu gewinnen.

*Markus Kaim, Stiftung Wissenschaft und Politik (Financial Times Deutschland, 29. 03. 2011)*

Die Darstellung in den Großmedien entsprach der politischen Konstellation. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* wollte die Kritik des Völkerrechtlers Reinhard Merkel an der Illegitimität des Libyen-Krieges (*FAZ* vom 22. 03. 2011, s.o.) nicht auf sich beruhen lassen und schob drei Tage später nach, seine Position zeuge von „Blindheit für die Dynamik politischer Prozesse“; Deutschland habe „in der Libyen-Frage das Ideal von Realpolitik endgültig geopfert“ (25. 03. 2011). Am nächsten Tag hieß es wiederum, „nach der deutschen Isolierung im höchsten UN-Gremium“ gehe es nun um „bündnispolitische Schadensbegrenzung“ (26. 03. 2011). Während in der *FAZ* aber von Anfang an klar war, dass das Abstimmungsverhalten im Sicherheitsrat kein Alleingang des Außenministers, sondern „Kanzlerentscheidung“ war (21. 03. 2011), wütete Hellmuth Karasek in der *Berliner Morgenpost* gegen den Minister: „Nach dem Fast-GAU im Sicherheitsrat und der Libyen-Zickzackpolitik muss bei Guido Westerwelle sofort der Stecker gezogen werden, ehe seine Politik der verbrannten Solidarität und des verstrahlten Vertrauens im Sicherheitsrat den Totalschaden anrichtet.“ (27. 03. 2011) *SpiegelOnline* kommentierte mit etwas sachlicheren Worten aber in gleichem Sinne unter der Überschrift „Westerwelles widersinnige Doktrin“: „Mit der Enthaltung bei der Libyen-Resolution im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat die Bundesregierung einen parteiübergreifenden Konsens in der Außenpolitik aufgekündigt. Bisher galt, dass sich Deutschland an der Seite Amerikas und Frankreichs positionieren müsse. Das war nicht immer einfach. Manchmal, wie vor dem Irak-Krieg, war es unmöglich. Dann musste die Bundesrepublik zwischen einem der beiden wichtigsten Partner wählen. Auf keinen Fall aber, das war die feste Überzeugung, durfte sie sich gleichzeitig gegen beide stellen. Diese Grundlinie deutscher Politik hat die Regierung nun verlassen.“ (29. 03. 2011) In der Tat war die Enthaltung im UNO-Sicherheitsrat zu der Resolution 1973 ein Einschnitt in der internationalen Politik der Bundesrepublik Deutschland, der in seiner historischen Bedeutung nicht unterschätzt werden sollte. Kritische friedenspolitische Sicht neigt oft dazu, die Symbolik für unwesentlich zu halten und rasch auf die kompensatorischen Maßnahmen zu verweisen (Afghanistan, Battlegroups). Das greift jedoch zu kurz. Deutschland beteiligt sich tatsächlich nicht direkt an einem real stattfindenden Krieg, dem in Libyen. Und das zunächst aus guten Gründen.

Die deutsche Position blieb auch nach Beginn des Krieges darauf gerichtet, auf eine politische Regelung des Konfliktes hinzuwirken. Ende März nahm Westerwelle an der Londoner Libyen-Konferenz teil, auf der Vertreter aus mehr als vierzig Ländern darüber beraten haben, wie der Konflikt in Libyen gelöst werden kann. Zu der Konferenz haben auch UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon, NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen sowie Vertreter der Arabischen Liga und der Afrikanischen Union teilgenommen. Zwei Wochen später trafen sich in Doha (Katar) erstmals die Mitglieder der sogenannten Libyen-Kontaktgruppe, die in London gebildet worden war, um über die weitere Entwicklung zu beraten. Sie forderte Gaddafi auf, mit einem sofortigen Rücktritt und einem Waffenstillstand den Weg für einen politischen Dialog zur Lösung des Konflikts in Libyen freizumachen. Gaddafi habe jede Legitimität verloren. Bleibe er an der Macht, sei dies eine Bedrohung für jede Lösung der Krise, erklärten die Vertreter von rund zwanzig Staaten und internationalen Organisationen zum Abschluss der Konferenz der Kontaktgruppe. Bundesaußenminister Guido Westerwelle sah sich in Doha durch die Forderungen der Kontaktgruppe in seiner Haltung bestärkt, dass es in Libyen nur eine politische Lösung geben könne.

Das Außenminister-Treffen der NATO-Staaten in Berlin (14.-15. 04. 2011) bestätigte nicht die „Einheit“ der NATO, sondern die Tatsache, dass sich die Mehrheit der Mitgliedsstaaten nicht an dem Libyen-Krieg beteiligt, auch wenn die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der USA den Krieg als NATO-Aufgabe zu suggerieren versuchten. Insbesondere US-Außenministerin Hillary Clinton mahnte, „mit einer Stimme zu sprechen“, und meinte die des Krieges. Diplomatisch wurde gute Atmosphäre zelebriert. Außenminister Westerwelle überreichte ihr den Walter-Rathenau-Preis und würdigte sie als „überzeugte Transatlantikerin“, „Kämpferin für die Menschenrechte“ und „Freundin Deutschlands“. Ihrem Vortrag in der American Academy in Berlin, in dem sie ihr Plädoyer für völkerrechtswidrige Interventionen hielt, blieb Westerwelle fern und betonte nach seinem Vieraugengespräch mit ihr vor der Öffentlichkeit, dass es in Libyen „eine politische Lösung geben“ werde. Das Treffen der Kanzlerin mit Clinton sollte große Übereinstimmung bekunden – den Medien präsentierten sich die Damen mit nahezu gleich geschnittenen Blazern –, brachte in der Sache aber nichts. Eine ehemalige Diplomatin kommentierte das Treffen so: „Bezeichnenderweise kam kein öffentlicher Ton im Zusammenhang mit Hillary Clintons Aufenthalt in Berlin aus dem Kanzleramt, auch nicht von der amerikanischen Außenministerin, keine Pressekonferenz, kein gemeinsamer Auftritt vor der Öffentlichkeit nach ihrem kuriosen Treffen mit der Kanzlerin Angela Merkel. Damit hat die Bundeskanzlerin der amerikanischen Außenministerin mit diplomatischer Eleganz eine öffentliche Demütigung erspart. Der Meinungsunterschied zwischen den beiden blieb unter vier Augen.“ (Luz Maria De Stéfano Zuloaga de Lenkait, Leserbrief vom 17. April 2011 an die *Süddeutsche Zeitung*)

Auf dem Treffen der EU-Außenminister mit ihren Kollegen vom Golf-Kooperationsrat in Abu Dhabi (20. April 2011) hat Bundesaußenminister Guido Westerwelle erneut eine politische Lösung im Libyen-Konflikt gefordert. Am Rande des Treffens sagte er, man müsse sich von dem Gedanken trennen, dass eine schnelle militärische Lösung wahrscheinlich sei. Um den politischen Prozess voranzubringen, müsse die libysche Bevölkerung durch einen Waffenstillstand geschützt werden. Und er betonte erneut, der Einsatz von ausländischen Bodentruppen in Libyen sei durch die UNO-Resolution ausgeschlossen. Deutschland behielt die Haltung in dem Konflikt, auch die Sorge um das Völkerrecht als letzten „Schutzschild der Souveränität“ im Blick, und damit letztlich auch die eigenen Interessen im Welthandel. Insofern kann sich Treue zum Völkerrecht am Ende auch bezahlt machen.

## **Indien**

Die indische Außenpolitik steht in zwei politischen Traditionen: der des antikolonialen Kampfes, der 1947 die Unabhängigkeit von Großbritannien gebracht hatte, und der der Nichtpaktgebundenheit: Indien hatte 1955 an der Bandung-Konferenz, auf der aus der Perspektive der national befreiten Länder die Prinzipien der friedlichen Koexistenz beschlossen wurden, und seit 1961 (Belgrad) aktiv an den Konferenzen und der Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten teilgenommen. Aus beiden Traditionslinien ergibt sich eine grundsätzliche Bindung an die Prinzipien der Achtung der staatlichen Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten – das gilt ungeachtet dessen, dass Indien selbst bei Konflikten in Südasien regelmäßig als „Ordnungsmacht“ agiert und auch militärisch interveniert hat. Insofern war es folgerichtig, dass auch Indien als Nichtständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates der Resolution 1973 nicht zugestimmt hat, wenngleich es bei der Sachlage, dass niemand dagegen gestimmt hat, sich ebenfalls der Stimme enthielt.

Bereits am 20. März 2011 äußerte sich Delhi besorgt über die Aktionen der Interventionsstaaten (zur Erinnerung: am 17. März war Resolution 1973 beschlossen worden, am 19. März begannen die Luftangriffe Frankreichs, Großbritanniens und der USA auf Libyen). Das Außenministerium erklärte sein Bedauern über die Luftschläge. „Mit tiefer Besorgnis verweist Indien auf die Gewaltanwendung, Konfrontation und Verschlechterung der humanitären Situation in Libyen... Wie Indien bereits betont hat, müssen die einzuleitenden Maßnahmen die ohnehin schwere Lage des libyschen Volkes mildern und nicht verschlechtern.“ (<http://de.rian.ru>, 20. 03. 2011)

Über die Sitzung des indischen Unterhauses am 22. März berichtete die *Times of India*: „Eine sichtlich verärgerte Lok Sabha kam zusammen, um eine Resolution zur Verurteilung der Luftangriffe der vereinigten Streitkräfte gegen Libyen anzunehmen“. Der Führer des Unterhauses, Sprecher der Fraktion der Regierungspartei Indischer Nationalkongress und Finanzminister der Zentralregierung, Pranab Mukherjee, betonte: „Keine auswärtige Macht hat das Recht sich einzumischen... Was in Libyen geschieht, ist eine innere Angelegenheit jenes Landes. Niemand, auch keine zwei oder drei Länder, kann eine Entscheidung darüber treffen, das spezielle Regime in einem dritten Land zu verändern... Ob ein Regimewechsel stattfindet oder nicht, soll von dem Volk des jeweiligen Landes abhängen und nicht von auswärtigen Mächten.“ Das Unterhaus forderte in seiner Resolution alle Seiten auf, sich jeglicher Anwendung von Gewalt zu enthalten und die Differenzen mit friedlichen Mitteln zu lösen. Die Ablehnung des Krieges wird von allen Parteien geteilt. Yashwant Sinha von der rechten, hindu-nationalistischen Janata-Partei sagte: „Wir sind extrem besorgt über das, was in Libyen geschieht. Wir unterstützen in vollem Maße den Kampf der demokratischen Kräfte gegen ein autoritäres Regime, aber wir sind gegen jegliche militärische Intervention, die einen Regimewechsel herbeiführen will.“ Basudeb Acharia von der Kommunistischen Partei (CPM) erinnerte daran, dass die Lok Sabha bereits die Aggression der USA gegen den Irak verurteilt hatte, und unterstrich: „Im Namen dessen, Gaddafi aus dem Amt zu jagen, werden Tausende unschuldige Libyer durch das Bomben der NATO getötet. Es wird ein weiterer Irak, ein weiteres Afghanistan geschaffen. Wir sind gegen Gaddafi aber zugleich gegen das NATO-Bomben. Das ist ein Krieg für Öl.“ Sharifuddin Shariq, ein weiterer Sprecher des Nationalkongresses, machte auf die langfristige Strategie der USA aufmerksam, die den UNO-Sicherheitsrat behandeln, als sei er „die Hauskatze“ der USA – womit er indirekt auch die eigene Regierung bzw. ihre Zurückhaltung im Sicherheitsrat kritisierte. (<http://timesofindia.indiatimes.com>, 23. 03. 2011)

Bereits am 19. März 2011 war in der indischen Presse kritisiert worden, dass der UNO-Sicherheitsrat die Möglichkeit eines Waffenstillstandes und das Konzept, die Gewalt (violence) in Libyen unter Kontrolle zu bringen, nicht genügend geprüft hatte und statt dessen auf den Einsatz von Gewalt (force) unter der Voraussetzung gesetzt hat, über „ziemlich wenig

zuverlässige Informationen über die Lage in Libyen“ zu verfügen. (*www.thehindu.com*, 19. 03. 2011). M. K. Bhadrakumar, ein früherer indischer Spitzendiplomat, hatte bereits Anfang März 2011 die Zustimmung Indiens im Sicherheitsrat zu der Vorgänger-Resolution 1970 scharf kritisiert. Die indische Regierung habe begonnen, auf die Rhetorik der Obama-Administration in Sachen Libyen „zu echoen“. Just zur selben Zeit, da Indien im Sicherheitsrat für diese Resolution gestimmt hat, sind etwas näher dran an Indien, in Afghanistan, 65 Zivilpersonen, darunter vierzig Kinder, durch brutale Angriffe der NATO-Truppen getötet worden. Man müsse, so Bhadrakumar, die „Grand Strategy“ der USA gegenüber Libyen klinisch sauber trennen von den fürchterlichen Verbrechen Gaddafis. Deshalb muss Indien alles tun, um nicht mit einer neuerlichen „humanitären Intervention“ des Westens in Verbindung gebracht zu werden. „Wenn aus den westlichen Interventionen in Afghanistan und Irak irgendeine Lehre zu ziehen ist, dann die, dass diese modernen Kreuzzüge westlicher Armeen in muslimische Länder ausschließlich Leid verursachen und zu unaussprechlichen Tragödien führen. Indien sollte sich von diesen bluttriefenden Unternehmungen Welten weit entfernt halten.“ (*www.thehindu.com*, 02. 03. 2011) Dem ist die offizielle indische Politik gefolgt; da man aber der Resolution 1970 zugestimmt hatte, konnte man bei 1973 – Eingehen auf US-amerikanische Positionen und Freundlichkeiten der Obama-Administration hin oder her – nicht einfach Nein sagen. So blieb die Enthaltung, die eigentlich ein Nein ist. Zugleich ist hier – wie bei China und Russland – im Blick zu behalten, dass auch das offizielle Indien davon ausgegangen ist, dass der Libyen-Krieg vor allem einer der USA ist.

### **Brasilien**

Brasilien hat sich bei der Abstimmung über die Flugverbotszone ebenfalls der Stimme enthalten. Die offizielle Begründung dafür erläuterte die Botschafterin Brasiliens bei der UNO, Maria Luiza Viotti, so: „Die verabschiedeten Maßnahmen können mehr Schaden als Nutzen verursachen. Das bedeutet jedoch nicht eine Anerkennung des Verhaltens der libyschen Regierung. Die (Protest-)Bewegungen in der arabischen Welt sind unabhängig gewachsen, und eine ausländische Intervention würde diese Entwicklung beeinflussen und hätte Rückwirkungen auf Libyen und andere Länder.“ Die brasilianische Regierung, so Viotti, sei nicht davon überzeugt, dass der Einsatz von Zwangsmaßnahmen zu einer Beendigung der Gewalt führe und den Schutz der Zivilbevölkerung garantiere.

In Brasilien selbst wird die Entscheidung sich zu enthalten im Zusammenhang mit dem gewachsenen Einfluss des Landes auf der internationalen Bühne und der insbesondere von Ex-Präsident Luiz Inácio Lula da Silva (Lula) verfolgten Politik einer Konfliktmediation gesehen. Sie gilt zugleich als weiterer Beleg für die Verfolgung einer – insbesondere von den USA – unabhängigen Außenpolitik Brasiliens. Die Außenpolitik Brasiliens könne nicht Maßnahmen unterstützen, die eine militärische Intervention unter Führung der USA beinhalten; das widerspräche der Außenpolitik in den acht Jahren der Regierung Lula. Der Journalist Beto Almeida kommentierte: „Brasilien hat eine Außenpolitik entwickelt, die dem Land weltweit Anerkennung und Autorität verliehen hat. Das Land kann angesichts der monströsen medialen und kriegstreiberischen Inszenierung zur Aufrechterhaltung einer neokolonialen Politik jetzt nicht den Rückzug antreten oder auch nur passiv bleiben.“

Die Diskussion über die Enthaltung wurde nicht losgelöst von den brasilianischen Bestrebungen geführt, im Rahmen einer UN-Reform einen ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat zu erlangen. Der frühere Präsident Lula sagte in São Paulo: „Ich glaube, dass diese Invasionen nur geschehen, weil die Vereinten Nationen geschwächt sind. Gäbe es dort eine Vertretung, die dem 21. Jahrhundert entspräche und nicht dem 20., hätte man statt Flugzeugen zum Bombardieren den Generalsekretär zum Verhandeln geschickt.“

Die Tatsache, dass Obama den Angriffsbefehl ausgerechnet während seines Brasilienbesuches (und während eines privaten Essens mit Präsidentin Dilma Rousseff) gegeben hat, wurde mit



Unmut aufgenommen. Dilma habe der Erwartung Obamas, dass Brasilien diesen Schritt unterstützen würde, mit den Worten „Brasilien ist ein friedliches Land, und wir glauben nicht, dass eine militärische Aktion die erwarteten Wirkungen hat“, eine klare Absage erteilt – so zumindest die brasilianische Presse; eine offizielle Bestätigung dieser Aussage gab es nicht.

Unmittelbar nach der Abreise Obamas am 21. März hat das Außenministerium in Abstimmung mit dem Präsidentschaftsamt eine offizielle Erklärung herausgegeben, in der ein schnellstmöglicher Waffenstillstand gefordert wird. Brasilien bekräftigt, so hieß es weiter, seine Solidarität mit dem libyschen Volk auf der Suche nach mehr Partizipation an den Entscheidungen über die Zukunft des Landes in einer Atmosphäre der Wahrung der Menschenrechte und unterstützt nachdrücklich die Anstrengungen des Sonderbeauftragten der UN, die Position der Arabischen Liga und die Sonderkommission der Union afrikanischer Staaten. Der Militäreinsatz wird in dieser Resolution eindeutig zurückgewiesen: Der Einsatz erreiche das Gegenteil der angestrebten Ziele, Zivilisten würden nicht geschützt, sondern seien Opfer und würden getötet. Brasilien bevorzuge eine friedliche Lösung des Konfliktes auf dem Verhandlungswege und befürchte, dass die Luftangriffe die militärischen Konfrontationen am Boden verstärken.

Für die (rechte) Opposition waren mögliche negative Auswirkungen der Enthaltung auf die Chancen Brasiliens, einen ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat zu erlangen, ein Hauptargument gegen die Regierungsposition: Der Abgeordnete der Brasilianischen Sozial-Demokratischen Partei (PSDB) Lerêia erklärte, dass es seiner Ansicht nach keinen Spielraum mehr für Verhandlungen über einen Waffenstillstand gegeben hätte und fügte hinzu „Die Enthaltung war ein Fehler, vor allem, weil Brasilien einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat beansprucht“. Iolite Iliada, Sekretärin für internationale Beziehungen der regierenden Arbeiterpartei (PT) hingegen bezweifelte, dass die Enthaltung negative Folgen für die künftige Diplomatie haben könnte: „Wir fordern unsere Beteiligung im UN-Sicherheitsrat vor allem, weil wir ihn demokratisieren wollen. Das heißt, wir wollen, dass andere Länder, mit anderen Sichtweisen auf die Welt und auf die internationale Politik, ebenfalls eine Stimme und Entscheidungsmacht haben.“

Auf der anderen Seite gab es Stimmen, die statt einer Enthaltung die Ablehnung der Resolution für richtig gehalten hätten: „Es ist bedauerlich, dass Brasilien sich bei dieser Entscheidung enthalten hat. Diese Enthaltung widerspricht den Leitlinien des Landes, das sich immer für die Verteidigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ausgesprochen hat. Die Enthaltung bedeutet die kampflose Anerkennung der Idee der Intervention und verletzt die Souveränität des libyschen Staates. Die Flugverbotszone ist eine Kriegserklärung an Libyen.“, so Williams Gonçalves, Professor an der Föderalen Universität von Rio de Janeiro (UFRJ).

Die sozialen Bewegungen und kritischen Intellektuellen kritisieren weniger die Haltung Brasiliens, als vielmehr die USA-Politik. Sie stellen die Militärintervention klar in eine Linie mit den Invasionen in Afghanistan und im Irak (Brasiliens Regierung wird nebenher wegen der militärischen Präsenz in Haiti kritisiert). Beginnt ein Krieg erst einmal, geraten die Ereignisse außer Kontrolle. Der Krieg in Libyen sei Ausdruck einer veränderten Strategie der USA zur Durchsetzung globaler Hegemonie auf der Basis „internationaler Kooperation“, die durch den Beschluss des UNO-Sicherheitsrates noch gestützt werde. Die Politik der USA bzw. des Westens ist auf drei Ziele gerichtet: Kontrolle über die Entwicklung in der arabischen Welt, Sicherung des Zugangs zum Erdöl (angesichts der Furcht vor einer neuerlichen Ölkrise) und Aufhalten des Migrantenstroms. Der bekannteste Befreiungstheologe Brasiliens, Frei Betto, sagte: „Man spricht von einer Flugverbotszone. Das heißt, die Flugplätze und alle dort stationierten Flugzeuge zu bombardieren. Und es verlangt die Entsendung von Flugzeugträgern an die afrikanischen Küsten; zusammen genommen, eine weitere Kriegsfront“. Und weiter: „Der Diskurs des Westens ist Demokratie. Das Interesse – Erdöl.“

Auf der Kriegs- und Waffenmesse in Rio de Janeiro (12.-15. April 2011) warb Frankreichs Jagdbomber-Konzern *Rafale* mit den Kriegseinsätzen gegen Libyen, wurde in den Medien und in der Öffentlichkeit Brasiliens kritisiert. Während die katholische Friedensbewegung *Pax Christi* den Friedensplan der Afrikanischen Union begrüßte, schaltete *Rafale* eine Großanzeige. Brasiliens große Zeitung *O Globo* schrieb am Tage dieser *Rafale*-Großanzeige im Blatt, dass die Jagdbomber „mit Erfolg bei den Attacken gegen Libyen“ getestet worden seien. In der ganzseitigen Anzeige wurde mitgeteilt, die Vortrefflichkeit der *Rafale*-Bomber sei im Kampf bewiesen worden. In Libyen war es indessen vorhersehbar zu keinerlei Luftkämpfen gekommen, wurden laut Kirchenangaben lediglich militärische und zivile Ziele bombardiert oder mit anderen Waffen vernichtet. Der Jagdbomber *Rafale*, hieß es in einer Werbebeilage von *O Globo*, zähle auf der Messe von Rio zu den Attraktionen. Zu einem möglichen *Rafale*-Ankauf durch die brasilianische Regierung war 2010 in den Landesmedien betont worden, der französische *Rafale*-Bomber habe noch keinen Kriegseinsatz vorzuweisen, was ein Verkaufshindernis sei. Dieses Marketingproblem hat sich nun möglicherweise erledigt – die ersten Luftangriffe gegen Libyen wurden durch *Rafale*-Bomber geflogen. Libyen gelte als ausgezeichnetes Testgelände für neue Hightech-Waffen. ([www.hart-brasiliertexte.de](http://www.hart-brasiliertexte.de), 12. 04. 2011)

Drei Wochen nach Beginn der Bombardierungen stellten Brasiliens Medien heraus, dass Paris und London „mit großem Aufwand und Prahlerei“ ihre Militäraktionen gegen Libyen gestartet und einen „Blitzkrieg“ erwartet hätten. Indessen hätten sich diese Hoffnungen nicht erfüllt. „Die aus Paris und London gebildete Koalition glaubte, dass die Armeen des Tyrannen sich im Wüstenwind verflüchtigen würden, während die Revolutionäre sich die Hauptstadt Tripolis wie eine reife Frucht griffen. Nichts davon ist passiert. Der Westen ist irritiert.“ Die revolutionären Kräfte bewiesen bis jetzt weder Effizienz noch Kohärenz. „Nicht einmal einen Vertretungsanspruch.“ Zugleich wurde darauf aufmerksam gemacht, dass bei vielen Medien des Westens offensichtlich eine Nachrichten- und Foto-Sperre über die durch die Bombardements getöteten libyschen Zivilisten herrscht. ([www.hart-brasiliertexte.de](http://www.hart-brasiliertexte.de), 14. 04. 2011) Candido Mendes – Mitglied der brasilianischen Dichterkademie, der Menschenrechtskommission der brasilianischen Bischofskonferenz, zudem Präsident des *Senior Board* des Internationalen Rates für Sozialwissenschaften der UNESCO und Generalsekretär der *Academia da Latinidade* – erklärte zum Libyenkrieg in Brasiliens Zeitung *Folha de Sao Paulo*: „Gaddafi hat wachsende Volksunterstützung gegen die westliche Intervention“. Seiner Einschätzung nach verstärkt sich die Unterstützung Gaddafis, der das Land vom Clan-Wesen der Stämme sowie von der „Karikatur der ersten Monarchie“ befreit habe. Mit Candido Mendes hatte sich zum ersten Mal ein weltweit besonders angesehener brasilianischer Intellektueller zur Libyenintervention geäußert, der indessen im europäischen Libyenkriegs-Mainstream nicht zur Kenntnis genommen wurde. ([www.hart-brasiliertexte.de](http://www.hart-brasiliertexte.de), 19. 04. 2011)

### **Türkei**

Die Türkei ist derzeit nicht Mitglied des UNO-Sicherheitsrates, spielt jedoch als vergleichsweise großes Land in der Region, muslimisches Land und Mitglied der NATO eine Rolle auch in Bezug auf die Umbrüche in den arabischen Ländern und den Libyen-Krieg. Für die türkische Politik waren die Anfänge der Aufstände in den arabischen Ländern relativ vorteilhaft. Für AKP-Regierungschef Recep Tayyip Erdogan war es einfach, gegen den ägyptischen Präsidenten Mubarak Position zu beziehen. Mubarak war ein Gegner der Bestrebungen der Türkei, Regionalmacht zu werden. Zudem hatte die Türkei innerhalb der arabischen Mittelschichten mit ihrem Vorgehen gegen die laizistisch-kemalistische Armeeführung und der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung Vorbildcharakter erlangt. Die – auch von den westlichen Medien favorisierte – Vorbilddiskussion und die eindeutige

Parteinahme Erdogans gegen die israelische Regierung hatten für viele Sympathien in der arabischen Bevölkerung gesorgt.

Doch die Entwicklungen in Libyen haben die Grenzen der Sympathie, aber auch des außenpolitischen Einflusses der Türkei gezeigt. Im Unterschied zu Ägypten unterhält die Türkei sehr enge wirtschaftliche Kontakte zu Libyen. Über 20.000 türkische „Gastarbeiter“ waren in Libyen beschäftigt. Zahlreiche türkische Firmen, ein großer Teil der AKP nahestehend, haben in Libyen Investitionen in Milliarden-Höhe getätigt. Durch den möglichen Sturz von Gaddafi könnten diese Investitionen verloren gehen. Die Gefahr wird in der Türkei als „akut“ angesehen. Zum anderen, wiederum anders als in Ägypten, gehen türkische Kommentatoren – so auch der türkische Außenminister Davutoglu – in Libyen davon aus, dass der Einfluss des Westens, die durch die Ereignisse in Tunesien und Ägypten abnahm, wieder gestärkt werden könnte. Dadurch kann die erhoffte Einflussnahme der Türkei geschwächt werden.

Die türkische Regierung hat in Sachen Libyen stets eine Position eingenommen, in der sie darauf hinwies, dass das Schicksal Libyens in der Hand des libyschen Volkes liegen müsse. Doch wird dabei kaum auf eine mögliche Demokratisierung Libyens gesetzt, sondern auf eine – wie auch immer geartete – Stabilisierung des Landes. Die anfängliche Opposition gegen die Einrichtung der Flugverbotszone hat der türkischen Regierung innerhalb der oppositionellen Kräfte Libyens Sympathien gekostet. Es ist für die arabische Öffentlichkeit viel zu offensichtlich, dass die Türkei ihr Handeln von ihren wirtschaftlichen Interessen abhängig macht. Hinzu kommt, dass die führenden AKP-Kader den westlichen Ländern offen eine interessengeleitete Politik vorwerfen und insbesondere Frankreichs Führungsanspruch kritisieren.

Einige türkische Kommentatoren sind der Auffassung, dass die Situation um den Krieg in Libyen Ähnlichkeiten mit der Iran-Krise von 2009 hat. Damals hatte sich die Türkei ihren westlichen Partnern entgegengestellt. Die türkische Regierung hatte auf die Fortführung des autoritären Mullahregimes gesetzt und gewonnen: seit dem sind die regionalen und wirtschaftlichen Verbindungen zum Iran gefestigt worden, was der Türkei wirtschaftliche Vorteile gebracht hat. Deshalb gehen die türkischen Kommentatoren, vor allem die regierungsnahen Medien davon aus, dass die zeitweilige türkische Ablehnung der Übernahme der Kriegsführung durch die NATO durchaus vorteilhaft sein kann. Auf der anderen Seite war offensichtlich, dass die türkische Regierung in engem Kontakt mit der Obama-Administration steht. Die diplomatischen Vertretungen der Türkei in Libyen haben den Schutz von Staatsbürgern der USA, Großbritanniens und Italiens übernommen. Am 21. März 2011 erklärte der türkische Außenminister Davudoglu, dass die Türkei die Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates voll unterstütze, aber dabei darauf Wert lege, dass die humanitären Hilfen im Vordergrund stehen und nicht die militärischen Maßnahmen.

In der Regierungsrhetorik war immer wieder zu hören, dass die Türkei „sich mit dem Geschwistervolk der Libyer stets in Solidarität verhalten“ werde. Sicherlich hilft der türkischen Regierung die Unstimmigkeit in der NATO, aber auch in der EU, ihre Position gegenüber ihrer Wählerschaft als Erfolg zu verkaufen. Zugleich jedoch sehen die türkischen Entscheidungsträger in den Umwälzungen im arabischen Raum durchaus Gefahren für die türkische Politik, insbesondere für ihre Sicherheitsinteressen. Die Gegnerschaft von Sarkozy gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei, die von Frankreich betriebene Ausgrenzung der Türkei von den Entscheidungsprozessen über die militärischen Maßnahmen wurde von der Türkei mit Missfallen beobachtet. Die Rede ist von einer „strategischen Konkurrenz zwischen Paris und Ankara“. Diese strategische Konkurrenz wird für die zukünftigen Beziehungen zwischen Frankreich und der Türkei, aber auch zwischen der EU und der Türkei als „bestimmend“ angesehen. Ob dies weiter reichende Auswirkungen auf die Entscheidungsprozesse innerhalb der NATO haben wird, muss sich erst noch zeigen.

Auf jeden Fall wird die Türkei auf die weitere Entwicklung im arabischen Raum weiter Einfluss ausüben wollen. Das selbstbewusste außenpolitische Handeln wird derzeit für das Argument genutzt, „die Türkei spielt nun in der ersten Liga“. Hier werden eigene imperiale Gelüste allzu deutlich. Gleichzeitig steht außer Frage, dass die Erdogan-Regierung ihre außenpolitische Haltung für die Parlamentswahlen am 12. Juni 2011 nutzen und ihre Position stärken will. Die Umfrageinstitute sehen eine große Mehrheit für die AKP voraus, gerade wegen ihrer außenpolitischen „Erfolge“. Die Erdogan-Regierung wird alles tun, um ihre Chancen bei den Parlamentswahlen nicht zu gefährden.

### ***Südafrika und die Afrikanische Union***

Die Republik Südafrika und die Afrikanische Union sind natürlich zwei unterschiedliche Akteure – als Staat, der dem losen, aber wichtigen Verbund der BRICS-Staaten angehört, bzw. als internationale Organisation, die ihre eigenen inneren Probleme hat. Beide sollen hier jedoch in einem Abschnitt behandelt werden. Während die Arabische Liga die Flugverbotszone – und damit den Eintritt in den Krieg – unterstützt hatte, tat dies die Afrikanische Union (AU) nicht. Jean Ping, Vorsitzender der Ständigen Kommission der Afrikanischen Union, sagte gegenüber der BBC, dass die Afrikanische Union nicht konsultiert worden ist. (<http://news.bbc.co.uk>, 25. 03. 2011) Die Afrikanische Union – als regionale Organisation Afrikas, der im Grunde alle afrikanischen Länder außer Marokko (wegen des Streits um Westsahara) angehören – hat seit Beginn der Libyen-Krise Zurückhaltung geübt. Sie hat die Gewaltanwendung des Gaddafi-Regimes gegen Demonstranten und die libysche Zivilbevölkerung verurteilt, die Mitgliedschaft Libyens in der Union suspendiert, obwohl Gaddafi einer der Hauptfinanziers der Organisation war, und gleich dem Westen libysche Gelder, über die Gaddafi verfügte, eingefroren. Seinen Rücktritt forderte sie jedoch nicht und hat sich in ihren Kommuniqués gegen jegliche ausländische Militärintervention in Libyen gewandt und stets auf einer friedlichen und demokratischen Lösung für Libyen bestanden. Dazu wurde ein „High Level“-Komitee bestehend aus fünf Staatschefs eingesetzt; das sind außer dem Präsidenten von Südafrika, Jacob Zuma, allerdings alles Ex-Putschisten: Präsident Amadou Toumani Touré aus Mali, Ould Abdel Aziz aus Mauretanien, Yoweri Museveni aus Uganda und Denis Sassou Nguesso aus dem Kongo-Brazzaville. Sie sollten laut Beschluss mit allen Parteien in Libyen in Verhandlungen treten. Die Sicherheitsratsentscheidung und die folgende Intervention haben die Tätigkeit dieses Komitees jedoch fast verunmöglicht. Dafür sind durch ihre Zustimmung im Sicherheitsrat auch Südafrika, Nigeria und Gabun mitverantwortlich.

Bei der Bewertung des Abstimmungsverhaltens Südafrikas im Sicherheitsrat ist zunächst darauf zu verweisen, dass die Regierung aus Afrikanischem Nationalkongress (ANC), Südafrikanischer Kommunistischer Partei (SACP) und dem Gewerkschaftsbund COSATU keineswegs kategorisch pazifistisch ist oder etwa nicht-militärisch denkt und handelt – schon die Geschichte des Freiheitskampfes gegen das Apartheid-Regime war auch eine Geschichte des bewaffneten Kampfes. Südafrika hat 1999 in Lesotho militärisch eingegriffen und im Jahre 2008 die AU-Militärintervention auf den Komoren unterstützt. Hinzu kommt, dass auch Südafrika wegen der Erfahrung mit dem Völkermord in Ruanda 1994 von dem Gedanken der Nichtintervention abgerückt ist und – insbesondere hinsichtlich der Intervention afrikanischer Staaten in afrikanischen Staaten – der Idee einer „Schutzverantwortung“ zuneigt. Zudem sah es sich in seiner vorigen Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat (2007/08) der Kritik ausgesetzt, zu Menschenrechtsverletzungen in Simbabwe und Myanmar nicht klar genug Stellung bezogen zu haben.

Hinzu kommt, dass Südafrika selbst rechtsstaatlich verfasst ist, es im Lande eine tatsächliche Parteienkonkurrenz sowie eine starke innere Zivilgesellschaft gibt. Unter dieser Perspektive müssen autokratische Führer wie Gaddafi für ein Übel für Afrika gehalten werden, die Instabilität auf dem Kontinent bewirken und eine wirkliche Entwicklung behindern. Selbstverständlich besteht auch in Afrika ein Spannungsverhältnis zwischen Menschen-

rechtsrhetorik und Realpolitik. Etliche afrikanische Staaten haben den Beschluss des Sicherheitsrates eher als Einfallstor gesehen, um den Weg zu einer Intervention in der Elfenbeinküste zu ebnet. Dies allerdings hat Südafrika abgelehnt.

Zugleich gab es in Südafrika Kritik an Präsident Zuma wegen des Abstimmungsverhaltens im Sicherheitsrat; er habe sich als Handlanger des Westens betätigt, um so leichter an Erdöl zu kommen. Die Regierung hat dies als absurd zurückgewiesen, es sei tatsächlich um die Menschenrechte gegangen. Zudem wurde süffisant darauf verwiesen, dass der Westen mit Gaddafi bislang gut gefahren war: er bekam das Öl und der Diktator sorgte für das Fernhalten der Flüchtlinge aus Afrika.

Kurz nach dem Beschluss des Sicherheitsrates interpretierte die südafrikanische Regierung ihr Abstimmungsverhalten dahingehend, dass sie einem Eingreifen in die Kämpfe am Boden nicht zugestimmt habe. „Als Südafrikaner sagen wir Nein zum Töten von Zivilisten, Nein zur Doktrin des Regimewechsels und Nein zu einer ausländischen Besetzung Libyens“, wurde Präsident Zuma zitiert. (*www.nachrichten.at*, 22. 03. 2011)

Für Nigeria, das derzeit ebenfalls Mitglied des UNO-Sicherheitsrates ist, gilt, dass das Land eine regionale Vormachtstellung in Westafrika nicht zuletzt als militärische Interventionsmacht anstrebt. Ähnlich Südafrika ist Nigeria in seiner Außenpolitik bellizistischer als der Rest Afrikas. Nigeria hat Druck in Richtung einer militärischen Intervention in Elfenbeinküste ausgeübt und seine Stimme für die Intervention in Libyen sollte auch dazu dienen, die Stimmung pro Intervention in Elfenbeinküste zu wenden.

Nigerias Beziehungen zu Libyen und insbesondere zu Gaddafi waren schon im letzten Jahr auf einen Tiefpunkt gelangt. Ohnehin waren sie nicht gut, da Nigeria Gaddafis zunehmenden Einfluss in Westafrika (z.B. in Mali) stets kritisch sah und auch seine AU-Präsidentschaft nicht goutiert hat. Der Tiefpunkt kam, als Gaddafi im vergangenen Jahr vorschlug, Nigeria in mehrere Staaten zu teilen. Abgesehen davon, dass dies von einer vollkommenen Ignoranz gegenüber den Ursachen für die internen Kriege in Nigeria zeugt und deshalb keine Lösung für sie wäre, hat Nigeria das selbstverständlich als Einmischung in die inneren Angelegenheiten vehement abgelehnt. Eine Stimme Nigerias im UN-Sicherheitsrat gegen Gaddafi war also gleichsam eine direkte Folge von dessen Afrika-Politik. Eine „ausländische Besetzung“ Libyens lehnt Nigeria jedoch ab.

Humanitär geboten wäre angesichts der Kampfhandlungen in Libyen – und dies wäre Teil einer wirklichen politischen Alternative – eine temporäre, nahezu bedingungslose Grenzöffnung der EU für Flüchtlinge aus Libyen. Das wäre genau das Gegenteil zu der Abschaffung der Schengen-Freiheit, die Sarkozy und Berlusconi gerade erreichen wollen. Eine solche Öffnung würde einen bedeutenden Beitrag dazu leisten, dass Menschen nicht unfreiwillig zu Geiseln und Opfern politischer Akteure bzw. Bürgerkriegs-Kämpfer von innen und außen werden, denen es in erster Linie nicht um Freiheit und Demokratie geht, sondern tatsächlich vorrangig um den Zugang zu den Erdölvorräten.

Die Erfahrungen in Westafrika (Liberia, Sierra Leone usw. und jetzt Elfenbeinküste) zeigen, dass ausländische militärische Interventionen das Leiden der Zivilbevölkerung in aller Regel nicht verringern, sondern vergrößern und Kriege verschärfen und verlängern. Aus diesem Grunde lehnt die öffentliche Meinung in Westafrika – im Senegal sehr vehement und durch fast alle politischen Strömungen – insbesondere die französische Intervention in Elfenbeinküste ab.

Lohnenswert ist hier ein Vergleich zwischen Guinea (Conakry) und der Elfenbeinküste. Beide Länder hatten fast gleichzeitig umstrittene Präsidentschaftswahlen, deren Stichwahlergebnis nicht allgemein anerkannt wurde. In Guinea jedoch gab es bedeutende innere – zivilgesellschaftliche – Kräfte, die seit Jahren schon für den Demokratisierungsprozess mobilisiert, organisiert und gekämpft haben. Hier waren es innere Kräfte, die den Demo-

kratisierungsprozess vorangetrieben haben. Es sind Kräfte, die vor allem eine Demokratisierung nicht mit einer Wahl als abgeschlossen ansehen. Sie wollen mehr und setzen dies nun auch durch, insbesondere Reformen in der Minengesetzgebung, an deren Ausformulierung die Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Gruppen beteiligt sind. Auch dies geschah nicht ohne Opfer; im September 2009 kostete ein Massaker an Demonstrierenden etwa 150 Todesopfer. In letzter Instanz liegt es am zivilgesellschaftlichen Organisationsgrad Guineas, dass hier die Transition letztlich erfolgreich verlief.

In Elfenbeinküste waren es externe Kräfte, die eine auf einen Wahlprozess reduzierte Demokratisierung durchdrücken wollten. Dieser beruhte vor allem auf der Einbindung der bisherigen Machtpolitiker und Bürgerkriegskämpfer in ein von außen kontrolliertes Verfahren. Mit dem Zusammenbruch des Verfahrens war es nicht erstaunlich, dass das Land wieder in den Kriegszustand zurückkehrte. Solche Verfahren wie in Elfenbeinküste sind es jedoch bestenfalls, die im Gefolge einer ausländischen militärischen Intervention eingeleitet werden können. Das größte Problem am militärischen Interventionismus ist, dass er vielleicht relativ rasch einen unerwünschten Zustand halbwegs beseitigen kann, aber in der Regel einer konstruktiven, nachhaltigen und von inneren Kräften getragenen politischen Lösung den Weg verbaut und deshalb meist in eine dauerhafte Destabilisierung des Landes bzw. der Region oder ein anhaltendes Besatzungsregime mündet.

Selbst wenn „Ruhe und Ordnung“ hergestellt werden, bleibt das Besatzungsregime und wird sich zum Zweck: Das Amt des Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina, der ursprünglich vom UNO-Sicherheitsrat [Resolution 1031 vom 15. Dezember 1995] eingesetzt wurde, seit 2002 recht eigentlich EU-Sonderbeauftragter für Bosnien und Herzegowina ist, und das faktisch die Kompetenzen eines britischen Generalgouverneurs in den früheren Kolonien hat, wurde 2008 entfristet. Damit waren auch der Militäreinsatz EUFOR/Althea dort und das eingesetzte Kolonialregime – bei juristischer Selbständigkeit und Völkerrechts-subjektivität des Staates Bosnien und Herzegowina – praktisch auf Dauer gestellt.)

Militärischer Interventionismus ist nicht nur moralisch verwerflich und verstößt gegen das Konzept nationaler Souveränität (das unter interventionistischem Blick als veraltet gilt), sondern verschlimmert humanitäre Katastrophen oder bringt sie erst hervor, statt sie zu verhindern. Militärische Interventionen führen in der Regel nicht zu langfristig nachhaltigen Lösungen und haben als politisches Mittel eine nur geringe bzw. keine Leistungsfähigkeit, und das bei hohen Kosten sowohl finanzieller als auch humanitärer Art.

In keinem Falle bringt die „ultima ratio“ des Militärs eine Lösung – bestenfalls kann sie Konflikte unterdrücken. Sie ist auch gar nicht die „ultima ratio“, sondern bestenfalls die „ratio simplissima“, eine Reaktion auf Gewalt mittels noch mehr und besser ausgestatteter Gewalt, die allerdings eifersüchtig in der Verfügung der großen Mächte verbleibt. Notwendig wäre aber eine „prima actio“ auf sozialer und ökonomischer Ebene, die allerdings Eingriffe nicht in „zerfallenden Staaten“, sondern in die Handlungsfreiheit der *global players* erfordern würde: Handlungsbedarf besteht nicht auf der Ebene militärischer Gewalt, sondern auf der Ebene der politischen Steuerung und Kontrolle von Profitinteressen und einer an den Bedürfnissen der Menschen orientierten Entwicklungspolitik.

*Werner Ruf (Militärinterventionen: verheerend und völkerrechtswidrig, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Texte 61, Berlin: Karl Dietz Verlag 2009)*

Am 10. und 11. April 2011 versuchte das Hohe Komitee der Afrikanischen Union (AU), im Libyen-Konflikt zu vermitteln. Nach AU-Angaben hatte die Gaddafi-Regierung den Plan der Staatenorganisation zur friedlichen Beilegung des Konflikts mit den Rebellen akzeptiert. Der südafrikanische Präsident Jacob Zuma erklärte nach mehrstündigen Gesprächen der Delegation in Tripolis, der Friedensplan sehe einen Waffenstillstand, sichere Korridore für Hilfslieferungen an die Zivilbevölkerung sowie einen Dialog zwischen

Regierung und Opposition vor. Zuma reiste dann wieder aus Tripolis ab. Die anderen AU-Vertreter setzten ihre Vermittlungsgespräche in der Rebellenhochburg Bengasi fort. Die jedoch schlossen eine Waffenruhe aus, solange Gaddafi nicht abtritt. Damit waren die Friedensbemühungen der AU in Libyen vorerst gescheitert. Die Rebellen-Vertreter lehnten den Vorstoß der afrikanischen Staatengemeinschaft zur Vermittlung in dem seit Wochen tobenden Bürgerkrieg ab. Ihre Kernforderung, das Abtreten von Machthaber Muammar al-Gaddafi und seinen Söhnen, werde nicht berücksichtigt, erklärten deren Vertreter zur Begründung. (*Deutsche Welle*, 11. und 12. 04. 2011) Sie fühlten sich durch den Krieg des Westens ermutigt und forderten statt Frieden westliche Waffenlieferungen und Bodentruppen. Auch in den USA und in europäischen Ländern traf der Plan der Afrikanischen Union auf Ablehnung, weil darin kein Machtverzicht Gaddafis vorgesehen sei. – Die AU versuchte, den Beschluss des Sicherheitsrates umzusetzen, die Interventionsstaaten verhinderten dies, indem sie eine Grundforderung erhoben, die durch die Resolution 1973 gerade nicht gedeckt ist. So war die Fortsetzung der NATO-Luftangriffe auf Ziele in Libyen die reale Antwort auf die Friedensbemühung der Afrikanischen Union.

Kurz darauf trafen sich die Führer der großen Schwellenländer auf der südchinesischen Insel Hainan und berieten über globale Wirtschafts- und Finanzfragen sowie den Klimawandel. Hier hatten sich alle der sogenannten BRICS-Staaten – **B**rasilien, **R**ussland, **I**ndien, **C**hina und **S**üdafrika – getroffen und vereinbart, die direkte Zusammenarbeit untereinander zu vertiefen. „Die BRICS-Staaten eint das Wirtschaftswachstum und der Wunsch, die westliche Vorherrschaft bei der Verteilung des globalen Reichtums einzudämmen“, meinte die italienische katholische Tageszeitung *Avvenire* am 15. April 2011 und setzte fort: „Bei ihrem dritten Treffen ist es den fünf Staatschefs nun gelungen, einen gemeinsamen Nenner zu finden, der es ihnen erlaubt, mit nur einer Stimme zu sprechen. Sie wollen dem Dollar seine zentrale Rolle im Weltwährungssystem absprechen. Vor allem jetzt, da die US-Währung aufgrund des enormen Haushaltsdefizits an Stabilität eingebüßt hat... Die Kritik ist nicht neu. Seit zwei Jahren sitzt der Dollar auf der Anklagebank. Neu ist die Strategie der Währungskooperation, die die Schwellenländer Schritt für Schritt in die Unabhängigkeit von der amerikanischen Währung führen soll.“ Zugleich verurteilten die fünf Staats- bzw. Regierungschefs übereinstimmend die westlichen Luftangriffe in Libyen und zeigten sich besorgt über die Folgen für die Zivilbevölkerung. Damit hatte einerseits die AU-Initiative die Unterstützung der BRICS-Staaten erhalten und war andererseits Südafrika – nach der Sonderposition bei der Abstimmung zu Resolution 1973 im UNO-Sicherheitsrat – auf eine gemeinsame Position mit den anderen eingeschwenkt.

## Der Krieg und die Umbrüche in den arabischen Ländern

*FAZ.net* hat (gesehen am 19. 04. 2011) eine interaktive Karte ins Netz gestellt. Sie hat den Titel: „Aufruhr in der arabischen Welt“ – die entsprechenden Länder können angeklickt werden. Es sind (von links nach rechts): Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien – diese Länder sind ocker-gelb, die anderen – wo die Kartenmacher offenbar keine Unruhen sehen – grau, darunter Saudi-Arabien und die anderen Golf-Königtümer sowie das Königreich Marokko. Noch vor kurzem schien das anders zu sein. Das Hamburger Wochenmagazin *Der Spiegel* titelte in Nummer 9/2011 (das Erscheinungsdatum war der 28. Februar) voller Sorge über einem Text zu Saudi-Arabien: „Die Milliarden-Dollar-Frage“. Der Untertitel lautete: „Zündet der Funke des Widerstands auch im archaisch regierten, schwerreichen und für die Energieversorgung der Welt unersetzbaren Königreich am Golf?“

Die Sorge war eindeutig: Wenn „die arabische Revolution“, die sich von Tunesien und Ägypten ausgehend in der gesamten arabischen Welt scheinbar unaufhaltsam auszubreiten schien, Saudi-Arabien erreicht, hat der Westen nicht nur ein geopolitisches Problem in der sensiblen, komplizierten und kriegsträchtigen Region des Nahen und Mittleren Ostens, sondern auch ein Problem der Ölversorgung, das wiederum negative Auswirkungen auf die innere Lage hätte (Wirtschaft und Lebensweise im Westen, das westliche Wirtschafts- und Zivilisationsmodell hängen nach wie vor an dem exzessiven Verbrauch fossiler Brennstoffe). Das hätte den gerade begonnenen Wirtschaftsaufschwung nach der Weltwirtschaftskrise beenden und die westlichen Volkswirtschaften in den neuerlichen Abschwung treiben können. Das wollte der Westen vermeiden. Und die Potentaten der Golfmonarchien wollten erst recht nicht ihren Sturz.

Damit gab es drei Optionen für die westliche Politik im Nahen und Mittleren Osten: (1) Plötzlich und unerwartet die Revolution zu begrüßen und in eine prowestliche, auf endliche Durchsetzung der „westlichen Werte“ von Freiheit und Demokratie nun auch im arabischen Raum umzudeuten. Das taten die Regierungschefs der EU und der USA, die Außenminister von Clinton bis Westerwelle voller Eifer und medienwirksam. (2) Die politischen Akteure in den revolutionierten Ländern einzubinden mit Geld, guten Ratschlägen und geschickter Diplomatie und dafür zu sorgen, dass die neue Demokratie auf das westlich anerkannte und propagierte Verfahren der demokratisch aussehenden Wahl reduziert bleibt, ohne dass in der Sache – der Macht, der Eigentumsordnung und neoliberalen Privatisierung zugunsten der ausländischen, sprich westlichen Eigentümer, der geopolitischen Dominanz des Westens in der Region und der regelmäßigen und preiswerten Öllieferung – sich etwas ändert. (3) Die restlichen Bewegungen mittels Waffengewalt, ggf. einen „begrenzten Krieg“ niederzuschlagen und in ihre Schranken zurück zu verweisen. Das machte sich natürlich am besten dort, wo es der revolutionären Bewegung am meisten und der Ölversorgung des Westens am wenigsten schadet, also weit weg von der Arabischen Halbinsel und Saudi-Arabien. Gaddafi bot die Gelegenheit, dies dann in Libyen zu tun. Dabei konnte zugleich versucht werden, gleich noch ein paar andere Rechnungen mit zu begleichen und für die nächsten Jahrzehnte geopolitisch Weichen zu stellen. Zugleich allerdings waren nicht nur Staaten des Westens der aktive und arabische Staaten der passive Teil. Vielmehr agierten die absoluten Könige der Golfstaaten sehr aktiv, ging es doch um ihre Machtsicherung.



*Immanuel Wallerstein: Das grandiose libysche Ablenkungsmanöver*

In dem ganzen libyschen Konflikt des letzten Monats – der Bürgerkrieg in dem Land und die US-geführte militärische Aktion gegen Gaddafi – geht es weder um eine humanitäre Intervention noch um die unmittelbare Versorgung der Welt mit Erdöl. Es handelt sich in der Tat um ein großes Ablenkungsmanöver – ein bewusstes Ablenkungsmanöver dazu – von der grundlegenden politischen Auseinandersetzung innerhalb der arabischen Welt. Eine Sache gibt es, bei der Gaddafi und die westlichen Regierungschefs aller politischen Schattierungen vollständig übereinstimmen. Sie alle wollen die zweite arabische Revolte verlangsamen, kanalisieren, kooptieren und eingrenzen, und dadurch verhindern, dass die grundlegenden politischen Realitäten der arabischen Welt und deren Rolle in der weltweiten Geopolitik verändert werden...

Dies war meiner Ansicht nach die Fortsetzung... von 1968. In jenem Jahr, wie auch in den letzten Monaten in der arabischen Welt, bestand die Gruppe derer, die den Mut und den Willen hatten, den Protest gegen die institutionalisierten Autoritäten zu beginnen, aus jungen Menschen. Ihre Motivation erwuchs aus vielen Faktoren: die Willkür, Grausamkeit und Korruption derer an der Macht, ihre eigene sich verschlechternde wirtschaftliche Situation und vor allem aus dem Insistieren auf ihrem moralischen und politischen Recht, eine Hauptrolle beim Bestimmen ihres eigenen politischen und kulturellen Schicksals einzunehmen. Gleichzeitig protestierten sie gegen die gesamte Struktur des Weltsystems und die Art und Weise, in der ihre Führer dem Druck fremder Mächte unterworfen waren.

Diese jungen Menschen waren nicht organisiert, wenigstens nicht anfangs. Und sie durchschauten auch die politische Szene nicht immer vollständig. Aber sie waren couragiert. Und, wie 1968, ihre Aktionen waren ansteckend. Sehr bald bedrohten sie in praktisch jedem arabischen Staat und ohne Rücksicht auf die Außenpolitik die etablierte Ordnung. Als sie in Ägypten – immer noch der arabische Schlüsselstaat – ihre Stärke demonstrierten, begann jeder sie ernst zu nehmen. Dabei gibt es zwei Wege eine derartige Revolte ernst zu nehmen. Der eine ist, sich ihr anzuschließen und dadurch versuchen sie zu kontrollieren. Der andere ist, sie mit harten Maßnahmen niederzuwerfen. Beides ist versucht worden...

Als also der Aufstand in Libyen begann, war das das direkte Resultat des Erfolgs der Revolten in den beiden Nachbarstaaten, Tunesien und Ägypten. Gaddafi ist ein besonders skrupelloser politischer Führer, der entsetzliche Aussagen von sich gab, was er mit Verrätern anstellen würde. Wenn es nun sehr schnell starke Stimmen in Frankreich, Großbritannien und den USA gab, militärisch zu intervenieren, so war das kaum, weil Gaddafi ein anti-imperialistischer Stachel in ihrem Fleisch war. Er verkaufte sein Öl bereitwillig an den Westen und rühmte sich der Tatsache, dass er Italien half, die Flut der illegalen Einwanderung einzudämmen. Auch bot er der westlichen Geschäftswelt lukrative Vereinbarungen an.

Das Lager der „Interventionisten“ bestand aus zwei Komponenten: einmal diejenigen für die alle und jede Interventionen durch den Westen einfach unwiderstehlich sind, und solche, die für eine humanitäre Intervention plädierten. Beide trafen auf die starke Opposition des US-Militärs, das den Krieg in Libyen als nicht zu gewinnen und als eine enorme militärische Belastung für die USA ansah. Diese letztere Gruppe schien sich durchzusetzen, als plötzlich die Resolution der Arabischen Liga das Gleichgewicht veränderte...

Was bewegte die Saudis dazu, dies durchzudrücken? Hatte jemand in den USA jemand in Saudi-Arabien angerufen und dies gefordert? Ich denke es war das genaue Gegenteil. Es handelte sich um einen Versuch der Saudis, die US-Politik zu beeinflussen und nicht den umgekehrten Vorgang. Und es hat geklappt. Es kippte den Entscheidungsprozess. Was die Saudis wollten und was sie bekamen, war die Ablenkung von etwas für sie sehr dringlichem, das sie gerade durchführten – ein Niederschlagen der arabischen Revolte, da diese vor allem Saudi-Arabien selbst berührte, danach die Golf-Staaten und dann die übrige arabische Welt.

([www.ag-friedensforschung.de](http://www.ag-friedensforschung.de), 12. 04. 2011)

Im Grunde sind in der Geschichte des Kampfes der arabischen Völker um nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung seit Beginn des 20. Jahrhunderts fünf historische Bewegungsperioden zu unterscheiden. Im ersten Weltkrieg war das Osmanische Reich mit Deutschland verbündet, Unabhängigkeit für die arabischen Völker bedeutete zunächst vor allem, die osmanische Herrschaft abzuschütteln. Großbritannien bot die Unabhängigkeit an, wenn die Araber sich gegen die Osmanen erheben; der britische Geheimagent *Lawrence of Arabia* erreichte genau dies und der arabische Aufstand 1916-18 trug zum Sieg über das Osmanische Reich bei. Gleichzeitig hatte Großbritannien mit der *Balfour-Deklaration* vom 2. November 1917 der zionistischen Weltorganisation zugesagt, dass diese in Palästina – das zuvor ebenfalls zum Osmanischen Reich gehört hatte und eine überwiegend arabische Einwohnerschaft hatte – eine „nationale Heimstatt“ des jüdischen Volkes errichten kann, die unter britischem Schutz steht. Zuvor bereits hatte Großbritannien im Mai 1916 mit Frankreich im *Sykes-Picot-Abkommen* vereinbart, wie beide den Teil des Nahen und Mittleren Ostens, der unter osmanischer Herrschaft gestanden hatte, kolonial unter sich aufteilen. Am Ende wurde am Rande der Versailler Verhandlungen über die Nachkriegsordnung die koloniale Aufteilung vollzogen – die willkürlichen Grenzen etwa des Iraks, Syriens und Jordaniens waren ein solches Ergebnis – und die jüdische Heimstatt – aus der dann nach dem zweiten Weltkrieg der Staat Israel hervorgehen sollte – wurde geduldet, während aus der arabischen Unabhängigkeit nichts wurde. Angesichts vor allem des doppelten bzw. dreifachen Spiels Großbritanniens wurde die Hoffnung vieler Araber getäuscht, dass mit dem Zusammenbruch der osmanischen Herrschaft ihre nationale Souveränität erlangt werden könnte.

Die neue Periode war dann die des antikolonialen Kampfes, der sich vor allem gegen Frankreich und Großbritannien richtete und schließlich – nicht zuletzt im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und des Sieges der Sowjetunion und der Alliierten über das Nazireich – mit der Unabhängigkeit der verschiedenen arabischen Staaten endete; am Ende standen auch die Unabhängigkeit Algeriens von Frankreich (1962) und Südjemens von Großbritannien (1967), das sich 1990 mit der seit 1962 unabhängigen (Nord-) Jemenitischen Arabischen Republik vereinigte. Es folgte die Periode der Erlangung der nationalen Unabhängigkeit und der Suche nach dem gesellschaftlichen Entwicklungsweg zwischen den beiden gesellschaftlichen Systemen, die sich in den meisten arabischen Ländern im Mittelmeerraum und bis Irak mit einer republikanischen Ordnung, einer Verfassung, politischen Parteien und einer Orientierung auf nationale Entwicklung und „arabischen Sozialismus“ verband. Die meisten Regime waren aus Militärputschen hervorgegangen und autoritär ausgeformt, herrschten allerdings meist auf der Grundlage von (Staats-)Parteien und verstanden sich praktisch als „Modernisierungsdiktaturen“. Der Suez-Krieg Großbritanniens und Frankreichs in Verbindung mit Israel 1956 war der Versuch der alten Kolonialmächte, sich dem entgegenzustellen. Da sie dabei von den USA nicht unterstützt wurden und im Kontext des kalten Krieges auf den Gegendruck der Sowjetunion trafen, endete jener Krieg mit der faktischen Niederlage Frankreichs und Großbritanniens.

Eine weitere Periode begann mit dem schrittweisen Scheitern jener nationalen Entwicklung, den „Korrekturversuchen“ des Lavierens in Richtung stärkerer Einbindung in den kapitalistischen Weltmarkt und mit der Niederlage im Juni-Krieg 1967 gegen Israel. Die politische Unabhängigkeit hatte eine wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht mit sich gebracht. Die sozialistische Rhetorik verhallte, die Sowjetunion und der Realsozialismus als strategischer Bündnispartner verschwanden, die autoritären Regime erstarrten zum Selbstzweck, die autoritären Herrscher machten ihren Frieden mit dem Westen, Sadat und Mubarak in Ägypten früher, Libyens Gaddafi später. Saddam Hussein in Irak agierte sogar zeitweilig als Kriegsauftragnehmer des Westens, als es im ersten Golfkrieg in den 1980er Jahren gegen die Islamische Republik der Ajatollahs im Iran ging, deren Macht aus der iranischen Revolution gegen den Schah hervorgegangen war – bis die USA ihn fallen ließen und 2003 schließlich den Irak eroberten und Hussein stürzten. Während dieser Periode

herrschen die Regime in aller Regel brutal und autoritär, hatten mit der neoliberalen Öffnung und Privatisierung ihre Länder den westlichen Firmen zugänglich gemacht und in das westlich geformte und zunächst dominierte kapitalistische Weltsystem eingefügt. Da ein geöffneter Markt nicht nach Nationalität der Waren und Gelder unterscheidet, schlüpfen in diese Märkte in den vergangenen Jahren zunehmend auch chinesische und dann indische Waren und Dienstleistungen bzw. Investitionen und Unternehmen.

Dass der globale Konkurrenzkampf zwischen den asiatischen Wirtschaftsmächten bzw. den BRICS-Staaten einerseits und den alten weltkapitalistischen Zentren im nordatlantischen Raum – USA und EU – andererseits den arabischen Ländern Raum zu eigener Entwicklung lässt, der die Lebenschancen der jetzt protestierenden jungen Menschen erhöht und die sozialen Probleme lösen hilft, ist eher unwahrscheinlich. Längerfristig gesehen werden die sozialen Probleme bleiben, auch wenn sich darüber eine demokratische Fassade erheben sollte oder gar tatsächlich Freiheitsrechte und demokratische Partizipationsrechte verwirklicht werden, wenn nicht eine eigene wirtschaftliche und soziale Entwicklung inganggesetzt wird, die sich selbst trägt. Das gilt für die arabischen Länder wie auch für Afrika und jene asiatischen und lateinamerikanischen Länder, die nicht zu den „neuen Wirtschaftsmächten“ gehören. Und das gilt unabhängig davon, ob es um eine „nachholende Entwicklung“ oder eine solche geht, die den Kriterien eines sozial-ökologischen Umbaus gerecht wird. Ob die kapitalistische Verfasstheit des Weltsystems dies überhaupt zulässt, ist eine andere Frage. Wahrscheinlich erhöht der Druck in Richtung Freiheits- und Mitwirkungsrechte in den Ländern des Südens eher die Tendenz zur globalen Veränderung oder Abschaffung kapitalistischer Verhältnisse, als dass er sie stabilisieren würde.

Die Deindustrialisierung arabischer Länder wie Ägypten und Irak im Vergleich zum Höhepunkt der Jahre nationaler Entwicklung, die massenhafte Arbeitslosigkeit gut ausgebildeter junger Menschen und das Bevölkerungswachstum haben den sozialen Nährboden für die Umbrüche geschaffen. Der Druck der autoritären Regime hatte den politischen Nährboden zur Folge. Die internationale Vernetzung über Internet – „Generation Facebook“ – tat ein Übriges: die jungen Menschen, die die Demonstrationen auf dem Kairoer Tahrirplatz organisiert und maßgeblich getragen hatten, wussten sehr genau, wie die Umstürze in Serbien gegen Milosevic, in Kiew und in Georgien organisiert worden waren. (Auch wenn man weiß, dass dort westliche Geheimdienste aktiv beteiligt waren, ver selbständigen sich doch die Mittel und Methoden gegenüber ihren ursprünglichen Initiatoren.) Insofern boten die Aufstände zunächst in Tunesien, dann in Ägypten die Chance, einen neuen Bewegungsabschnitt zu eröffnen, in dem es im Kern um politische Freiheiten, Demokratie und Selbstbestimmung sowie um soziale Chancen und eine aktive, erfüllte Lebensperspektive geht. Das erste richtete sich zunächst gegen die autoritären Herrscher im eigenen Land. Letzteres ist am Ende nur gegen die Folgen der neoliberalen Öffnung zu erlangen, was sich ungeachtet der jetzt artikulierten politischen Ziele letztlich gegen die Verfasstheit der neoliberalen Weltordnung richten muss. In der gegenwärtigen Phase geht es vor allem um zweierlei, um die Grundlagen einer eigenständigen wirtschaftlichen und regionalen Entwicklung, die sich nicht weiterhin willenlos den neoliberalen und geopolitischen Anforderungen des Westens beugt, und die Schaffung solcher politischer Strukturen, die den eigenen Bedürfnissen und dem spezifischen, vom Islam geprägten kulturellen Hintergrund entsprechen. Die Ausbreitung der Protestwelle in andere arabische Länder, schließlich bis Bahrein und nach Saudi-Arabien zeigte, dass es sich hier in der Tat um die Eröffnung einer neuen Runde des Kampfes um Selbständigkeit der arabischen Völker geht.

Eine strategische, nicht nur symbolische Verbindung zwischen den Umbrüchen in Tunesien und denen in Ägypten über einen demokratisch bewegten politischen Prozess in Libyen nach dem Sturz Gaddafis hätte die Sache der arabischen Revolution gestärkt und die Bedingungen

ihres Weitertreibens verbessert. Der Krieg in Libyen sichert, dass die beiden vereinzelt bleiben und erleichtert es, auch die politischen Auseinandersetzungen in beiden Ländern so zu kanalisieren, dass sie den westlichen Wünschen nach demokratischer Fassade, hinter der die gehabte Eigentums- und Weltordnung bestehen bleibt, gerecht wird. Es hätte, vom militärischen Kräfteverhältnis her, auch eine „arabische Lösung“ des Bürgerkriegsproblems in Libyen geben können, indem die ägyptische Armee das Land zeitweise besetzt und Bedingungen für einen friedlichen politischen Prozess sichert. Dass der Adressat des saudi-arabischen Interventionswunsches jedoch der Westen war und die „arabische Lösung“ gerade verhindert wurde, weist darauf hin, dass weder jene Emire am Golf noch der Westen dies wollten.

Wenn wir nun auf die Karte schauen, so zeigt sich: Die derzeitigen Auseinandersetzungen im arabischen Raum finden in jenem Teil statt, der mit den Folgen der abgebrochenen oder fehlgeleiteten Modernisierung zu tun hat, gekoppelt mit autoritärer Herrschaft modernisierter Form, während der andere Teil, der monarchische vor allem auf der Arabischen Halbinsel jetzt ruhiggestellt scheint, der – die westlichen Journalisten vergleichen ja gern mit der europäischen Geschichte; das soll hier nun in einem bildlich gemeinten Sinne ebenfalls geschehen – im Grunde die Revolution am nötigsten hätte, weil er hinsichtlich seiner archaischen, vor-modernen, im Grunde vor-politischen Verfasstheit noch weit vor der französischen Revolution von 1789 mit ihren Menschen- und Bürgerrechten liegt. Der Golf-Kooperationsrat hat inzwischen auch politisch interveniert, um endlich den Präsidenten Jemens, der ebenfalls auf die Bevölkerung schießen ließ, zum Amtsverzicht zu zwingen, weil auch im einzigen nicht-monarchischen Teil der Arabischen Halbinsel die Unruhen endlich aufhören sollen. Aus deren Sicht ist natürlich nicht der schießen lassende Präsident das Problem, sondern die anhaltenden Demonstrationen, die ja vielleicht doch noch wieder ein Echo, etwa in Bahrein finden könnten. Insgesamt also war „das grandiose libysche Ablenkungsmanöver“ (Wallerstein) erfolgreich. Die Könige können erst einmal aufatmen, die Unruhe scheint im Mittelmeerraum zu bleiben, wird dort kanalisiert und vom Westen niedergehalten.

Dieser wiederum folgt seinen eigenen Zielen. Der Krieg, einmal begonnen, kann ja noch zu verschiedenen anderen Zwecken benutzt werden. (Auf den des Freiräumens der Waffenarsenale mittels Kriegseinsatz, um Platz für neue zu schaffen, und Erprobung neuer Waffensysteme zwecks Verkaufsförderung war bereits verwiesen worden.) Wallerstein hat zwar Recht, dass es abwegig ist, Gaddafi für einen Linken oder Antiimperialisten zu halten, und jener hatte sich in der Tat mit dem Westen arrangiert. Dennoch war Libyen nicht direktes Verfügungsgebiet der USA, der NATO oder der EU; man musste immer mit Gaddafi verhandeln, wenn man etwas von Libyen wollte. Die Landkarte der NATO, etwa hinsichtlich ihrer Kooperationsverträge mit den Staaten im Mittelmeerraum und bis zur Region des Persischen Golfes, zeigt zwei Gebiete, die ausgespart bleiben: Libyen und Syrien. Wenn beide in das westliche Machtgefüge eingeordnet sind, ist das gesamte Mittelmeer *Mare Nostrum*, unser Meer – was die Bezeichnung des Römischen Reiches für das Mittelmeer nach den Siegen über Karthago und die hellenischen Dynastien in Syrien und Makedonien war.

In Libyen wird das Problem jetzt mittels des Krieges gelöst. Der allerdings wurde längerfristig vorbereitet; britische und US-amerikanische Geheimdienste waren schon seit längerem in Libyen aktiv und haben bereits bei der Formierung der „Rebellen“ und ihrer Armee, beim Einkaufen von Politikern und Diplomaten eine Rolle gespielt. Bei genauerem Hinsehen erweist sich, dass es in Libyen zwei Aufstände gegeben hat: Zuerst die Demonstrationen junger Menschen und Angehöriger der Zivilgesellschaft in Tripolis und Bengasi mit den Forderungen nach Freiheit, Demokratie und dem Rücktritt Gaddafis. Das alles war analog den Entwicklungen in Tunesien gegen Ben Ali und in Ägypten gegen Mubarak. Dann plötzlich die Erklärung von Politikern und hohen Militärs in Bengasi, dass sie

sich von Gaddafi lossagen. Scheinbar war dies eine Reaktion auf den Befehl Gaddafis, auf die Demonstranten schießen zu lassen. Tatsächlich jedoch war es die Herstellung einer Bastion im Osten des Landes, unter Ausnutzung alter Rivalitäten zwischen Tripolitanien und der Cyrenaika. Dieser Regionalaufstand der östlichen Stämme und Bürokratie gegen Tripolis hat den ersten Aufstand überformt und erstickt. Wenn also die slowenische Zeitung *Delo* (s.o.) festgestellt hatte: „Gaddafi ist ein willkommener Feind“ und schrieb, es sei „eigentlich tragisch, dass die Libyer mit dem Aufstand gegen Alleinherrscher Gaddafi ihren arabischen Brüdern einen schlechten Dienst erwiesen haben“, so ist das offensichtlich nur die halbe Wahrheit. Die Libyer waren nicht Subjekt dieser Entscheidung, dieser Dienst war vorbereitet worden, um den sich ausweitenden Prozess der auf Revolution zielenden Umbrüche insgesamt einzufangen und zu kanalisieren.

Mitte April hatte die *Washington Post* berichtet, dass das amerikanische Außenministerium heimlich Gegner des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad finanziert hat. Das wurde berichtet unter Verweis auf vertrauliche Dokumente, die der Zeitung von der Enthüllungsplattform Wikileaks zugespielt worden waren. Danach hatte das State Department mindestens sechs Millionen Dollar an syrische Oppositionsgruppen und an den Fernsehsender Barada-TV gezahlt, der von London aus per Satellit regierungskritische Nachrichten in Syrien verbreitet. Aus den zugänglichen Wikileaks-Dokumenten ging nicht hervor, ob die finanzielle Unterstützung der syrischen Opposition andauert, schrieb die *Washington Post* vorsichtshalber (*Deutsche Welle*, 18. 04. 2011). Es wäre eigenartig und unter Geheimdienstlogik widernatürlich, sollte dies nicht der Fall sein. Syrien also wäre ein nächster Kandidat auf der Liste der genehmen Umstürze oder der der Interventionen, wenn es mit dem Umsturz nicht klappt – im Unterschied zu den ursprünglich nicht-genehmen Umstürzen in Tunesien und Ägypten. Dann wäre das *Mare Nostrum* vollendet.

Eine der Folgen des Libyen-Krieges ist allerdings, dass Russland und China im UNO-Sicherheitsrat einen zweiten derartigen Freibrief für Krieg nicht ausstellen wollten. Die Krise in Syrien sei „keine Bedrohung für den Frieden und die internationale Sicherheit“, sagte der russische stellvertretende UNO-Botschafter Alexander Pankin am 27. April 2011 in New York. Ein militärisches Eingreifen dagegen könne „zu einer echten Bedrohung für die regionale Sicherheit“ werden und einen möglichen Bürgerkrieg auslösen. Russland und China als Ständige Mitglieder des Sicherheitsrates appellierten stattdessen an Damaskus, die Krise so bald wie möglich durch Gespräche beizulegen. Der Versuch, Syrien wegen der gewaltsamen Unterdrückung von Regierungsgegnern zu verurteilen, war zuvor im UNO-Sicherheitsrat gescheitert. Auch Syriens kleiner Nachbar Libanon, derzeit der einzige arabische Staat im Sicherheitsrat, wollte einer Verurteilung Syriens nicht zustimmen (*Deutsche Welle*, 28. 04. 2011).

Die Demonstrationen in Tripolis hörten schlagartig auf, nachdem die Aktivisten in Bengasi sich öffentlich geäußert hatten und der Krieg begonnen wurde. Die Stimmung kippte offensichtlich in Richtung einer wieder angewachsenen Unterstützung für Gaddafi im Westen des Landes. Es geht bei diesem Krieg nicht nur um Öl. Hier aber geht es um Öl: Gaddafis staatseigenes Ölunternehmen kassierte für den Export den Weltmarktpreis. Das waren zuletzt regelmäßig zwischen 80 und 100 US-Dollar pro Barrel, derzeit über 100 US-Dollar. Wenn die Rebellen von Bengasi angeboten haben, dass sie die Konzessionen neu vergeben und den Firmen der westlichen Interventionsländer den Vorrang geben, so sind bei einer solchen Konstruktion 20 bis 25 US-Dollar üblich. Das heißt, die libysche Seite erhält für die gleiche Menge Erdöl ein Fünftel des früheren Erlöses. Mag sein, dass dann in Bengasi mehr Geld ankommt, als bei der früheren Verteilung der Einkünfte im Lande durch Gaddafi; in Libyen insgesamt jedoch kommt deutlich weniger an, was der regionalen Logik zufolge vor allem zu Lasten des westlichen Landesteils gehen würde. Das gilt auch bei einer etwaigen Teilung des Landes, von der jetzt in den Medien immer wieder die Rede ist. Die Unterstützung für Gaddafi in der jetzigen Phase des Krieges nur mit Gewalt und Söldnern zu erklären, greift zu

kurz. Diejenigen, die gegen die real existierende Konfiguration von Bengasi-Verwaltung und Interventionsmächten Gaddafi unterstützen, haben Gründe. Und die haben mit den ursprünglichen Gründen der Demonstranten in Tripolis wie in Bengasi nichts zu tun.

Hinzu kommt die Frage nach Bodentruppen im libyschen Krieg. Nach wie vor gilt, dass die von Bengasi aus geführten Rebellenkräfte den Gaddafi-Truppen unterlegen sind und es unwahrscheinlich ist, dass sie Tripolis erobern können, auch nicht mit Luftunterstützung der westlichen Interventionsmächte. Immer wieder forderten die Befehlshaber der Rebellenkräfte westliche Bodentruppen – was die Resolution 1973 ausschließt – oder westliche Waffenlieferungen – was Resolution 1973 ebenfalls ausschließt – oder zumindest Militärausbilder und Instruktoren. Die werden von Frankreich, Großbritannien und Italien jetzt geschickt. Der russische Außenminister Lawrow kritisierte dies als Einleitung zum Einsatz von Bodentruppen (*Deutsche Welle*, 21. 04. 2011).

Eine andere Variante ist der Einsatz von Islamisten. Nach Informationen, die der kanadische Terrorismus-Experte Michel Chossudovsky bereits Anfang April ausgewertet und ins Netz gestellt hat, ist die *Libysche Islamische Kampfgruppe* (LIFG) bereits in Libyen im Einsatz. Diese Gruppierung gilt als Ableger von al Qaida. Sie wurde Anfang der 1990er Jahre von Veteranen der aus Libyen stammenden Mudjahedin gegründet, die in Afghanistan gegen die sowjetischen Truppen gekämpft hatten. Sie waren Mitte der 1990er Jahre in Libyen aufgetaucht und hatten dort Anschläge gegen Gaddafi und sein Regime verübt, weil sie diesen als einen säkularen, unislamischen Herrscher aus dem Amt bomben wollten. Daraufhin wurden sie durch Gaddafis Sicherheitskräfte massiv bekämpft. Nach Unterlagen des US-Senats aus den 1990er Jahren waren Einheiten dieser Gruppierung auch in Bosnien und im Kosovo im Einsatz, jeweils auf der islamischen Seite und in Kooperation mit der CIA und dem britischen Secret Service, mit denen sie auch schon während des Afghanistan-Krieges kooperiert haben (*www.globalresearch.ca*, 03. 04. 2011). Die Kooperation der NATO mit islamistischen Terroristen in Libyen bestätigte auch die brasilianische Zeitung *O Estado de Sao Paulo*. Sie berichtete aus Libyen, die betreffende Organisation namens „Al-Jamaa al-Islamya al-Mokatila“ steht auf der UNO-Liste terroristischer Gruppen, als Zweig von Al-Qaida in Libyen. Bis zum 15. April habe der 41-jährige „islamische Rebellenführer“, Abdul-Manem al-Madhouni nicht nur eine Kampfeinheit kommandiert, sondern auch per Satellitentelefon Koordinaten der libyschen Streitkräfte über Bengasi an das NATO-Hauptquartier übermittelt, damit es die Bombardements leiten und planen konnte. Dann sei al-Madhouni allerdings beim Führen eines Konvois zur Front von einer Kugel tödlich getroffen worden. Zuvor sagte er der brasilianischen Zeitung: „Wir beteten an der Seite von Bin Laden in der Moschee.“ (*www.hart-brasiliertexte.de*, 19. 04. 2011)

Zwischenzeitlich sollen diese Einheiten auch im Tschetschenienkrieg gegen Russland im Einsatz gewesen sein. Nach dem 11. September 2001 standen die LIFG und die ihr Angehörigen auf der Terroristenliste. Nach Informationen aus dem arabischen Raum wurden kürzlich 5.000 von ihnen von dieser Liste gestrichen, damit sie über Ägypten nach Libyen einreisen können. Die Warnung auch in westlichen Medien davor, dass im Libyen-Krieg islamistische Kämpfer auftauchen, die später die Waffen gegen den Westen richten könnten – wie es mit den Mudjahedin bzw. Taliban in Afghanistan geschah, die auch zunächst von westlichen Geheimdiensten gepöppelt worden waren –, ist folglich nicht unbegründet. Nur ist es so, analog zum Afghanistan-Krieg gegen die Sowjetunion, dass der Westen dafür verantwortlich ist. Zugleich könnte man zynisch anmerken: wenn die jetzt nach Libyen geschafft werden, ist die NATO sie in Afghanistan los, was vielleicht die militärische Lage für die dortigen NATO-Truppen erleichtert. Und aus Feinden werden faktisch Waffenbrüder.

Gaddafi war stets ein erbitterter Gegner der Islamisten und hat sie mit allen Mitteln bekämpft. Insofern gehören zu seinen Ressourcen, über die er jetzt verfügt, auch eine faktische Unterstützung von Seiten Algeriens, das eine Stärkung des islamistischen Terrorismus in

Nordafrika als eine große Gefahr für die eigene Sicherheit ansieht, und vieler Stammesangehöriger aus dem nordafrikanischen Raum, die die westliche Intervention und die Islamisten bekämpfen. Der militärische „Nutzen“, den diese Art „Bodentruppen“ bringen kann, ist dann deutlich geringer als der Schaden, den diese Operation anrichtet.

Mit ihrem Aufbegehren und der Erkämpfung eines selbstbestimmten Weges hätte die arabische Welt zu einem wichtigen Akteur der globalen Auseinandersetzung um die weitere Entwicklung in der Welt werden können. Die Welle der Proteste barg dies tendenziell in sich. In Bezug auf die Umbrüche in der arabischen Welt ist es offensichtlich die historische Aufgabe dieses Krieges, dem einen Riegel vorzuschieben. Für die Mächte des Westens ging es zugleich darum, die Dominanz, die Europa gegenüber der arabischen Welt seit Jahrhunderten ausgeübt hatte, wiederherzustellen. Das ist nicht nur eine Frage von Eigentumstiteln und von Geopolitik, sondern auch eine geistige und mentale Frage. Wenn man dieses Gefühl der Überlegenheit gegenüber China und Indien schon verliert, will man es wenigstens vor der Haustür noch verspüren.

Der bereits zitierte chinesische Analytiker Zhao Kejin (Universität Tsinghua) sieht in Verbindung mit dem Libyen-Krieg langfristig die Tendenz, dass die arabische Welt in drei Teile zerfällt: einige Länder wenden sich Afrika zu, andere dem Iran und die dritten dem Westen. Das werde langfristig „den Einfluss der arabischen Welt auf seine eigenen regionalen Belange“ weiter verringern. (*China Daily*, 20. 04. 2011) Und China ist mit den BRICS-Staaten verbunden, agiert in der Schanghai-Organisation wie in der UNO, festigt seine Positionen in der Golfregion und in Zentralasien und wartet darauf, dass dem Westen das Geld für weitere Kriege ausgeht. Das könnte zumindest eine Schlussfolgerung aus diesem chinesischen Befund sein. Dessen Pointe jedoch wäre, dass die arabische Welt auch weiterhin eher Objekt, nicht Subjekt der internationalen Politik ist.

Die von Kejin im Ergebnis des Libyen-Krieges erwartete Dreiteilung innerhalb der arabischen Welt ist so neu aber nicht. Was dahinter steht ist vielmehr, dass die arabischen Staaten offenkundig vor der Frage stehen, den im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und unter aktiver britischer Mitwirkung entstandenen Mechanismus „Arabische Liga“ entweder einschlafen zu lassen – aufgrund der immer divergierenderen Entwicklungen und mithin Interessen zwischen den einzelnen Staaten – oder ihn insofern neu zu beleben, dass ein regionaler Verbund entsteht, der ausdrücklich auch die Regionalmächte Türkei und Iran einbezieht. Das war auf einem Gipfeltreffen der Arabischen Liga im März 2010 angedacht worden – das ausgerechnet in Sirte (Libyen) stattgefunden hatte und dessen Gastgeber Gaddafi war. Der türkische Ministerpräsident Erdogan hatte dort teilgenommen und betont, die Staaten der Region sollten ihre Interessen gemeinsam verteidigen. Ein solcher Verbund müsste allerdings auch Israel einbeziehen und könnte Kompatibilität mit der EU herstellen und damit für beide Seiten einen Entwicklungsschub geben. Das objektive Potential dafür bestünde; allerdings bedürfte es dazu nicht nur eines „auf Augenhöhe“ orientierten europäischen Herangehens, sondern auch eines Friedens im Nahen und Mittleren Osten, der nicht auf die Erdrosselung der Revolution im Namen der Revolution setzt.

## Globale Neuverteilung der Macht im 21. Jahrhundert

Über die internationalen Beziehungen, über Macht und Einfluss im 21. Jahrhundert zu reden heißt, auch die Folgen der Weltwirtschaftskrise im Blick zu behalten. Sie ist nicht vorüber, wie von Seiten der Regierenden immer wieder behauptet wird. Gewiß, in einem engen Verständnis der Interpretation von Wirtschaftsdaten scheint die Krise vorbei, wenn die Auftragsbücher wieder gefüllt sind und die Auslastung der Industrie steigt. Tatsächlich jedoch scheint die tiefste Krise der Weltwirtschaft seit 1929, die 2008 begonnen hatte, nur einen neuen Anlauf zu nehmen.

Die Akkumulation von Kapital führt zu einem „Überfluss“ an Kapital und einem „Überfluss“ an Bevölkerung. Darauf hatte Karl Marx bereits im vorvorigen Jahrhundert hingewiesen. Die überflüssige Bevölkerung ist die, die zur Kapitalverwertung mehr oder weniger dauerhaft nicht mehr herangezogen werden kann. Damit befasst sich dann der Staat, in Deutschland derzeit mit „Hartz IV“-Regimen. Anderenorts gibt es zuweilen Generalstreiks, Betriebsbesetzungen und Emeuten, die entweder niedergeschlagen oder ausverhandelt werden, je nach Bewaffnungsgrad der Staatsmacht und Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Staat auf der einen und kujonierter Bevölkerung, ausgebeuteten Arbeitsleuten und hungernder Dorfarmut auf der anderen Seite. Geht die Krise tief genug, kann es auch tiefgreifende Einschnitte auf der Kapitaleseite geben, wie vor zehn Jahren in Argentinien.

Die weltweite Finanzkrise der vergangenen Jahre galt als „systembedrohend“, das heißt alle Entscheidungsträger gingen davon aus, dass der „Überfluss“ an akkumuliertem Kapital in der Finanzsphäre zu einem tiefen wirtschaftlichen Einbruch führen würde, damit zu wachsender Arbeitslosigkeit, Steuerausfällen und politischen Unruhen. Die Politiker und ihre Berater schauten in die Geschichtsbücher, sahen die deutschen Nazis auf der einen und Hungerrevolten in den gloriosen USA auf der anderen Seite, und schnürten „Rettungspakete“. Die Kosten wurden in die öffentlichen Haushalte eingestellt.

Doch jetzt haben wir es mit zusammenbrechenden Staatshaushalten zu tun; erst einmal kleinerer: Island, dann Griechenland als ein erstes Land der Eurozone, Irland und nun Portugal. Dann fallen die Blicke auf Spanien und Italien. Hier müssen die Folgen der bisherigen Krisenbearbeitung der Herrschenden erneut in den Blick genommen werden. Schauen wir noch einmal auf Marx und die Krisentheorie: Die Krise hat innerhalb des Krisenzyklus‘ der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung die Funktion, das überschüssige Kapital brachzulegen, nach Möglichkeit zu vernichten. Anders kann ein neuer Aufschwung nicht kommen. Zur Beschreibung einer solchen Krise heißt es dann, dass sie zunächst als Kreditkrise und Geldkrise aufbricht. Die Geldspekulation – im 19. Jahrhundert in Gestalt von Wechseln, heute von phantasievollen „Finanzprodukten“ – mündet in eine große Masse von Schwindelgeschäften, die jetzt offen zu Tage treten und platzen und auf die wirklichen Käufe und Verkäufe – heute sagt man: in der „Realwirtschaft“ – negativ zurückwirken. „Das ganze künstliche System gewaltsamer Ausdehnung des Reproduktionsprozesses kann natürlich nicht dadurch kuriert werden, dass nun etwa eine Bank, z.B. die Bank von England, in ihrem Papier allen Schwindlern das fehlende Kapital gibt und die sämtlichen entwerteten Waren zu ihren alten Nominalwerten kauft.“ (*Karl Marx, Kapital Bd. 3, MEW 25, S. 507.*)

Mit der „Bankenrettung“ der vergangenen drei Jahre ist aber genau das getan worden. Die „systemisch“ wichtigen Banken (nicht alle Banken) wurden gerettet, indem sie ihr überflüssiges Spekulationskapital nicht abwerten und ausbuchen mussten. Auch bei der Griechenland- bzw. Irland-Debatte und jetzigen Portugal-Debatte geht es in Deutschland zuvörderst darum, dass die deutschen Banken, die in Massen griechische usw. Staatsanleihen gekauft und gut daran verdient hatten, diese nicht abwerten müssen, was sie bei einer Umschuldung – wie im Falle Argentinien – tun müssten. Dann drohe eine neue Bankenkrise, und die Bundesregierung müsste dann ohnehin „helfen“, hieß es, mit einer neuen „Bankenrettung“, und die würde noch teurer. (Das Gerede, die Banken an kommenden



Staatsbankrotten zu beteiligen, hatte wohl eher eine Alibi-Funktion.) Das Ergebnis ist, dass das Geldvermögen nicht abgewertet werden musste. Das globale Geldvermögen lag vor etwa dreißig Jahren nur wenig höher, als das globale Bruttosozialprodukt; es betrug rund zwölf Billionen Dollar im Vergleich zu etwa zehn. Heute ist es viermal höher: 200 zu 50 Billionen Dollar. Um einen Realzins von einem Prozent auf das globale Geldvermögen zu zahlen, müssten vier Prozent des globalen Wirtschaftswachstums in die Taschen von Gläubigern umverteilt werden. Die Regierenden haben, anders als nach 1929, in der Krise politisch reagiert und den Zusammenbruch des Finanzsystems verhindert. Das Hauptergebnis aber ist, dass sie die Entwertung überschüssigen Kapitals verhindert bzw. im Gegenteil fiktives Kapital, das durch Kredite auf Kredite vervielfacht wurde, mit der Bankensanierung in Realkapital verwandelt haben. Wäre die Krise „normal“ verlaufen, wäre aus der „Blase“ die heiße Luft entwichen, einschließlich der Vernichtung von Anlagen der Geldvermögensbesitzer. So aber wurde durch die Regierenden die Blase zum Teil mit Substanz gefüllt, und die Steuerzahler haben zuvor fiktive Ansprüche nun als reale Schulden zu bezahlen. Nachdem die Banken und Finanzgefüge sich wieder berappelt haben, streben sie aggressiv nach neuen Opfern. Sie beißen in die Hände, die sie vor kurzem noch gefüttert haben. Nachdem bei den überschuldeten Häuslebauern in den USA nichts mehr zu holen ist, wendet sich die Großspekulation den als schwach angesehenen Ländern der EU zu.

Die Kriege des Westens und die Auseinandersetzungen zwischen den Staaten des Westens sind vom derzeitigen Zustand der westlichen Gesellschaften nicht zu trennen. Aufschlüsse unter einer deutschen Perspektive bietet der Bericht, den Sozialwissenschaftler unter der Federführung Wilhelm Heitmeyers Ende 2010 vorgelegt haben (*Deutsche Zustände. Folge 9, Berlin: Suhrkamp Verlag 2010*). Das ist eine Langzeitstudie, deren Befunde seit 2002 in Folgen – daher jetzt *Folge 9* – vorgelegt werden. Diese hat die Krisenprozesse seit 2008 zum Hintergrund. Heitmeyer unterscheidet vier Stadien: (1) die *Finanzkrise* seit 2008, in der die Frage nach den Risiken des vorherrschenden Systems gestellt war; (2) die *Wirtschaftskrise*, die die arbeitende Bevölkerung und die von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und prekären Arbeitsverhältnissen Betroffenen zu denen machte, die die Folgen der Risikologiken dieses Systems zu tragen hatten; (3) die *Fiskalkrise* mit ihren weitreichenden Folgen für die öffentlichen und vor allem kommunalen Haushalte, durch die die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise vollends auf die sozial Schwachen abgewälzt wurden – mit weitreichenden Reduzierungen der sozialen Leistungen; (4) die *Gesellschaftskrise*, in der die ökonomischen Probleme auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt durchschlagen. Die Stadien bilden auch eine Abfolge, in der die vorhergehende die jeweils nächste Krise zur Folge hatte und schrittweise immer größere Teile der Gesellschaft erfasste. Von hier ist es dann kein weiter Weg mehr zu einer Krise des politischen Systems.

Die politisch Verantwortlichen haben angesichts konjunktureller Erholung die Wirtschaftskrise 2010 für beendet erklärt. Die Fiskalkrise und die Gesellschaftskrise – deren Indikatoren die anomischen Befunde der Entsolidarisierung sind – halten jedoch an. Wie es mit den Folgen für das politische System ist, wird sich zeigen müssen. Die Studie identifiziert Befunde gesellschaftlicher Desintegration, der Auflösung der Regeln des Zusammenlebens, der Zunahme von Gewalt gegen andere und sich selbst. Damit nehmen die Konflikte in der Gesellschaft zu und deren Regelungsfähigkeit nimmt ab. Natürlich besteht kein linearer Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Makroebene und individuellem Verhalten; doch massenhafte Veränderung des Verhaltens führt zu einer Änderung der Verhältnisse. Die Frage ist nur: Wohin? Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit, zunehmende Gewaltbereitschaft, Abwertung von Obdach- und Arbeitslosen, Verachtung sozial Schwächerer, dekadente „Eliten“, Klassenkampf von oben, schließlich beabsichtigte soziale Desintegration und Entsolidarisierung sind die Folgen. Das Ergebnis ist – hier bezieht sich Heitmeyer auf den Soziologen Claus Offe – eine „schleichende Verrottung des demokratischen Systems“. Das ist

allerdings nicht mehr nur ein Befund der „Deutschen Zustände“, sondern der real existierenden kapitalistischen Gesellschaften des Westens.

Die imperialistischen Kriege des 21. Jahrhunderts sind Teil dieser „Verrottung“. Eine „prinzipielle Friedensfähigkeit“ des Kapitalismus gibt es ebenso wenig, wie einen linearen Zwang zum Krieg. Es gibt einen historischen und systemischen Zusammenhang von Kapitalismus, Krise und Krieg. Aber Kriege werden immer gemacht. Dann kann den Kriegstreibern auch in den Arm gefallen werden. Das ist die Aufgabe der Friedensbewegung, aller friedliebenden Menschen. Es hängt jedoch immer vom politischen Kräfteverhältnis ab, und zwar in jedem einzelnen Land.

Bei aller Bedeutung nichtstaatlicher Akteure auch in den Internationalen Beziehungen einerseits und der Privatisierung der Gewalt, wie von den USA etwa in Irak praktiziert, andererseits, in der Frage „Krieg – Frieden“ sind die Staaten auch im 21. Jahrhundert die zentralen Akteure und spielen Organisationen der Staaten – wie UNO, NATO, Shanghai-Organisation, G 20, Arabische Liga und Afrikanische Union – eine herausragende Rolle. Insofern kommt ihrem Agieren dabei, ob denn nun ein konkreter Krieg angezettelt und geführt wird, oder nicht, eine zentrale Rolle zu. International agierende Großfirmen, Ölindustrie, Großbanken, ideologische Anstalten und selbsternannte oder medienernannte Vordenker, wie der französische Philosoph Bernard Henri Lévy, der für sich in Anspruch nahm, erst Sarkozy den Libyen-Krieg aufgeschwätzt und dann die libyschen Stämme gegen Gaddafi geeint zu haben, (*Deutsche Welle*, 27. 04. 2011, meldete, Lévy hätte in Paris ein Dokument vorgestellt, demzufolge sich 61 Stämme von Gaddafi losgelöst hätten und „ein geeintes, freies und demokratisches Libyen ohne Gaddafi“ herbeisehnten. Von dem Ruf: „Frankreich, wir danken dir!“ war noch nicht die Rede.) – all diese Akteure spielen immer nur eine einwirkende Rolle. Erst wenn die politische Führung eines Landes, das über die militärischen Kapazitäten dazu verfügt, den Schritt zum Krieg entschieden hat, findet er statt.

Das ist auch für friedenspolitisch orientierte bzw. linke, kritische Analyse von internationaler bzw. Außenpolitik eine zentrale Frage. Wenn Krieg „die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist“ (Clausewitz), dann ist die Politik, die in den Krieg führt, und die, die aus ihm folgt, mit besonderer Sorgfalt zu analysieren. Im Geflecht der Ursachen der Kriege und der in ihm wirkenden Interessen kommt den ökonomischen Ursachen regelmäßig eine wesentliche Bedeutung zu. Das wird in der bürgerlichen Mainstream-Wissenschaft auch heute meist besonders eifrig zu vertuschen versucht und in der marxistischen Tradition besonders betont. Tatsächlich jedoch ist, wie Friedrich Engels betonte, das Ökonomische stets lediglich „das in letzter Instanz Entscheidende“ (*MEW 37, S. 489*), das durch politische, ideologische, geistige und kulturelle Faktoren beeinflusst und vermittelt wird. Hinzu kommt der Faktor der Perzeption: nicht wie die Lage wirklich ist, sondern wie sie von den politischen Entscheidungsträgern, ihren Analytikern, Diplomaten, Militärs und Geheimdienstlern eingeschätzt wird, und in welchem Maße diese Entscheidungsträger in der Lage sind, mit ihrem Kenntnisstand, ihren Erfahrungen, ihrer weltanschaulichen, religiösen und intellektuellen Ausstattung, ihren Vorurteilen, ihren Sympathien und Antipathien diese Informationen und Einschätzungen zu verarbeiten, stellt die Grundlage der politischen Entscheidung dar. Und das wiegt bei der Entscheidung „Krieg – Frieden“ wesentlich schwerer, als wenn es um Rentenpunkte, Schulpolitik oder die Mehrwertsteuer geht. Im Atomzeitalter kann eine solche Fehlentscheidung auch in das Inferno eines thermonuklearen Weltkrieges führen. Diese Gefahr ist nach dem Ende des kalten Krieges nicht verschwunden, sie ist nur nicht mehr so präsent im öffentlichen Bewusstsein.

Die Analytiker und Planer der westlichen Außenpolitik denken in erheblichem Maße auch weiterhin geostrategisch. Aus französischer Sicht geht es bei der Mittelmeerpolitik nicht nur um Zugang zu Rohstoffen und Märkten sowie die Kontrolle der Flüchtlingsströme aus Afrika, sondern auch um die „Kontrolle der Gegenküste“, um das *Mare Nostrum* zu gewährleisten. Dabei hat sich Frankreich stets als Vorkämpfer der Interessen der EU verstanden. Diese Sichtweise teilte Spanien zum Teil und Italien eher halbherzig. Frankreich suchte die Unterstützung Deutschlands, das diese hinsichtlich der „Mittelmeerunion“ politisch-diplomatisch zusagte, aber nicht wirklich gab. (Deutsche Interessen liegen im Welthandel und geographisch besonders im Osten Europas; der Mittelmeerraum spielt da nur eine untergeordnete Rolle.) In diesem Sinne sollte unter französischer Perspektive der Libyen-Krieg Ausdruck der Fähigkeit sein, dass die EU – vertreten durch Frankreich, Großbritannien und andere EU-Staaten – einen solchen Krieg in seinem Umfeld, in seinem unmittelbaren Interessengebiet selbständig, ohne die USA oder zumindest ohne deren Führung führen kann. Wenn der Jugoslawienkrieg (1999) aus Sicht des damaligen französischen Präsidenten, Jacques Chirac, die Folgerung nahelegte, dass die EU für die Durchsetzung ihrer Interessen in ihrem Umfeld auch entsprechender militärischer Fähigkeiten bedarf, so sollte der Libyen-Krieg u.a. dies beweisen. Dabei störte am Ende nur, dass Deutschland sich dem verweigerte, während Großbritannien um so mutwilliger mitmachte.

Die USA betonten auch jetzt wieder die Rolle der NATO. Die Obama-Administration war nicht Vorreiterin dieses Krieges; nachdem der angezettelt war, machte sie jedoch mit und verlangte dessen Anbindung an die NATO. Die USA werden am Ende auf einem eigenen Stützpunkt in Libyen bestehen, so wie sie ihn mit Wheelus bei der Machtübernahme Gaddafis verloren hatten. Dorthin könnte dann gegebenenfalls auch das US-Führungskommando für Einsätze in Afrika (AFRICOM) verlegt werden, das seit seiner Schaffung vor vier Jahren mit großer deutscher Zustimmung in Stuttgart residiert; USA-seitig wäre man näher dran am Ort der Begierden und könnte es sich in der Wüstenumgebung relativ sicher einrichten. Das wäre dann wie in Irak nach dem sogenannten Abzug der USA: Es bleiben US-Stützpunkte und eine relevante Anzahl von Truppen auf diesen, und dann können die Araber im Rest des Landes Demokratie spielen. Hier hätte das zudem den Charme, dass dieser Stützpunkt mitten in der Gegenküste liegt, die die konkurrierende EU so gern kontrollieren möchte. Die Übernahme der Koordinierung der Angriffe durch die NATO erschien auch aus der Sicht anderer Mächte günstiger als das trilaterale Bomben Frankreichs, Großbritanniens und der USA; so saßen u.a. Deutschland und die Türkei, die diesen Krieg eigentlich nicht wollten, mit am Tisch. Insofern zeigten die Auslösung des Krieges, die Art und Weise des Kriegsbeginns und der anfängliche Streit um die Führung des Einsatzes eine offensichtliche Konkurrenz, und zwar sowohl zwischen verschiedenen europäischen Akteuren, auch innerhalb der EU, als auch zwischen der EU und den USA. Es war nicht nur eine Frage des Prestiges im Streit zwischen Frankreich und den USA, sondern auch Ausdruck dessen, dass es sich bei der EU und den USA um konkurrierende Imperien handelt.

Der in den USA arbeitende und aus Indien stammende Historiker Parag Khanna kommt in seiner Analyse zur Rolle der Imperien und ihres Einflusses in der Welt von heute zu der Folgerung, dass es in der Gegenwart drei Imperien gibt: die USA, die EU und China. Zwischen diesen findet ein beständiger, mal offener, mal verdeckter Kampf statt, der vor allem in der „zweiten Welt“ ausgetragen wird. Dazu zählt er die Mehrheit der Länder in Osteuropa, Zentralasien, Lateinamerika, im Nahen Osten und in Ostasien, die das Entwicklungsniveau, die militärische Macht und die Größe der drei Imperien nicht teilen, aber auch nicht die Armut der „Dritten Welt“. Der Kampf um die Zukunft wird zwischen den drei Imperien entschieden. (*Parag Khanna: Der Kampf um die Zweite Welt. Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung, Berlin Verlag 2008.*) Unter solch einer Perspektive ist der Nahe und Mittlere Osten ein wesentlicher Austragungsort dieser Auseinandersetzung. Zugleich ist Libyen bzw. Nordafrika Teil Afrikas. Es gibt also auch einen Bezug zu den Auseinander-

setzungen um Rohstoffe, Märkte und Einflussphären in Afrika – in Sudan zum Beispiel sind auch China und Indien an diesen Konkurrenzen beteiligt.

Hinzu kommt die Eigenlogik des Militärischen bzw. des Krieges. Man kann ihn rasch beginnen, weiß dann aber oft nicht, wie man aus ihm wieder herauskommt. Jeder Krieg trägt die Eskalation in sich. Man beginnt einen wunderbaren, in der Planung siegreichen Blitzkrieg, wie Deutschland unter Befehl Hitlers gegen die Sowjetunion 1941, und bleibt plötzlich vor Moskau in Morast und Schneetreiben stecken. Diese Gefahr besteht in Libyen nicht. Aber auch dort scheint der Blitzkrieg bereits verloren. Es bleibt der Ermattungskrieg.

Wer ermattet zuerst? Nach sechs Wochen Bombardierung ist Gaddafis Armee noch immer in der Lage, sich zu wehren. Dreißig Prozent ihrer militärischen Kapazität sind vernichtet, heißt es. Das bedeutet: siebzig Prozent hat sie noch. Die sogenannten Rebellen, die von Spezialkräften zunächst Großbritanniens und der USA, dann auch Frankreichs und Italiens formiert und unterwiesen werden, können den Bürgerkrieg mit eigenen Kräften nicht gewinnen. Gefordert wird, es soll noch mehr bombardiert werden. Und dann braucht man doch noch Bodentruppen, um die Sache für sich zu entscheiden? Das wäre die Eskalation, die Westermächte gerade vermeiden will, von der er redete, als er die Ablehnung Deutschlands im UNO-Sicherheitsrat begründete. Oder ermattet der Rüstungshaushalt der USA? Zwei vergebliche Kriege, in Irak und Afghanistan, werden gerade abgewickelt. Der Afghankrieg allein kostet die USA 100 Milliarden Dollar jährlich. Wissen die fünfzig Millionen armen USA-Bürger, denen die Republikaner aus Gründen der Budgetsanierung gerade die Krankenversicherung wegnehmen wollen, dass da am Hindukusch ihre Interessen verteidigt werden? Was sollten die USA da jetzt auch noch in Libyen? Noch einen Krieg in der arabischen bzw. muslimischen Welt? Oder ermattet die öffentliche Zustimmung in Frankreich, nachdem sich erweist, dass der großsprecherische Präsident zwar einen Krieg zu beginnen wusste, nicht aber, wie er beendet werden könnte. Viele Fragen, aber wenig Antworten.

Die Menschen in Libyen fühlen sich verraten von Europa und besonders von Italien. Nach den „gezielten Bombardierungen“ der NATO im Land herrsche Entsetzen, sagte im Gespräch mit *Vatikanradio* Bischof Giovanni Innocenzo Martinelli, apostolischer Vikar in Tripolis und selbst Italiener. „Es ist ein Widerspruch, dass Italien sich an den NATO-Kriegseinsätzen in Libyen beteiligt. Das libysche Volk und die Menschen, die ich traf, fühlen sich verraten: verraten in einer Freundschaft, in einer langen Zusammenarbeit zwischen Italien und Libyen. Den Leuten ist unverständlich, dass da nun ‚gezielt‘ Bomben abgeworfen werden sollen. Was heißt ‚gezielt‘? Worauf zielen sie?“

In der Nacht zum 28. 04. 2011 ist es zu einem Bombenabwurf in der Nähe seiner Residenz gekommen, berichtete Martinelli. „Es ist verrückt zu denken, man könne eine Stadt bombardieren und dabei keine zivilen Opfer haben“, so der Bischof wörtlich. Er registriert aber auch mehr und mehr Bemühungen, den Konflikt in und mit Libyen auf dem Verhandlungsweg zu lösen.

„Doch, Hoffnungszeichen gibt es,“ sagte er weiter zu *Vatikanradio*. „Mehr und mehr Länder haben sich gegen den Krieg ausgesprochen. Ich weiß nicht, warum das kaum in den Nachrichten vorkommt. In die Nachrichten schaffen es jene Staaten, die in den Krieg ziehen. Aber einzelne Länder wollen an einem Dialog arbeiten. Das ist, denke ich, der richtige Weg. Die Anwendung von Gewalt führt zu nichts.“

([www.hart-brasiliertexte.de](http://www.hart-brasiliertexte.de), 28. 04. 2011)

Die Entwicklung des Militäreinsatzes zeigt, dass die Logik des Bombens ihre eigene Fortsetzung und Eskalation zeugt, weil: man will ja siegen. Da setzt man sich auch mal eben über Geist und Buchstaben der Resolution des UNO-Sicherheitsrates hinweg und greift direkt in die Kämpfe ein, indem man doch taktisch bombt gegen die Truppen Gaddafi und die

„Rebellen“ aufrüstet. Aber auch hier kann man die Eskalation nicht unendlich weitertreiben, ohne dass der Vorgang Libyen-Krieg im Sicherheitsrat zur Wiedervorlage kommt. Und wie China und Russland die Dinge jetzt sehen, haben sie mit ihrer Blockierung einer Resolution zu Syrien gezeigt. Gaddafi hat bereits gewonnen, wenn er noch da ist. Die westlichen Interventionsmächte müssen ihn weg haben, wenn sie so etwas wie einen Erfolg ihres kriegerischen Treibens vorweisen wollen. Das erreichen sie aber auf die bisherige Weise nicht. Die Langmut der Öffentlichkeit und der Steuerzahler im Westen aber ist begrenzt: es soll schnell gehen, der Ermattungskrieg schadet der Idee der Kriegsführung selbst; es soll möglichst wenig kosten und den eigenen Staatshaushalt nicht belasten, was durch die Verlängerung des Krieges um so fragwürdiger wird, je länger es dauert; es soll Frauen, Kinder und Greise, die Zivilbevölkerung nicht behelligen, sondern nur den „Diktator“, der in der Mediendarstellung im Westen um so bösser und monströser wird, je mehr der Krieg sich in die Länge zieht. Und die Unterdrückung der tatsächlichen Informationen über die Folgen des Bombens in Libyen hat „gute Gründe“, jeder tote Zivilist spricht gegen den Krieg an sich und damit gegen diejenigen, die ihn herbeigeführt haben und jetzt führen.

Frankreich, Großbritannien und die USA hatten sich darauf verständigt, diesen Krieg in Libyen zu führen. Die Arabische Liga und der UNO-Sicherheitsrat haben rechtliche Voraussetzungen geschaffen, diesen legitimieren zu können. Das war für die Obama-Administration wichtig. Sie wollte nicht wie Bush II als das Völkerrecht brechender Interventionist dazustehen. Der liberale Imperialismus interveniert nicht frech über das Völkerrecht hinweg oder offensichtlich für Öl, sondern nur für das Gute in der Welt, für Demokratie und Menschenrechte vor allem. Das macht es dem liberalen Imperialismus im Unterschied zum rechten Imperialismus der USA einerseits schwerer – er muss mehr diplomatisch arbeiten, seine Schritte geschickter und mit mehr intellektuellem Aufwand ideologisch und politisch vorbereiten – und andererseits leichter, einen Krieg zu führen – dem plumpen und vielfach einfältig erscheinenden Bush sah man die Frechheit und die Lüge beim Kriegszetteln schon von weitem an, was im Ausland regelmäßig Massendemonstrationen gegen ihn zur Folge hatte, wenn er irgendwo auftauchte, während der nette, charmante und kluge Obama den Eindruck zu erwecken versteht, als ginge es tatsächlich um Freiheit und Menschenrechte, und viele linksliberale, das Gute in der Welt wollende Menschen in der Welt nehmen ihm das ab. Insofern hat es auch die Kritik an dieser Politik schwerer, weil sie erst die ideologische Umhüllung durchdringen muss.

Damit ist der liberale Imperialismus aber nicht besser, er ist nur anders als der rechte. Wahlkampf hatte Obama auch damit geführt, dass er die extra-legalen Formen der Kriegsführung abschaffen wolle: keine Entführung vermeintlicher Terroristen mehr irgendwo in der Welt und deren Verfrachten zum Auftragsfoltern in Drittländer, die in der Regel unter einer autoritären Herrschaft stehen; Schließung des Sondergefängnisses in Guantanamo und Überstellung der dort Inhaftierten zu ordentlichen Gerichten mit Beweisaufnahme, rechtsförmiger Anklage und Verteidigungsrecht usw. Guantanamo gibt es aber immer noch. Das mit der Überstellung erwies sich als langwierig und kompliziert. Inzwischen hat Präsident Obama den Befehl zum Einsatz von Drohnen (unbemannten bewaffneten Flugkörpern) gegen Personen gegeben, die angeblich Terroristen bzw. Befehlshaber von Terroristen sind. Das geschah zunächst in Pakistan, Afghanistan und Jemen. Im Libyen-Krieg sollte dann auch Gaddafi auf diesem Wege liquidiert werden. Ein solcher Drohneneinsatz – wenn er denn sein Ziel erreicht; Gaddafi hält auch Ende April noch urbi et orbi Fernsehansprachen – ist die Anweisung zum Mord von Staats wegen, unter Auslassung aller Formen von Rechtsstaatlichkeit: der Ermordete ist dann tot, ohne dass er auch nur den Hauch einer Chance hatte, vor Gericht seine Unschuld zu beweisen oder die Anklage die Verpflichtung, den Nachweis seiner Schuld zu führen.

Der bereits zitierte Parag Khanna will dem nun einen theoretischen Unterbau geben. Sein zweites Buch, das den Titel trägt: „Wie man die Welt regiert. Eine neue Diplomatie in Zeiten

der Verunsicherung“, ist gerade erschienen. Zu der Frage nach der militärischen Intervention in Nordafrika sagte er in einem Interview, sie sei „nützlich“. Man müsse sich allerdings „die Länder im Einzelnen ansehen. Diese Länder im Nahen Osten und in Nordafrika sind sehr unterschiedlich. Es sind ganz unterschiedliche Staatsformen. Da sind die Diktaturen wie die Gaddafis in Libyen, aber es gibt auch Theokratien, die sich auf Mohammed selbst berufen. In jedem Fall muss man anders entscheiden. Das ist nicht der Warschauer Pakt. Gaddafi? Ehrlich gesagt, ich hätte ihn vor einem Monat ermordet.“ Er sei „sehr für Attentate gegen Terroristen, gegen vom Internationalen Kriegsgericht verurteilte Kriegsverbrecher und ich bin für Tyrannenmord. Ich blicke auf unsere Probleme nicht mit religiösen Gefühlen. Ich mache eine pragmatische Kosten-Nutzen-Analyse. Im Buch sage ich: Die Entmachtung schlechter Regierungschefs – ihre gewaltsame Absetzung –, ohne dabei moralisch integre Menschen zu schädigen, ist der Schlüssel zu einer besseren Regierungsführung in vielen Gesellschaften.“ (*Berliner Zeitung*, 02./03. 04. 2011) Bereits das „man“ im Titel des Buches ist irreführend, richtig müsste es heißen: wir, die USA. „Terroristen, gegen vom Internationalen Kriegsgericht verurteilte Kriegsverbrecher“ und „Tyrannen“ in einem Atemzug zu nennen, ist ein Taschenspielertrick. Vom Internationalen Strafgerichtshof verurteilte Kriegsverbrecher muss man nicht mehr zum Zwecke des guten Regierens per Mord beseitigen, weil die ja, wenn sie vor Gericht stehen, nicht mehr regieren. Und wenn sie vor Gericht gestanden haben, rechtmäßig verurteilt wurden und in der Zelle sitzen, sind sie rechtskräftig verurteilte Häftlinge. Deren Ermordung jenseits ihres Urteils hingegen wäre eine Unrechtstat, die jeder Rechtsstaatlichkeit Hohn spricht. Nehmen wir einmal an, das sei nur so dahergesagt. Dann bleiben immer noch die „Terroristen“ und die „Tyrannen“, die zum Abschuss freigegeben sein sollen. Wer das ist, stellt dann aber kein Gericht mehr fest, sondern Parag Khanna, Barack Obama oder der jeweilige CIA-Agent, der das schließlich ausführt oder ausführen lässt. Es ist wie beim Einsatz von Drohnen: die Anweisung zum Mord von Staats wegen, das Gegenteil von Rechtsstaatlichkeit. Das ist die Abschaffung von Freiheit und Menschenrechten im Namen der Freiheit und der Menschenrechte.

Dies ist denn also die Pointe des liberalen Imperialismus: Die Welt würde noch unberechenbarer, als sie es zuvor schon war, weil – folgte Obama den Vorschlägen von Khanna – an die Stelle von „Demokratisierung“ und „Regime Change“ mittels brutalem Militärüberfall in aller Öffentlichkeit, wie bei Bush II gegen Irak, der staatlich, aber klandestin angeordnete und durchgeführte Meuchelmord tritt. Während man zunächst vermuten konnte, dass der drohende Staatsbankrott der USA ein Verbündeter des Friedens ist, weil er die dortige Führung zwingt, auch die Rüstungs- und Kriegsausgaben zu reduzieren, Aufrüstungsprogramme zu streichen und vielleicht ein paar der über 700 Militärstützpunkte in aller Welt zu schließen, so zeigt sich bei näherem Hinsehen, dass auch dadurch die Welt nicht friedlicher wird. Statt der Kampfflugzeuge und der Marschflugkörper will „man“ unbemannte Drohnen und Meuchelmörder schicken, weil sie preiswerter sind.

Aber auch das ändert nichts daran, dass die USA nicht mehr die „unilaterale Supermacht“ sind, wie viele Politiker, Politikwissenschaftler und Publizisten auch hierzulande nach 1991 dem staunenden Publikum weismachen wollten. Die Frage aber, ob denn nun China als Super-Supermacht an die Stelle der USA tritt, wie sie viele dieser Analytiker und Medienexperten im Westen nun gern suggestiv stellen, ist falsch gestellt. An die Stelle der Bipolarität, wie sie bis 1991 bestand, tritt nach einer kurzen Phase mehr gefühlter als tatsächlicher Unipolarität der USA, die spätestens mit dem Fiasko im Irak-Krieg beendet war, ein „Konzert der Mächte“, in dem mehrere mächtige Zentren weltweit um Macht und Einfluss bzw. global um eine Neuverteilung der Macht ringen. Im Untergrund dieser Veränderung, in den Tiefenschichten der Weltgeschichte vollzieht sich die gleichsam tektonische Verschiebung des weltwirtschaftlichen Schwerpunkts vom nordatlantischen Raum, d.h. von Westeuropa und den USA, wo er etwa zweihundert Jahre lang lag, nach Asien, wo er bis

dahin seit mindestens zweitausend Jahren immer gelegen hatte. Hier spielen China und Indien eine zentrale und zwar globale Rolle, aber auch weiterhin Japan, die ASEAN-Staaten und „mittlere“, regional bedeutsame Wirtschafts- und Militärmächte wie Pakistan, Vietnam und Indonesien. Die USA sind nach wie vor die für sich genommen größte Volkswirtschaft der Welt und sie verfügen über die unstreitig mächtigste Militärmaschinerie, aber weder die eine noch die andere versetzt sie in die Lage, der Welt nach Belieben ihren Willen aufzwingen zu können. Obama und seinen Nachfolgern ist von der herrschenden „Elite“ der USA die historische Aufgabe gestellt, diesen „Rückbau“ so zu managen, dass die Interessen der USA unter den unumkehrbar sich verschlechternden Bedingungen so weit wie möglich umgesetzt bzw. durchgesetzt werden können. Europa, die EU ist ebenfalls von diesem historischen Abstieg betroffen. Vergleicht man die Lage heute mit der vor dem ersten Weltkrieg, da Europa nahezu die ganze Welt beherrschte, so ist das noch offensichtlicher, als im Falle der USA. Allerdings ist die EU nach wie vor – oder nach dem Ende des Realsozialismus und ihrer Osterweiterung um so mehr – als Handelsföderation ein weltweit einflussreicher Faktor.

Darüber erhebt sich eine Schicht militär-strategischer Faktoren. Das militärische Gleichgewicht, das „Gleichgewicht des Schreckens“ oder „atomare Patt“, wie es im kalten Krieg hieß, ist nicht verschwunden. Die USA haben zwar das größte militärische Potential der Welt. Doch auch Russland verfügt offenbar weiter über ein nuklear-strategisches Potential, das Zweitschlagskapazität hat. So nannte man während der Bipolarität zwischen den USA und der Sowjetunion bzw. NATO und Warschauer Pakt die Fähigkeit einer der Seiten, wenn sie mit Atomwaffen angegriffen wird, auch nach dem Ersteinsatz durch die angreifende Seite dieser mit ihren verbliebenen nuklearen Waffensystemen einen vernichtenden Gegenschlag zufügen zu können. Damit waren Atomwaffen kein Mittel der Politik mehr: wer zuerst schießt, stirbt als zweiter, mit Sicherheit kommt er nicht als „Sieger“ davon. Bush II hatte versucht, das „Sternenkriegskonzept“ von Ronald Reagan aus den 1980er Jahren wiederzubeleben und Raketenabwehrsysteme entwickeln zu lassen, die etwaig anfliegende russische Raketen vernichten können. Das wird immer als eine reine Abwehrmaßnahme propagandistisch zu verkaufen versucht. Real ist es aber so – bei Reagan wie bei Bush II –, dass derjenige, der eine solche Abwehrfähigkeit erlangen will, nicht auf Abwehr, sondern auf Angriff zielt. Wer den Zweitschlag der anderen Seite abwehren kann, ist in der Lage, den nuklearen Erstschlag zu führen. Damit würde der Atomkrieg wieder führbar und gewinnbar. Die Tatsache, dass Obama mit Russland wieder Verhandlungen zur Begrenzung der strategischen Atomwaffen geführt hat und entsprechende Vereinbarungen getroffen wurden, ist Eingeständnis der USA-Seite, dass sie das Abwehr- und damit Kriegsführungskonzept unter den derzeitigen Bedingungen weder für technisch machbar noch für finanziell realisierbar hält. (Allerdings werden die Forschungsarbeiten der USA auf diesem Gebiet weiter fortgesetzt.) Damit ist ein großer Atomkrieg der USA gegen Russland, aber auch gegen andere Staaten, etwa China, nicht führbar.

Welthistorisch heißt dies, die USA können ihre zunehmende wirtschaftliche Schwäche nicht durch militärische Stärke, also durch Krieg zur Vernichtung des wirtschaftlichen Herausforderers ausgleichen. Russland verfügt über ein entsprechendes nuklearstrategisches Gegenpotential, auf einem niedrigeren Niveau aber auch China: Wer in der Lage ist, eine bemannte Raumkapsel mit eigenen Trägermitteln auf eine Erdumlaufbahn zu schießen und die „Taikonauten“ wohlbehalten wieder zurückzuholen, ist mit diesen Trägermitteln auch in der Lage, Atombomben an jeden beliebigen Ort der Welt zu bringen. Damit besteht das atomare Patt zwischen diesen drei Ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrates fort. Frankreich und Großbritannien verfügen ebenfalls über nukleare Waffensysteme und sind mit ihren raketenbestückten U-Booten in der Lage, auch selbständig Atomschläge zu führen. (Der frühere französische Präsident Chirac hatte das in Bezug auf den Iran auch schon einmal angedroht.) Inzwischen gibt es weitere Atomwaffenstaaten. Auch militärisch ist Indien inzwischen eine der großen Mächte. Als Nuklearmacht steht es in Konkurrenz zum ebenfalls

nuklearstrategisch gerüsteten Pakistan und es rüstet zugleich mit Blick auf China; seine Raketen reichen inzwischen bis Beijing. Es gibt eine faktische Atomwaffenkonkurrenz zwischen Indien und China und ein definitives Wettrüsten zwischen Indien und Pakistan – die Vorwarnzeit des möglichen Raketeneinsatzes zwischen beiden Seiten liegt unter fünf Minuten und ist damit ähnlich kurz wie in Europa in den 1980er Jahren, nachdem die USA und die Sowjetunion neue Mittelstreckenraketen stationiert hatten. Als einzige real-existierende Nuklearmacht mit über die Region hinausreichender Bedeutung im Nahen und Mittleren Osten gilt Israel, während der Iran eher als virtuelle Atommacht anzusehen ist.

Zunächst bleibt festzuhalten, dass alle fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates unter der Voraussetzung agieren, dass sie Atommächte sind und gegeneinander selbst dann nicht Krieg führen könnten, wenn sie es wollten. Die weltwirtschaftliche Verschiebung nach Asien hat die Chance, für sich genommen nicht zu größerer globaler Kriegsgefahr zu führen. Hinzu kommt die Atommacht Indien, die ebenfalls dabei ist, strategische Relevanz zu erlangen. Die relative Schwäche Indiens im Vergleich zu China wird durch eine neue Kooperation mit den USA auszugleichen versucht. Innerhalb der Gruppe der BRICS-Staaten ist Südafrika das Land, das offensichtlich in der Zeit des Apartheid-Regimes ebenfalls eigene Atomwaffen besessen hatte, die aber wieder abgebaut bzw. beseitigt wurden. In Brasilien wurde immer mal wieder diskutiert, ob das Land nicht eigene Atomwaffen entwickeln sollte. Das ist bisher dem Vernehmen nach nicht erfolgt. Damit spielt innerhalb der BRICS-Gruppe die Frage des Atomwaffenbesitzes offenbar keine Rolle. Aber die Gruppe als Ganze handelt unter der Voraussetzung, dass global das atomare Patt bereits besteht (zwei der potentiellen Gegenmächte und Indien sind Teil der Gruppe) und sie daher in ihrem politischen Handeln durch die Atomwaffen der nordatlantischen Mächte nicht eingeschränkt ist.

Nimmt man die weltwirtschaftliche Verschiebung als die unterste Schicht des derzeitigen Weltgefüges und die militärisch-strategische Schicht der Kernwaffenpotentiale als die darüber liegende, so erhebt sich über dieser die der politisch-militärischen, wirtschaftspolitischen, ideologischen und politisch-diplomatischen Auseinandersetzungen. Der Libyen-Krieg ist ein Punkt der Weltauseinandersetzungen, in dem alle diese Entwicklungen und Veränderungen zusammengelaufen sind und von dem sie weiter ausgehen. Das Aufbegehren, einige sagten eine Zeitlang „die Revolution“ in den arabischen Ländern ließ diese kurzzeitig als eigenen Akteur auf der Bühne der Weltgeschichte des 21. Jahrhunderts auftauchen. Alle großen Mächte der Welt bezogen sich auf sie. Ob deren Interaktion ihm weitere Spielräume ermöglicht oder ob der Krieg des Westens diesen Akteur wieder einzubinden vermag in das Geflecht fremder Interessen, ist noch nicht entschieden.

Versucht man, Schlussfolgerungen aus dem bisherigen Libyen-Krieg zu ziehen, so ist zunächst zu betonen, der Übergang zu der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts verläuft nicht „harmonisch“, sondern über eine Abfolge von Kämpfen und Auseinandersetzungen. Der relative Rückgang des weltpolitischen Einflusses der USA bringt nicht nur China, Indien, Brasilien, Südafrika und Russland auf den Plan, selbst die alten europäischen Mächte agieren wieder stärker eigenständig und versuchen in ihrem Umfeld geostrategisch Tatsachen auch mit militärischen Mitteln zu schaffen. Das trifft zunächst auf Frankreich und Großbritannien zu, die diesen Krieg unbedingt wollten und von denen man zuvor glaubte, sie wären nach der Niederlage im Suezkrieg 1956 als eigenständige militärisch-politische Akteure abgemeldet. Viele Beobachter aus dem arabischen Raum hatten den Eindruck, dieser Krieg sei eine Neuauflage, gewissermaßen Revanche für 1956. Insofern bietet die von den USA geforderte Bühne der NATO auch die Möglichkeit, das Gesicht zu wahren, selbst wenn der Krieg im Sinne der Interventionsmächte im Kern scheitert. Da es die Friedensinitiative der Afrikanischen Union gibt, die Unterstützung der BRICS-Staaten dafür und letztlich der UNO-Sicherheitsrat das Verfahren wieder an sich zu ziehen vermag, kann man die erfolglose Einstellung der Angriffe dann sogar als Friedenstat verkaufen.



Die Analyse der Positionen der BRICS-Staaten in Bezug auf die Entscheidung im UNO-Sicherheitsrat über die Resolution 1973 und kritischen Stellungnahmen zum Krieg in den Ländern nach dem Beschluss hat interessante Aufschlüsse gegeben. Der wichtigste ist, dass alle fünf in ihrer Entscheidung sich zunächst auf die USA bezogen und davon ausgingen, dass es deren Position sei, diese Resolution, die den Krieg ermöglichte, zu beschließen. Südafrika stimmte aus eigenen Gründen für die Resolution, die anderen vier – und Deutschland – enthielten sich; damit gaben Russland und China den Weg frei, den sie durch ein Veto hätten blockieren können. Der Übergang bedeutet, dass der Phantomschmerz der Unipolarität noch fortwirkt, und die BRICS-Staaten in weltpolitischen Fragen noch nicht offen und unzweideutig ihre Interessen vertreten, gegenüber den USA taktieren. Bei Russland kommt hinzu, dass deren „Elite“ sich noch nicht schlüssig ist, ob sie überhaupt alternativ zum Westen agieren will, oder lieber in die „euroatlantische Elite“ kooptiert werden möchte (was wiederum nicht sie entscheidet, sondern die Kooptierenden). Als klar war, dass nicht die USA, sondern hauptsächlich die alten europäischen Mächte agierten, gab es Bedauern, Verärgerung über die eigene Zustimmung, die sich aber nicht mehr zurückholen ließ. Die gemeinsame Position, nun unter Einschluss Südafrikas, in Hainan war die Folge: Kritik am Krieg und gemeinsames Handeln in der Weltwirtschaft, das wiederum auf eine weitere Schwächung des US-Dollars zielt. Die BRICS-Staaten stellen nicht nur ein wirtschaftliches und politisch-militärisches Gegengewicht zur nordatlantischen Machtkonfiguration dar, sondern verkörpern auch ein andere Politikkonzept: internationale Streitfragen in erster Linie nicht mit militärischen Mitteln zu lösen. Die „harmonische Welt“, die die chinesische Außenpolitik erstrebt, soll nicht aus Gewalt und Krieg hervorgehen.

Bemerkenswert bei der Entscheidung im UNO-Sicherheitsrat war die Enthaltung Deutschlands. Der 8. Mai 1945 war der Tag des Sieges der Mächte, die Hitlers Deutschland besiegten, der Tag der Befreiung des deutschen Volkes und aller Unterworfenen von der Naziherrschaft und der Tag der Niederlage jener Deutschen, die so gern die Welt beherrscht hätten. Die deutsche Zweistaatlichkeit war die Folge; die Herstellung der deutschen Einheit 1990 erfolgte unter der Voraussetzung, dass Deutschland in der NATO verbleibt, gewissermaßen unter der Kontrolle der USA. Die Folgerung der herrschenden Eliten in der Bundesrepublik Deutschland nach der Niederlage von 1945 war, „nie wieder allein“ um Macht und Einfluss in der Welt zu ringen. Das waren zunächst die NATO und die EU, die diese Einbindung sicherten. Im Jahre 2003 konnte sich die deutsche Bundesregierung, als sie sich der direkten Beteiligung am Irak-Krieg von Bush II verweigerte, darauf stützen, dass Frankreich ebenfalls dagegen war. Mit anderen Worten: es galt als Staatsraison der Bundesrepublik Deutschland, dass man „im Bündnis“ eingebunden außenpolitisch agiert. Die Enthaltung im UNO-Sicherheitsrat jetzt war das erste Mal, dass Deutschland weder mit Frankreich noch mit den USA gemeinsam handelte. Aus friedenspolitischer Sicht ist das zu begrüßen. Dahinter aber steht, dass dieses Deutschland sich zwanzig Jahre nach Erlangung der Souveränität wieder selbständiger in der internationalen Politik bewegt und eigene Interessen wahrnimmt. Was das künftig bedeuten wird, ist offen. Es heißt aber zumindest, dass die Linke und die Friedensbewegung sich noch genauer mit den Ursachen und den Folgen deutscher Außenpolitik befassen müssen. Bundeskanzlerin Merkel hat ihren besonderen Vertrauten, Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière, Ende April in die USA geschickt, um dort wieder bessere Stimmung zu machen und dem UNO-Generalsekretär das auch künftig große Engagement Deutschlands zuzusichern. Er rechne derzeit nicht mit einem „humanitären Einsatz der Bundeswehr in Libyen“, sagte de Maizière vor dem Treffen. Zugleich forderte er ein Ende der Diskussionen in Deutschland über die Enthaltung Deutschlands bei der Abstimmung im UNO-Sicherheitsrat über den Militäreinsatz in Libyen. (*Deutsche Welle*, 27. 04. 2011)

Der Vorgang zeigt, dass der Rückgang des Einflusses der USA größere außenpolitische Spielräume auch für Deutschland bedeutet, die künftig zielstrebig genutzt werden sollen.

„Nie wieder allein“ zu handeln heißt: Wenn man sich aussuchen kann, ob man dies im Rahmen der NATO, der EU oder im Kontext der UNO tun will, hat man sehr weitgehende Handlungsspielräume. Zugleich wirkt der Faktor, militärisch zu handeln, weil die wirtschaftlichen Kräfte nachlassen, im Falle der USA wie auch Frankreichs und Großbritanniens. Insofern haben gewissermaßen jene Mächte für den Libyen-Krieg agiert, die wirtschaftlich geschwächt aus der jüngsten Weltwirtschaftskrise hervorgingen, und jene Mächte sich im UNO-Sicherheitsrat enthalten, die nach der Krise zumindest relativ gestärkt erscheinen. Zugleich ist bemerkenswert, dass die Regierung diesen Schritt durchgesetzt hat, auch wenn ein großer Teil der „politischen Klasse“ darauf mental und konzeptionell nicht vorbereitet war, weil er der westdeutschen politischen Konditionierung in Sachen Amerika-Liebe widersprach. Deutschland hat mit den neuen Wirtschaftsmächten gestimmt und hat mit denen wirtschaftlich übereinstimmende Interessen. Die Wachstumsmärkte, die den derzeitigen deutschen Exportkapitalismus wieder beflügeln, für sinkende Arbeitslosigkeit und steigende Umsätze sorgen, liegen in China, Indien und Russland, aber auch im Nahen Osten. Die EU ist inzwischen gewissermaßen das natürliche Hinterland des globalen wirtschaftlichen Agierens Deutschlands, aber nicht mehr seine entscheidende Zielrichtung. Der Euro muss bleiben und gerettet werden, aber nicht unbedingt um den Preis sich angleichender Lebensverhältnisse innerhalb der EU bzw. Eurozone. Insofern ist die stärkere Ausprägung eines Zentrum-Peripherie-Gefälles innerhalb der EU kein Störfaktor für die deutsche Interessenwahrnehmung, zumal dann nicht, wenn die „Schulden-Länder“, die unter den Euro-Rettungsschirm mussten, unter eine supranationale Zwangsverwaltung gestellt werden, gegen die auch Generalstreiks und Massendemonstrationen in den Ländern nichts helfen.

Und das hat auch nicht unbedingt eine gemeinsame, tatsächlich vergemeinschaftete Außenpolitik der EU zur Voraussetzung. Im Gegenteil. Es ist für die Union sogar von Vorteil, wenn ihre Mitgliedsstaaten unterschiedlich agieren. Sollte der Libyen-Krieg zu einem von Frankreich und Großbritannien angestrebten Ziel führen, wird Deutschland bei der nachfolgenden Kooperation mit den neuen Kräften als stärkste Wirtschaftsmacht EU-Europas und zentraler politischer Akteur nicht unberücksichtigt bleiben können. Müssen die beiden dagegen gedemütigt klein begeben, ist die EU immer noch da und spricht mit einer eher deutschen Stimme. Sieht man auch den Entwicklungs- und weiteren Formierungsprozess innerhalb der EU als einen von Kooperation und Konkurrenz, kann Deutschland bei einer Schwächung Frankreichs und Großbritanniens durch den Krieg auch nur an Einfluss gewinnen, zumal es als Handelsmacht ohnehin größere Spielräume im Zustand des Nicht-Krieges hat.

## Die Geschichte ist offen

Die Linken in Europa hatten wieder, wie stets bei Konstellationen seit mindestens zwanzig Jahren, in denen die Menschenrechte eine Rolle spielen, Schwierigkeiten, sich klar, konsistent und friedensorientiert zu positionieren. Für die einen galt Gaddafi als progressive Gestalt, die es gegen den Imperialismus zu verteidigen gelte, andere folgten dem Menschenrechtsgerede der Propagandisten des Krieges, und hielten den Krieg für eine gute Sache. Eine wesentliche Rolle spielten auch die Begründung unter Bezugnahme auf die Demonstrationen und die Ummantelung des Krieges durch die UNO-Resolution. So sagte der Vizevorsitzende der norwegischen Sozialistischen Linkspartei, zugleich Minister in der gegenwärtigen Koalitionsregierung, Audun Lysbakken: „Unsere Partei war von Beginn an gegen den Krieg in Afghanistan. Und wir fordern weiterhin den Abzug der norwegischen Truppen.“ Die Situation in Libyen jedoch sei anders zu bewerten. „Auch wenn es schwierig und kontrovers für die Linke ist, sich für eine Intervention auszusprechen, und es viele Dinge in Libyen gibt, die kritisiert werden müssen, sind wir für eine starke UN. Unsere Partei hat die Resolution der

Vereinten Nationen und die Teilnahme Norwegens an deren Umsetzung unterstützt. Aber wir sind gegen eine militärische Operation, die zu entscheiden versucht, wer das Land künftig regiert. Das ist die Aufgabe des libyschen Volkes. Die Intervention sollte nur dazu dienen, Zivilisten zu schützen.“ (*Neues Deutschland*, 26. 04. 2011) Dass die Zustimmung am Ende für die reale Kriegsführung, die genau den Regime-Wechsel will, in Anspruch genommen wird, bleibt bei einer solchen Perspektive ausgeblendet.

Nachdem die Vorstellung vom „Freiheitsexport“ qua Bombenangriffen sich mit den desaströsen Ergebnissen im Irak und in Afghanistan und ihrer Offenbarung als Kaschierung knallharter geoökonomischer und geopolitischer Interessen erledigt zu haben schien, verblüfft doch, dass trotz der Heuchelei des Imperialismus (Jemen, Bahrein etc.) die Ideologie und die damit einhergehende Wirksamkeit der Kriegspropaganda nicht totzukriegen sind. Es grenzt schon an linke Schizophrenie, sich einerseits keine Illusionen darüber zu machen, dass Massenvernichtungswaffen und Menschenrechte nur Vorwände der Bush-Administration waren, um die Vormachtstellung der USA und ihrer Verbündeten in der Region zu festigen..., aber bei denselben Akteuren in derselben Region, die zur selben Zeit dieselbe Politik im Irak, in Afghanistan und nun auch Pakistan fortsetzen, plötzlich neue Motive zu vermuten. Fakt ist, dass der Schutz von Menschenrechten allenfalls ein Nebenprodukt der Entwicklung ist. Dabei werden nichtmilitärische Lösungen oder Alternativen, auf die sich Gaddafi durchaus eingelassen hat (der Chavez-Friedensplan oder die Vorschläge der Afrikanischen Union), bewusst ignoriert.

*Ingar Solty (Sozialismus, Heft 5/2011)*

Wenn wir nach geschichtlichen Analogien schauen, fällt der Blick zunächst auf den ersten Weltkrieg. Die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien hatten die Entwicklungen nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers zunächst mit Gelassenheit verfolgt. Nach dem Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien, das die faktische Kriegsdrohung darstellte, riefen die Parteien zu großen Demonstrationen auf. In Deutschland sprach die sozialdemokratische Parteiführung von einer „frivolen Kriegsprovokation“. Demonstrationen fanden dann unter der Losung: „Wir wollen keinen Krieg!“ und „Nieder mit dem Krieg!“ statt. Als er dann jedoch ausgebrochen war, stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Kriegskrediten, d.h. dem Krieg zu. Die Stimmung war: wenn der Krieg nun schon da ist, soll Deutschland ihn wenigstens nicht verlieren. Kurt Eisner, selbst Gegner jener „Burgfriedenspolitik“ der Unterstützung der Kriegsführung, schrieb ein halbes Jahr nach Kriegsausbruch: „Der Krieg war und ist für mich eine Katastrophe, in der niemand neutral sein kann; irgendwo müssen wir kämpfen, und da wir nun mal dem deutschen Reiche angehören, ist hier unser Platz.“ Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hatte die „Schuld Russlands“ besonders in den Vordergrund gerückt, was es der Sozialdemokratie erleichterte, den Feldzug gegen den „blutdürstigen Zarismus“ zu unterstützen. Die französischen Sozialisten sahen den Krieg als „Verteidigung Frankreichs“ an.

Georgi Plechanow, einer der marxistischen Vorkämpfer der russischen Arbeiterbewegung, trat selbst in den inneren Auseinandersetzungen, die in Russland zwischen der Februar- und der Oktoberrevolution 1917 stattfanden, noch für die „Vaterlandsverteidigung“ ein und gab dem sogar eine von Marx hergeleitete Begründung. Es sei zwischen den „rechtmäßigen Interessen jedes einzelnen Landes“ und den „unrechtmäßigen“ zu unterscheiden. Die Internationale Arbeiter-Assoziation (die 1., von Marx gegründete Internationale) habe zurecht „Internationale“, nicht „Antinationale“ geheißen. „Das System enger Beziehungen zwischen den Nationen, das die Internationale anstrebt, setzt die Existenz von Nationen, keinesfalls aber deren Vernichtung voraus. Wenn ich mich nicht mit der Verletzung rechtmäßiger Interessen – und noch weniger mit der Vernichtung irgendeiner der einzelnen Nationen – einverstanden erklären soll, so folgt daraus, dass ich nicht das geringste Recht habe, die rechtmäßigen

Interessen meines eigenen Landes zu missachten.“ Dann argumentierte er mit der „Vaterlandsverteidigung“ der deutschen Sozialdemokratie: „Die organisierten deutschen Arbeiter haben auf dem Altar des Imperialismus nicht nur unzählige Opfer, ihre Freiheit und ihr Hab und Gut geopfert. Sie haben ihn auch noch mit einer prächtigen Girlande ihrer eigenen imperialistischen Begierde geschmückt.“ Die wirkliche Sachlage sei, „dass es den organisierten deutschen Arbeitern, die Scheidemann und Legien und Co. folgen, durchaus nicht gleichgültig ist, ob ihr Land als Siegerin aus dem jetzigen internationalen Zusammenstoß hervorgeht: Ihnen ist es bedeutend angenehmer, die Rolle von Ausbeutern zu spielen als die von Ausgebeuteten, die den Besiegten im imperialistischen Krieg unvermeidlich zufallen wird... Doch gerade weil den Besiegten unvermeidlich die unangenehme Rolle der Ausgebeuteten zufallen wird, ist es den Arbeitern der anderen Länder, z.B. Russlands, auch nicht einerlei, auf wessen Seite sich das Kriegsglück wendet.“ (*Georgi W. Plechanow: 1917 – zwischen Revolution und Demokratie, Berliner Debatte Wissenschaftsverlag 2001.*) Damit befürwortete Plechanow die Fortsetzung des Krieges durch die Provisorische Regierung Russlands gegen die Position Lenins und der Bolschewiki, einseitig aus dem Krieg auszutreten – was dann ja nach der Oktoberrevolution erfolgte. Plechanows Argumentation ist hier deshalb aufschlussreich, weil sie zeigt, wie aus einer sozialistischen Rabulistik heraus, die sich sogar auf Marx bezieht, die Kriegspolitik der Herrschenden unterstützt werden kann. Und die Logik der „Vaterlandsverteidigung“ der einen wird zum Argument für die „Vaterlandsverteidigung“ der anderen. Die Argumentationsfigur lässt sich unendlich fortsetzen, sie funktioniert aber nur, wenn man in der Logik der Herrschenden, die die Kriege führen, verbleibt. Damals hieß die Girlande, die um den imperialistischen Krieg gewunden wurde, „Vaterland und Nation“, heute heißt sie „Demokratie und Menschenrechte“ bzw. „Schutz der Zivilbevölkerung“.

Erst jenseits der Logik der Kriegsherren kann ein kritischer Standpunkt eingenommen werden, der mit der Befürwortung des Kriegs bricht. Das hat beispielsweise Leo Trotzki getan, als er die Balkankriege 1912/13, die dem ersten Weltkrieg unmittelbar vorangegangen waren, analysierte. Er verurteilte die Unterstützung des bulgarischen Nationalismus ebenso, wie die des serbischen oder griechischen. Der rumänische war für ihn wie eine fette Wanze, die den bulgarischen auszusaugen versucht, nachdem der durch die Kriege geschwächt war. Die Unterstützung des russischen Nationalismus und Imperialismus war ebenso ausgeschlossen, wie die Österreich-Ungarns. Das Proletariat Russlands könne nicht Romanow in den Kampf gegen Österreich schicken, Österreich sei kein Feind und Romanow kein Freund der russischen Linken. (*Leo Trotzki: Die Balkankriege 1912-13, Essen: Arbeiterpresse Verlag 1996*)

Das bedeutet unter einer aktuellen linken Perspektive, dass sie weder Gaddafi unterstützen kann, noch die von den westlichen Geheimdiensten geschaffene oder strukturierte „Opposition“, deren Vertreter in Bengasi als „Aufständische“ in die Kameras schauen, auch nicht die imperialistische Kriegspolitik Frankreichs und Großbritanniens. Sie unterstützt die Ablehnung des Krieges durch die deutsche Politik, lehnt aber alle Varianten der „bündnispolitischen Kompensationen“ ebenso ab, wie eine neue imperiale deutsche Außenpolitik. Die Linke steht an der Seite des arabischen Aufbegehrens.

Der Zusammenhang zwischen der Weltwirtschaftskrise sowie den Folgen des Neoliberalismus für die nahöstliche Region einerseits und den jetzigen politischen Umbrüchen andererseits muss noch genauer analysiert werden. Die Bewegung gegen den Neoliberalismus begann in den 1980er Jahren in Lateinamerika und führte dort seit den 1990er Jahren zu starken sozialen Bewegungen und linken Regierungen, die gezeigt haben, dass es möglich ist, erstarrte politische und gesellschaftliche Verhältnisse aufzubrechen, obwohl es den vom Westen dominierten Gesamtzusammenhang des sich stärker globalisierenden kapitalistischen Weltsystems gibt. Zugleich haben die weltwirtschaftlichen

und weltpolitischen Veränderungen zugunsten der BRICS-Staaten, die sich in den vergangenen zwanzig Jahren vollzogen haben, und die damit verbundene Schwächung der Positionen des Westens dazu beigetragen, dass sich Möglichkeitsfenster für Veränderungen auch im Nahen und Mittleren Osten öffnen konnten. Dazu haben auch die militärischen Niederlagen der USA und ihrer Verbündeten im Irak und in Afghanistan beigetragen, die direkt innerhalb der Großregion den Nahen und Mittleren Ostens („Greater Middle East“-Konzept der Bush-Regierung, um die muslimische Welt und ihre Ressourcen unter Kontrolle zu nehmen) erfolgt sind.

Künftige Kriege vor allem im Nahen und Mittleren Osten zu vermeiden erfordert, diese Region seitens aller Beteiligten nicht nur als eine von Wirtschafts- und „Sicherheits“-interessen zu betrachten und zu behandeln, sondern realistisch und ohne Scheuklappen. Die aktuellen Umbrüche im Nahen Osten sind sichtbarer Ausdruck des strategischen und historischen Scheiterns des Westens in dem Bestreben, diesen Teil der Welt dauerhaft kontrollieren, beherrschen und ausbeuten zu können, und tragen ihrerseits zu den weiteren Veränderungen in der Welt bei. Mittel- und langfristig wird es von wesentlicher Bedeutung sein, wie sich China, Indien, Brasilien und Russland zu den Veränderungen in der arabischen Welt stellen, und wie sich die neuen politischen Kräfte dort gegenüber jenen Mächten verhalten. Auf jeden Fall scheint eine veränderte eurasische Kräftekonstellation zu entstehen, in der die Europäische Union nur ein Akteur unter anderen ist, und die die USA nicht mehr wie bisher kontrollieren können. Der Libyen-Krieg ist der Versuch, diesen Prozess aufzuhalten und unter Kontrolle zu bringen. Ob er langfristig gelingt, wird sich zeigen müssen. Am Ende wird der Geist der Veränderung auch um Saudi-Arabien keinen Bogen machen.

Der Libyen-Krieg zeigt einerseits, dass der Krieg als Mittel der Politik der westlichen Mächte noch weiter veralltäglicht wurde und etliche der Mächte immer frivoler und ausverschämter zum Mittel des Krieges greifen, um Interessen gegenüber Dritten bzw. Schwächeren durchzusetzen. Der altmodische Begriff „imperialistischer Raubkrieg“ trifft den Kern des aktuellen Geschehens. Die Institutionen der UNO und anderer internationaler Organisationen sind derzeit nicht hinreichend ausgestattet, um dem wirksam entgegen zu treten. Die tendenzielle Schwächung der Positionen der USA in der internationalen Politik führt nicht unmittelbar zu einer Stärkung der Chancen zum Frieden, sondern zu weiterer Unsicherheit und Kriegen. Dabei gilt, dass kleinere Mächte, wie Frankreich und Großbritannien wieder kriegsführend agieren, aber auch, dass andere, etwa Russland – wie Ministerpräsident Putin betonte – aus diesem Krieg die Schlussfolgerung ziehen, nun auch selbst noch weiter aufzurüsten, um gegen einen militärischen Angriff langfristig gewappnet zu sein. Das heißt, jeder dieser Kriege befeuert, über seine unmittelbaren verheerenden Wirkungen hinaus, weltweit das Wettrüsten.

Andererseits zeigt das internationale Echo auf den Krieg, dass die Stimmung – global wie in den verschiedenen Ländern, der Öffentlichkeiten wie einer Vielzahl von Regierungen – bei aller Verurteilung der ursprünglichen und auslösenden Aktionen des Gaddafi-Regimes Krieg als Mittel der „Krisenbewältigung“ nicht zu akzeptieren bereit ist. Jetzt setzt sich etwas fort, das am Vorabend des Irak-Krieges und bei der breiten Ablehnung dieses wie des Afghanistan-Krieges bereits sichtbar wurde: Die Schwierigkeiten der Kriegstreiber, Kriege einzufädeln, anzuzetteln, der eigenen Bevölkerung propagandistisch zu verkaufen und sie dann militärisch „durchzuziehen“, werden immer größer. Insofern wachsen mit der sich verstärkenden Tendenz zum Krieg auch die Gegenkräfte. Es gilt, die Probleme der Welt von heute auf friedlichem Wege zu lösen. Eine andere Lösung gibt es nicht.

